

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



10. November 1980
Jg. 1 Nr. 3

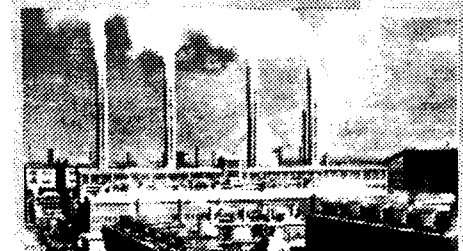
Preis:
2 DM



Stahlindustrie: Kapitalisten blasen zum Angriff auf den Lohn Seite 10



Regierungsbildung: Schmidt fordert „Mut zur Zukunft“. Ministerrunde auf Provokationskurs gegen Arbeiterbewegung Seite 13



Südafrika: Polizeiknüppel und Reformversprechen gegen erstarkende Arbeiterbewegung Seite 28

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 3000 Hannover, Große Düwelstraße 55, Telefon 05 11/85 35 27
Erscheint vierzehntägig im Verlag GNN m.b.H., 8000 München 90, Welfenstraße 12, Telefon 0 89/48 34 61. Preis: 2 DM

Inhalt

EG-„Süderweiterung“ Festigung der europäischen Gewerkschaftseinheit gegen den Ausbau des Arbeitszuchthauses EG.....	Seite 3	Familienpolitik Babygeld in Niedersachsen	Seite 21
Italien: Regierung Forlani will Niederlage der Fiat-Arbeiter ausnutzen	Seite 4	Gewerkschaft Leder Kämpfe gegen niedrige Löhne und Zersplitterung der Tarifverträge in der Lederindustrie	Seite 22
Westdeutsche Europaparlamentarier und ihre „Harmonisierungs“-Pläne	Seite 5	Ärzte-Bereitschaftsdienst Forderungen von ÖTV und Marburger Bund	Seite 23
Aus Politik und Wirtschaft – kurz berichtet	Seite 6	IG Metall Manteltarif für Bayern abgeschlossen	Seite 23
Griechenland NATO-Wiedereingliederung – über 200000 verlangen NATO-Austritt	Seite 7	Böse-Prozeß Entlastendes Gutachten „nicht brauchbar“	Seite 24
Niederlande NATO besorgt über Soldatenbewegung	Seite 7	Seeleute „Billigflaggen“ und „Konzessionsfirmen“: Waffen der imperialistischen Reeder gegen die Seeleute	Seite 25
Schichtarbeit Bisher hauptsächlich höhere Bezahlung durchgesetzt	Seite 8	ITF: „Unsere Hauptforderung ist, daß diese Flotten verboten werden.“	Seite 26
Siemens 300 Mio. DM Kapitalexport nach Brasilien	Seite 9	Stichwort Billigflaggen	Seite 27
Stahlindustrie Kapitalisten blasen zum Angriff auf den Lohn	Seite 10	Südafrika Polizeiknüppel und Reformversprechen gegen erstarkende Arbeiterbewegung	Seite 28
Indochina Vietnam mit der „Indochinesischen Föderation“ in Schwierigkeiten	Seite 11	Kanada Kanada betreibt Heimholung der Verfassung	Seite 29
Sowjetunion Schlechtere Versorgung im 11. Planjahrünft	Seite 12	Saudi-Arabien Fünfjahresplan: Industrialisierung, Landwirtschaft weiter rückständig	Seite 30
Namibia BRD weiter gegen SWAPO-Anerkennung	Seite 12	Philippinen US-Banken besorgt um Marcos-Regime	Seite 31
Regierungsbildung Schmidt fordert „Mut zur Zukunft“. Ministerrunde auf Provokationskurs gegen die Arbeiterbewegung	Seite 13	Afghanistan Sowjetische Operationen wenig erfolgreich	Seite 31
Waren-, Rohstoff-, Finanzmärkte: BRD im Geschäft ...	Seite 14	Filmkritik „Theo gegen den Rest der Welt“ – am Ende wieder Lohnarbeiter	Seite 32
Zwei-Kammer-System	Seite 16	Krimi Der Gegen-Kommissar, ein fades Klischee	Seite 32
Rüstungsindustrie will freien Waffenexport	Seite 17	Science Fiction-Romantik Wohin gehen wir? Jedenfalls mit dem CIA.	Seite 32
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	Seite 18	Udo Lindenberg „Hinter all den Postern“	Seite 33
Öffentliche Dienste Kürzung der Besoldung kein SPD/FDP-Gemeinschaftsprojekt	Seite 19	Reformation Ein überflüssiger Krach – „Ökumenisches Gespräch“ kann steigen	Seite 33
Schleswig-Holstein Wasser für Kapitalisten – Grundwassersenkung.	Seite 19	Kindergeld durch „Familienlastenausgleich“ – statt Lohnzahlung Vorwand zum Drehen an der Schraubenschraube	Seite 34
Rekrutenvereidigung „München ist nicht Bremen“: Demonstrationsverbot ..	Seite 20	Mindestkosten für Kinder, wie sie tatsächlich entstehen	Seite 34
Baden-Württemberg Millionengeschenk an Ev. Landeskirche	Seite 21		



Frankreich. Demonstration 1980 gegen das Kostendämpfungsprogramm im Gesundheitswesen (links). Niederlande: Kundgebung 1978 gegen das „Bestek 81“, ein Lohnsenkungs- und Steuererhöhungsprogramm der Regierung.

EG-„Süderweiterung“

Festigung der europäischen Gewerkschaftseinheit gegen den Ausbau des Arbeitszuchthauses EG

Die Entwicklung der und in der Europäischen Gemeinschaft stellt die westeuropäische Arbeiterbewegung vor eine ganze Reihe schwieriger Aufgaben. Am 1. Januar 1981 wird Griechenland als zehntes Mitglied der EG beitreten. Damit beginnt, nach der „Norderweiterung“ 1973, die „Süderweiterung“. 1983 folgen Portugal als elftes und Mitte der 80er Jahre Spanien als zwölftes Land. Außerdem stehen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auf dem EG-Programm.

Das heißt, daß die europäischen Großmächte – die BRD, Frankreich, Großbritannien und auch Italien – den Rahmen neu stecken, in dem sie ihren Kampf um die Vormachtstellung in Europa ausfechten. Der Preis wird höher, und das Rennen wird nur machen, wer die Konkurrenten in der Ausbeutung der jeweils „eigenen“ Arbeiterklasse schlägt.

Dreierlei bringt ihnen die „Süderweiterung“ unmittelbar. Erstens den direkten Zugriff auf ein schier unerschöpfliches Arbeitskräftereservoir. Im „Europa der 12“ steigt die Zahl der Erwerbstätigen um über 20 Millionen auf rund 131 Millionen, mit der Türkei sogar auf rund 150 Millionen. (Zum Vergleich USA: 112 Millionen, UdSSR 132 Millionen)

Zweitens bauen sie ihren „inneren“ Waren- und Kapitalmarkt weiter aus, auf Kosten der imperialistischen Konkurrenz, v.a. der US- und der japanischen, und auf Kosten der drei Beitrittsländer selbst. Für diese mag die EG-Mitgliedschaft als praktisch einzige Alternative erscheinen, um den wü-

genden Griff der US-Supermacht zu lockern. Vor allem auch sind sie auf leichteren Zugang zum „Gemeinsamen Markt“ angewiesen: Rund die Hälfte der griechischen, portugiesischen und spanischen Exporte werden bereits heute in die EG verkauft. Doch ist am Ende für sie die eine Alternative so erdrückend wie die andere. In der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise haben schon die kleineren imperialistischen Mächte wie Dänemark, Belgien, selbst die Niederlande merkbliche Schwierigkeiten, zwischen den Mühlsteinen der Konkurrenz nicht zerrieben zu werden. Die Beitrittsländer, die ihre Industrien unter dem Schutz von Zöllen und Einfuhrbeschränkungen zum Teil ziemlich erfolgreich entwickeln konnten, haben, wenn sie dem Waren- und Kapitalexpert aus der EG jetzt alle

Grenzen öffnen müssen, kaum Aussicht, sich gegen diese Konkurrenz zu behaupten.

Und schließlich wittern die westeuropäischen Finanzbourgeois im Beitritt Spaniens und Portugals die Chance, sich in deren traditionelle Verbindungen nach Lateinamerika einzunisten und einen in seiner Bedeutung wachsenden Teil des Weltmarktes nachhaltiger, als es ihnen bisher gelungen ist, zu erobern. So wie ihnen erst der Beitritt Großbritanniens ermöglicht hatte, das Lomé-Abkommen mit über 50 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten abzuschließen.

Doch brachten die britischen Imperialisten ihre alten Kolonialverbindungen ins Bündnis ein, um innerhalb des „Gemeinsamen Marktes“ am Kampf um seine Beherrschung teilnehmen zu

Die EG auf dem Weltmarkt: Gesamtausfuhr nach Bestimmung, in Mio. \$, 1978

Ausfuhr-land	Gesamt-ausfuhr	davon nach: EG	USA	Japan
Welt	1 308 740	441 910	166 600	70 510
EG	459 010	236 970	29 530	4 750
BRD	141 858	64 985	10 012	1 732
Frankreich	76 596	40 231	4 272	612
Italien	55 966	26 863	3 989	516
Großbritannien	71 464	26 993	6 681	1 038
Niederlande	50 062	35 491	1 656	297
Belgien/Lux	44 768	32 047	1 849	279
Irland	5 677	4 408	350	48
Dänemark	11 856	5 647	674	226
USA	143 632	32 046	—	12 884
Japan	97 587	11 044	25 188	—

Italien: Regierung Forlani will Niederlage der FIAT-Arbeiter ausnutzen

„Wir müssen die wachsende Kluft verringern und beseitigen, die sich in den letzten Jahren bei der Inflationsrate, der Gesamtentwicklung der Arbeitskosten und der Produktivität zwischen unserem Land und den anderen EG-Ländern herausgebildet hat.“ Unter dieses Motto hat der neue italienische Ministerpräsident Forlani den wirtschaftspolitischen Teil seiner Regierungserklärung gestellt. Hauptpunkte des Programms: Förderung der Mobilität der Arbeitskraft (durch Erleichterung von Massenentlassungen); weitere Senkung der Kapitalistenbeiträge zur Sozialversicherung; zum Ausgleich Erhöhung der indirekten Steuern und Gebühren; Steuerreform vor allem zugunsten der höheren und mittleren Einkommen; „Solidaritätsfonds“ aus zusätzlichen Lohnabzügen zur Finanzierung von Investitionen.

In kaum zwei Wochen hat die neue Regierung bereits die Mehrwertsteuer (um einen Prozentpunkt), die Mineralöl- und Brantweinsteuer (letztere fast auf das Doppelte) erhöht und die Zigarettenpreise heraufgesetzt. Der Ministerrat hat einen Steuerreformentwurf verabschiedet, der für die Lohnsteuerpflichtigen im 1. Halbjahr 1981 keinerlei Entlastung bringt.

Ein Gutteil dieser Maßnahmen war bereits in dem Krisendekret enthalten, über das die Regierung Cossiga am 27.9. gestürzt war. Sie stürzte auf dem Höhepunkt des Streiks der Fiat-Belegschaften gegen Massenentlassungen und Kurzarbeit. Forlani hat seine neue, um die weit rechts stehenden Sozialdemokraten erweiterte Regierung wenige Stunden nach dem Abschluß der Gewerkschaften mit dem Fiat-Konzern vorgestellt.

Mit fünf Wochen Dauer war der Streik bei Fiat der längste in Italien seit Jahren. Mit dem Abschluß hat das Automonopol schließlich seine ursprüngliche Verhandlungsposition fast vollständig durchsetzen können. Fiat hatte Anfang September für 24000 anderthalb Jahre Zwangsurlaub zu Kurzarbeitergeld (80% des Lohns) gefordert; 12000 sollten nicht wiederingestellt, sondern an andere Betriebe vermittelt werden und bis dahin weiter Kurzarbeitergeld erhalten. Erst als die Gewerkschaft das ablehnte, leitete der Konzern am 10.9. das Entlassungsverfahren gegen 14469 Lohnabhängige ein. Die Entlassungen sind jetzt endgültig zurück-

genommen. Aber die Gewerkschaften haben dem Zwangsurlaub bis Ende 1981 zugestimmt, ein Teil soll danach auf die Vermittlungsliste. Freilich hat der Konzern zugestehen müssen, alle wiederingzustellen, die bis zum 30.6.83 keine neue Arbeit haben.

Auf die Massenentlassungen hatten die Arbeiter spontan mit Streiks reagiert. Dreistundenstreiks, zu denen die Gewerkschaft aufrief, wurden bis Schichtende verlängert. Unter Führung der Fabrikräte wurde der unbefristete Vollstreik in wenigen Tagen auf den ganzen Konzern ausgedehnt. Mit einem Generalstreik am 10.10. und Spendensammlungen (in Italien gibt es keine Streikkassen) unterstützte die ganze Arbeiterklasse die Fiat-Belegschaften.

Am 14.10. konnte ein Komitee der „mittleren Kader“ (Abteilungsleiter, Meister, Vorarbeiter usw., bei Fiat 18000 von 250000) mehrere Zehntausend, darunter auch einige hundert Arbeiter, zu einer antigewerkschaftlichen Demonstration in Turin mobilisieren. Der Streik drohte isoliert zu werden, die seit langem sich abzeichnende Spaltung zwischen Arbeitern und Angestellten hatte ein gefährliches Ausmaß erreicht. Statt nun gestützt auf die streikenden Belegschaften um die Einheit zu kämpfen, hat die Gewerkschaftsführung in der Nacht nach der Demonstration überstürzt abgeschlossen und sich damit in offenen Gegensatz zu den betrieblichen Gewerkschaftskörpern gebracht. Mehrere Fabrikräte haben den Abschluß einstimmig abgelehnt, ebenso ein Teil der Belegschaftsversammlungen. Daß trotzdem unterschrieben wurde, ist ein Schlag gegen die 1969 erkämpften Fabrikräte.

Häufig hat der Konzern durch gezielte Auswahl der Kurzarbeiter die „homogenen Gruppen“, die von einem Vertrauensmann vertreten werden, zerschlagen. In vielen Abteilungen muß jetzt ein Drittel weniger Arbeiter fast die gleiche Produktion wie vorher mit voller Besetzung schaffen. In einigen Fällen ist es gelungen, der wilden Intensivierung, mit der die Fiat-Kapitalisten ihren Sieg auskosten wollen, durch Streiks entgegenzutreten. Aber die tiefe Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, die der Streik hinterlassen hat, erleichtert der Finanzbourgeoisie die Durchsetzung ihres reaktionären Programms.

können, so bringen die Mittelmeerländer überhaupt nur ein. Die führenden Mächte denken nicht daran, ihnen dieselben Rechte im Bündnis zuzugestehen. Das fängt an mit der Erwägung – am lautesten vorgetragen vom westdeutschen EG-Kommissar Haferkamp – , Griechisch, Spanisch und Portugiesisch als EG-Amtssprachen nicht zuzulassen (und bei der Gelegenheit womöglich gleich auch Dänisch und Niederländisch abzuschaffen). Unter der Parole: „Es steht zu befürchten, daß die gemeinschaftlichen Beschlußfassungsverfahren ausgehöhlt werden“, hatten die neun Staats- und Regierungschefs 1978 eigens „drei Wege“ an die Aufgabe gesetzt herauszufinden, wie jeglicher Einfluß der neuen Mitglieder in den EG-Institutionen, besonders im Ministerrat, ausgeschaltet werden kann. So soll ihnen u.a. das Veto-Recht genommen werden, mit dem sie verhindern könnten, daß ihre Interessen grundlegend verletzende Entscheidungen einfach durchgesetzt werden. – Schließlich werden ihnen die bisherigen Ergebnisse der „Harmonisierungs“bestrebungen diktiert, so vor allem die Mehrwertsteuer, die Griechenland in den nächsten Jahren einführen muß. Umgekehrt aber gelten etwa die Freizügigkeitsrechte, die die EG-Imperialisten in gewissem Maße zugestehen müssen, für die griechischen, spanischen und portugiesischen Arbeiter ausdrücklich nicht.

Diese vielfältige Unterdrückung spiegelt nur die Rolle wider, die die Imperialisten den Mittelmeerländern in der „europäischen Arbeitsteilung“ zu denken: die von Lieferanten von Arbeitskräften, Agrarprodukten und ausgewählten industriellen Produkten.

Heute sind die EG-Imperialisten noch bei zahlreichen wichtigen Agrarprodukten in starkem Maße von der Einfuhr aus Drittländern, oft den USA, abhängig. Mit der „Süderweiterung“ planen sie, mehrere Lücken billig zu schließen, und zwar nicht nur bei Südfrüchten. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche steigt um fast die Hälfte, bei Eintritt der Türkei würde sie sich sogar auf mehr als 190 Mio. ha verdoppeln. Für Griechenland z.B. haben sie eine „großzügige“ Planung entworfen, die darauf hinausläuft, halb Griechenland in Plantagen für Baumwolle und anderes zu verwandeln. Die vom Land freigesetzten Arbeitskräfte – Hunderttausende Bauern mit einem oft nur ½ ha großes Stück Land – ständen dem europäischen Arbeitsmarkt schlagartig und ganz billig zur Verfügung.

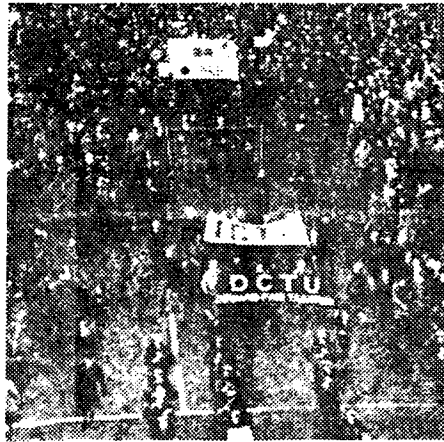
Eine bedeutsame Lücke würde auch der Beitritt der Türkei, wenn nicht ganz, so doch zum großen Teil schließen. Seit einigen Jahren nämlich hat sich die Türkei zum siebtgrößten Wei-

zenproduzenten und zum fünftgrößten -exporteur entwickelt; die EG, v.a. Großbritannien und die BRD, ist ein großer Weizenimporteur. – Das gegenwärtige Erzeugerpreinsniveau in der EG würde für die Bauern der Beitrittsländer durchweg eine kräftige Preiserhöhung bedeuten. Pünktlich am Vorabend des Beitritts also entfachen die Imperialisten die Debatte über die Änderung der EG-Agrarpolitik, die einschneidende Erzeugerpreissenkungen bezweckt.

Das sind, noch grob, die Bedingungen, unter denen die europäische Arbeiterbewegung die Kraftprobe, die ihr die Imperialisten aufzwingen, bestehen muß. Die Aufgaben, denen sie sich derzeit dabei in den einzelnen Ländern gegenübersteht, sind zwar unterschiedlich, aber gleichgelagert; deshalb auch bedeutet jeder Erfolg, wo immer, eine direkte Unterstützung für die gesamte Bewegung.

Niederlande: Nach der diesjährigen gesetzlichen Lohnsenkung – die Preisanpassung der Löhne wurde z.T. außer Kraft gesetzt, Tarifloohnerhöhungen verboten – will die Regierung 1981 Reallohnsenkungen von 1,5 bis 3% durchsetzen, ggfs. erneut durch Gesetz. Die Gewerkschaften haben die ersten Verhandlungen darüber scheitern lassen. Belgien: Nach der Regierungs-

krise tritt die neue (und alte) Regierung mit dem Programm an, Lohnerhöhungen über die amtliche Preisanpassung hinaus zu unterbinden. Die beabsichtigte Lohnkürzung von 2% im öffentlichen Dienst haben die Gewerkschaften vorerst zurückschlagen können. Die



700000 demonstrierten am 22.1.80 in Irland gegen die Steuerplünderung.

angestrebte „Sanierung der Sozialversicherung“ soll den Lohnabhängigen noch einmal Millionenlasten aufbürden und den letzten Mann, die letzte Frau für den Zugriff der Kapitalisten mobilisieren. Dänemark: Das im März 1979 in Kraft gesetzte zweijährige Lohngesetz hat zu scharfen Einbrü-

chen im privaten Konsum geführt. Im 81er Haushalt hat die Regierung die Erhöhung der direkten Steuern vorgesehen. Großbritannien: In diesen Tagen hat die Regierung die Marke gesetzt, um die sie die Reallöhne zu senken trachtet. Bei einer Inflation von ca. 16% will sie die Löhne im öffentlichen Dienst um 6-10% „erhöhen“. Für zwei Millionen Metallarbeiter haben die Kapitalisten gerade 8%-Abschlüsse durchsetzen können. Die Gewerkschaften bei British Leyland kündigen Streik an, falls BL die geforderten 20% nicht zahlt. Italien: Die Regierung Forlani hat, kaum im Amt, ein neues Krisenpaket angekündigt, das u.a. die Erhöhung der Benzin-, Alkohol- und Mehrwertsteuer sowie die Übernahme von Sozialversicherungszahlungen der Kapitalisten durch den Staat vorsieht. BRD: Ehrenberg feilt sein Rentnerprogramm weiter aus, beabsichtigt ist zumindest die Beteiligung der Rentner an den Krankenversicherungszahlungen. Frankreich: Samt und sonders entfesseln die bürgerlichen Parteien im Zuge des Präsidentschaftswahlkampfes eine chauvinistische Kampagne – „Trumpfkarte Frankreich“ u.ä. – Ließen sich die nationalen Abteilungen der europäischen Arbeiterbewegung auf diesem Weg gegeneinandertreiben, hätten die Imperialisten leichtes Spiel.

Westdeutsche Europaparlamentarier und ihre „Harmonisierungs“-Pläne

Zwangsarbeitsprogramme

„Angesichts der sehr ernsten Beschäftigungslage mit über 6 Mio. Arbeitslosen in der Gemeinschaft ... Beabsichtigt sie (die EG-Kommission) die Durchführung von Beschäftigungsprogrammen, insbesondere für Frauen und Jugendliche, in die Wege zu leiten und zu fördern?“ (Anfrage H. Salisch, SPD, und andere, Anfang 1980). Dazu Salisch in der Debatte über den Antrag am 15.1.80: „Die Erwerbsquote in der EG liegt bei 41,5%. Das heißt praktisch, daß von den 165 Mio. Europäern im Erwerbsalter rund 60 Mio. ... noch keiner Beschäftigung zum Erwerb nachgehen.“

„Gleichberechtigung“

„Der Rat hat drei Richtlinien zur Gewährleistung der Gleichheit von Männern und Frauen im Arbeitsleben verabschiedet ... Kann die Kommission mitteilen, ... welche Maßnahmen die Mitgliedstaaten im wesentlichen getroffen haben, um die Einhaltung dieses Rechts durchzuset-

zen?“ (Anfrage H. Salisch, SPD, und andere, 24.10.79).

„Europäisches“ Tarifrecht

„Seit Beginn der sechziger Jahre gibt es ... Vorarbeiten zur Schaffung einer Rechtsgrundlage zum Abschluß europäischer Tarifverträge nach Branchen ... Verfolgt die Kommission noch immer die früher geäußerte Intention, ... Grundlagen für ein europäisches Tarifvertragsrecht herzustellen?“ (Anfrage H. Walz, CDU, 7.11.79).

Kostendämpfung

„Auf der 2. Tagung der EG-Gesundheitsminister am 16.11.78 wurde deutlich gemacht, daß die Kommission eingehende Vorschläge zum Thema Gesundheitsschutz in der EG schnellstmöglich einbringen sollte. Folgende Themen standen zur Diskussion: Möglichkeit der Beschränkung des Verbrauchs an unnötigen Arzneimitteln; Tabakmißbrauch; ... Ist die Kommission bereit mitzuteilen, 1. Welche konkreten Vorschläge bis jetzt erfolgt sind?“ (Anfrage S. Alber, CDU, und andere, Anfang 1980).

Steuer„angleichung“

„Die für die Weiterentwicklung der Wirtschaftunion ... dringend notwendige Harmonisierung der Steuern kommt nur sehr langsam voran. Ursache hierfür ist in allererster Linie die Untätigkeit des Rates ... Ich frage daher den Rat: 1. Wieviele weitere Vorschläge für den Erlass von Richtlinien durch den Rat liegen diesem vor ..., die bis heute nicht erlassen sind?“ (Anfrage H.J. Seeler, SPD, 19.3.80).

Einheitliche „Luxus“-steuern

„Wann wird die Kommission eine Richtlinie vorschlagen, daß diejenigen Umsätze, für die ein vom allgemeinen Steuersatz abweichender Steuersatz gelten soll, für alle Mitgliedstaaten einheitlich bestimmt werden?“ (Anfrage J. van Aerssen, CDU, 14.10.80).

Energiezwangs„sparen“

„In verschiedenen Mitgliedstaaten wird die Möglichkeit von Energieeinsparungen durch Normierung des Verbrauchs von elektrischen Haushaltsgeräten erörtert ... Ist die Kommission ggf. bereit, entsprechende Vorschläge dem Rat zu unterbreiten?“ (Anfrage K. Fuchs, SPD, 24.10.79).

Hungerstreik irischer Gefangener in Maze

Sieben republikanische Gefangene im britischen Maze-Gefängnis sind am 27.10. in den Hungerstreik getreten. Der Hungerstreik ist Bestandteil des Kampfes von 400 Männern in den H-Blocks des Maze-Gefängnisses und 33 Frauen im Armagh-Gefängnis gegen den Entzug des politischen Sonderstatus. Alle vor dem 1. März 1976 verurteilten irischen Revolutionäre hatten und haben bis heute einen Sonderstatus, ähnlich Kriegsgefangenen. Sie haben ihre eigene Kommandostruktur, tragen Zivilkleidung, führen ihr eigenes Schulungs- und Arbeitsprogramm durch. Als Teil der Kriminalisierungskampagne gegen die Provisorische IRA entzogen die britischen Imperialisten den nach dem 1. März 1976 verurteilten Gefangenen diese Rechte. Die Gefangenen wehren sich durch Mißachtung der Gefängnisregeln, sie tragen keine Gefängnis- und Arbeitskleidung und lehnen Gefängnisarbeit ab. Sie leben mit nichts außer einer Decke in verdreckten Zellen. Kurz vor dem Hungerstreik machte die Regierung Thatcher vergeblich ein kleines Zugeständnis, die Gefangenen dürften „Zivilkleidung“ tragen, die aber vom Gefängnis ausgegeben werde.

Todesurteil gegen Kim Dae Jung bestätigt

Am 3.11. bestätigte ein Militärgericht in Seoul das Todesurteil gegen den südkoreanischen bürgerlichen Oppositionsführer Kim Dae Jung. Eine Woche vorher hatte ein Sondergericht drei Arbeiter und zwei Studenten wegen „Rädelsführerschaft“ beim Aufstand in Kwangju zum Tode verurteilt. 170 weitere Angeklagte wurden bisher zu Haft verurteilt.

BRD raubte Indonesien 30 Mio. DM

Durch den Verkauf von vier Halbcontainerschiffen für 220 Mio. DM – Lieferant: die Lübecker Schlichting-Werft – haben die BRD-Imperialisten Indonesien um mehr als 30 Mio. DM „erleichtert“. So viel liegt nämlich der Preis der Schiffe über Angeboten anderer Werften an die staatliche indonesische Reederei Jakarta

Lloyd, meldete die Zeitschrift „Far Eastern Economic Review“. Genscher hatte das Geschäft bei einem Besuch 1977 mit dezenten Hinweisen auf westdeutsche „Verkaufswünsche“ eingeleitet. Schmidt sowie die Kreditanstalt für Wiederaufbau machten dann den Abschluß mit der Drohung von Kreditentzügen etc. perfekt. Jetzt toben sie alle über die „Unzuverlässigkeit“ der indonesischen Regierung, weil die Sache aufgefliegen ist.

Israel: Annexion der Golan-Höhen geplant

Nach der Erklärung von ganz Jerusalem zu israelischem Territorium haben jetzt 18 der 64 Abgeordneten der Begin-Koalition einen Gesetzentwurf ins Zionistenparlament eingebracht, nach dem auch die seit 1967 besetzten syrischen Golan-Höhen annektiert werden sollen. Aus Sicherheitsgründen könne Israel nicht auf die Golan-Höhen verzichten. Israeli-sche Truppen haben 5 km² libanesischen Bodens an der Grenze zu Israel, die von christlichen Milizen besetzt sind, eingezäunt.

IWF „gewinnt“ Wahlen in Jamaika

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte die Parlamentswahlen in Jamaika am 30.10. gründlich vorbereitet. Bereits Wochen vor dem Wahltag verhandelte der Fonds unter Umgehung der damaligen Regierung Manley mit Oppositionsführer Seaga über ein wirtschaftliches „Sanierungsprogramm“. Jetzt hat Seaga, der sich außer mit dem IWF auch direkt mit den US-Monopolen konsultiert hatte, die Wahlen gewonnen. Wenige Stunden nach der Wahl begannen Polizei und Armee eine „Säuberungsaktion“ in den Slumvierteln der Hauptstadt Kingston. Bereits 1978 hatte der IWF als Bedingung für einen 25-Mio.-Dollar-Kredit u.a. eine 30prozentige Abwertung des jamaikanischen Dollars diktiert. Im März dieses Jahres hatte Manley die weitere Einhaltung der Kreditbedingungen abgelehnt, um Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosenquote (30%) ergreifen zu können. Daraufhin hatten der Fonds und die imperialistischen Banken Jamaika, das schließlich ohne Devisen stand, den Kredit gesperrt.



2000 demonstrierten am 4. 11. gegen den Baubeginn für den Flughafen München II im Erdinger Moos. – An einer Kundgebung gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt, den Bau einer neuen Startbahn auf Erholungsgelände, beteiligten sich 14000. Sie forderten: „Keine Startbahn West – Generelles Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr“. Geplant war die „friedliche“ Besetzung von bereits gerodeten 7 der insgesamt mindestens 400 ha Wald. Erwartungsgemäß scheiterte der Friede an den aufgefahrenen 5000 Mann Polizeitruppen, die hinter 2 m hohen Maschen-drahtzäunen und dreifachem NATO-Stacheldraht das ausgeschilderte „Privateigentum der FAG“ gegen den ausdrücklichen Beschluß der GdP Hessen zu schützen hatten. Neben mehreren Solidaritätsadressen vornehmlich aus der Arbeiterbewegung verlas auch ein Vertreter der BI gegen den Bau von München II eine Adresse.

Gleichzeitig organisierte die örtliche Reaktion eine Terror-kampagne gegen Manleys Nationale Volkspartei PNP. Seit seinem Regierungsantritt 1972 hatte Manley verschiedene anti-imperialistische Reformen durchgeführt und u.a. den Bauxitbergbau verstaatlicht. Jamaika, früher britische Kolonie, ist der zweitgrößte Produzent von Bauxit, dem Rohstoff für Aluminium. Außenpolitisch hatte die PNP-Regierung enge Beziehungen zu Kuba unterhalten und verschiedene in internationalen Organisationen die Sozialimperialisten unterstützt. Seaga hat jetzt „Erleichterung ausländischer Investitionen“ angekündigt.

NATO-Munition wird vereinheitlicht

Die NATO hat beschlossen, die Gewehrmunition in allen Ländern zu vereinheitlichen. Dabei wird nicht das u.a. von der Bundeswehr für das Gewehr G 3 verwendete Kaliber 7,65 mm, sondern das kleinere Kaliber 5,85 mm eingeführt. Die US-Armee ist bereits mit dem kleineren Kaliber ausgerüstet.

EG droht Japan mit Importsperrn

Wenn sich die japanischen Imperialisten nicht bis zum 25.11., eine Woche vor dem nächsten EG-Gipfel, zu „erkennbaren“ Beschränkungen ihrer Exporte bereitfinden, sind Gegenmaßnahmen fällig. Mit dieser Drohung empfang

vorletzte Woche die EG-Kommission den japanischen Beauftragten für Außenwirtschaft Okita. Vor allem die japanischen Automobilexporte – wertmäßig plus 19% in den ersten acht Monaten 1980 – und die Elektrogeräteexporte – plus 42% bei Fernsehern – bringen die Imperialisten in der EG zum Toben. Sie fürchten ein Handelsdefizit mit Japan von über 10 Mrd. \$.

Norwegen: Samek gegen Staudambau

In diesen Tagen unternimmt die norwegische Regierung einen neuen Anlauf zum Bau eines Staudamms am Alta-Kaukeino-Fluß in Nordnorwegen. Seit 10 Jahren haben die Samek (Lappen) den Staudambau trotz dreimaliger Beschlüsse des Parlaments verhindert. Die 7500 Samek in der Provinz Finnmark würden durch den Staudamm die besten Weidegebiete für die Rentierzucht, ihre Haupterwerbsquelle, verlieren. Als Anfang 1979 mit dem Bau begonnen werden sollte, sperrten die Samek den Bauplatz ab. Ihre Proteste vor dem norwegischen Regierungsgebäude wurden von Tausenden unterstützt. Die norwegische wie die anderen skandinavischen Regierungen verweigern den Samek das Recht auf Selbstbestimmung über Weideland und Gewässer. Die Rentierzucht soll in wenigen Händen konzentriert und die Samek als Lohnarbeiter freigesetzt werden.

Griechenland

NATO-Wiedereingliederung – über 200 000 verlangen NATO-Austritt

Am 19. Oktober hat die Regierung des Ministerpräsidenten Rallis die Rückkehr Griechenlands in die Militärorganisation der NATO beschlossen. Seit 1974 war Griechenland zwar noch NATO-Mitglied. Jedoch hatte die Regierung Karamanlis die griechischen Truppen dem NATO-Kommando entzogen. Die griechische Militärjunta hatte im Sommer 1974 durch Putsch gegen die Regierung Makarios auf Zypern Voraussetzungen zu schaffen versucht, den von Griechen und Türken gebildeten Inselstaat gewaltsam Griechenland zuzuschlagen. Die Türkei besetzte daraufhin einen Teil von Zypern militärisch. Das Scheitern dieses Zypern-Abenteuers bedeutete zugleich den endgültigen Bankrott der Militärjunta in Griechenland. Die folgende Regierung Karamanlis versuchte mit dem Truppenrückzug aus der NATO insbesondere die US- und BRD-Imperialisten zu einem Vorgehen gegen die Türkei zu bewegen.

monstranten eine Abordnung, der Regierung und dem Parlament die Forderung nach vollständigem Austritt aus der NATO zu überreichen.

Durch Beschlüsse der NATO-Minister vom Mai und Juni dieses Jahres in Brüssel und Ankara wurde die Dringlichkeit der Wiedereingliederung Griechenlands „zur Sicherung der Südflanke“ der NATO unterstrichen. Der amerikanische Oberbefehlshaber der NATO in Europa General Rogers wurde mit den Verhandlungen beauftragt. Der Inhalt der Vereinbarungen wurde zum vertraulichen NATO-Dokument erklärt. Darauf berief sich die griechische Regierung und teilte noch nicht einmal den Abgeordneten den Vertragsinhalt mit. Das „Vertrauensvotum“ für die Regierung wurde deshalb von den 94 Abgeordneten der Panhellenistischen Sozialistischen Partei boykottiert.

Nach bisher bekanntgewordenem Vertragsinhalt sollen die griechischen



Auf Seiten des griechischen Volkes wurde die Wiederherstellung der nationalen Hoheitsrechte über die Armee als Erfolg des Kampfes gegen die unablässige Einmischung der Imperialisten in die Angelegenheiten Griechenlands begrüßt. Umso entschiedener ist jetzt der Widerstand gegen die Rücknahme dieses Schrittes durch die Regierung: Ein Demonstrationzug von Bauarbeitern für höhere Löhne verwandelte sich in eine Kundgebung gegen die Wiedereingliederung in die NATO. Außer in Athen fanden u.a. in Saloniki, Larissa, Heraklion große Demonstrationen statt. Während der dreitägigen Parlamentsdebatte vom 22. bis 24. Oktober demonstrierten in Athen über 200 000. Auf der Kundgebung vor der Technischen Hochschule beauftragten die De-

Verbände in Zukunft dem NATO-Oberkommando Süd unterstellt werden. Die Frage jedoch: Wie verläuft die Grenze in der Ägäis, und wer bestimmt zur See und in der Luft, wurde nicht entschieden. Diese Frage, von deren Entscheidung auch Ölbohrrechte abhängen, wurde dem NATO-Militärausschuß übergeben.

Carter begrüßte diese volle Herstellung von imperialistischen Eingriffsrechten im griechisch-türkischen Raum als „einen großen Schritt vorwärts für die angemessene Verteidigung der südlichen Flanke Westeuropas“. Die amerikanische Regierung habe durch Versprechen einer Militär- und Wirtschaftshilfe von 182 Mio. \$ für Griechenland und 452 Mio. \$ für die Türkei wesentlich zum Zustandekommen der

Wiedereingliederung „beigetragen“. Die Verlängerung des griechisch-amerikanischen Vertrages über die Nutzungsrechte für vier Militärstützpunkte steht unmittelbar bevor.

Seitens der westdeutschen Bourgeoisie waren zunächst die Deutsche Bank und die Westdeutsche Landesbank mit einem 550 Mio. \$-Kredit für die Bank von Griechenland zu Werke. Die Bundesregierung erklärte zur Wiedereingliederung, sie habe „diese Entwicklung selbst aktiv gefördert“. Ein „Hilfsangebot“ von 60 Mio. DM sei jedoch von der griechischen Regierung verschmäht worden, nachdem die Türkei mehr als das Zehnfache erhalten habe. Ab Januar 81 ist Griechenland Vollmitglied der EG. Die Aussicht, diesen Vorzugsmarkt durch alliierte Eingriffsrechte und Truppenstationierungen garantiert zu sehen, lassen sich die westdeutschen Imperialisten gern ein wenig „uneigennützig“ helfen kosten.

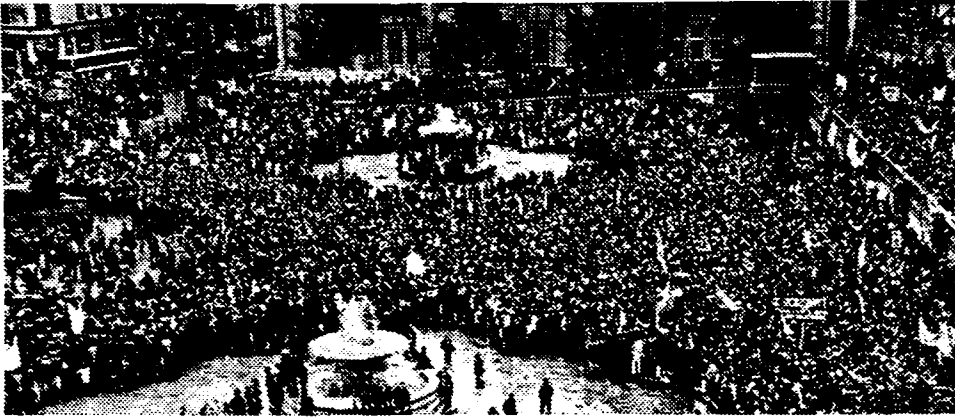
Niederlande

NATO besorgt über Soldatenbewegung

Der NATO-Generalität gelten die niederländischen Streitkräfte schon lange als besonders unzuverlässig. Verschiedene Ereignisse dürften ihre Besorgnis derzeit noch um einige Grad steigern.

Es sieht nicht danach aus, als könne die christdemokratische Regierung Van Agt die beabsichtigte – und von der NATO drängend verlangte – Kürzung des Wehrsolds leicht durchsetzen. 1976 hatte die niederländische Soldatenbewegung die Anbindung des Solds an den gesetzlichen Mindestlohn für Jugendliche erkämpft. Derzeit beträgt er zwischen 629 DM für 18- und 752 DM für 20jährige, und die Bourgeoisie hat ernsthafte Schwierigkeiten, genügend Jugendliche zur Weiterverpflichtung zu pressen. Auch deshalb versucht sie jetzt, den Wehrsold zusammen mit dem Mindestlohn um 7 bis 20% zu senken. Doch kaum, daß ihre Absicht laut wurde, organisierte die Soldatengewerkschaft VVDM, in der sich ein Drittel der 50 000 Wehrpflichtigen organisiert haben, allorts Protestaktionen. 4000 – weitgehend Wehrpflichtige – demonstrierten dann am 28.10. in Utrecht. Die Gewerkschaftsbünde FNV und CNV sowie mehrere Jugendverbände unterstützen die Soldaten, und inzwischen lassen nicht nur die Sozialdemokraten, sondern selbst Abgeordnete der Regierungspartei CDA durchscheinen, daß sie einer Wehrsoldkürzung nicht zustimmen werden.

Damit nicht genügt. Bekanntlich und



Großbritannien. 70000 demonstrierten am 26.10. in London gegen die Stationierung von 160 US-Mittelstreckenraketen. Mehrere Gewerkschaften, der Studentenverband, selbst Teile der Labour-Partei unterstützten die Demonstration, die von der „Kampagne für nukleare Abrüstung“ organisiert worden war.

zum tiefsten Ärger der NATO-Verbündeten hat die niederländische Regierung ihre Entscheidung über die Stationierung von 48 US-Mittelstreckenraketen noch nicht getroffen. Welches immer ihre Gründe für das Zögern sind – sie *kann* auch die Stationierung nicht einfach durchsetzen. Die Bewegung gegen die Mittelstreckenraketen reicht bis weit in die Armee hinein. Kürzlich verweigerte ein Wehrpflichtiger den Wachdienst an einem Atommunitionslager. Mit sechs Wochen Gefängnis versuchte ihn ein Militärgericht zur Raison zu bringen – stattdessen er-

klären in immer noch wachsender Zahl Soldaten der verschiedenen Truppenteile, darunter inzwischen auch ein Offizier der Luftwaffe, daß sie niemals Atomwaffen bedienen werden. Die Bourgeoisie hat eine deutliche Schlappe hinnehmen müssen. Verteidigungsminister De Geus kündigte in einem Brief an die Befehlshaber aller Teilstreitkräfte an, die Armee von solch unzuverlässigen Elementen zu säubern. Die Antwort der Soldatenbewegung kam prompt und so wuchtig, daß er diese Ankündigung öffentlich wieder zurücknehmen mußte.

Schichtarbeit

Bisher hauptsächlich höhere Bezahlung durchgesetzt

Nach Angaben des Ehrenberg-Ministeriums hat sich die Zahl der Schichtarbeiter von 2,6 Mio. auf 3,7 Mio. erhöht. Dies bezieht sich auf den Zeitraum von 1959 bis 1975 und entspricht einer Erhöhung von 40%. Drückt man das in Prozenten aus, so arbeiten 1975 18,5% aller Lohnabhängigen in Schicht. Das sind 22,4% aller Männer und 11,5% aller Frauen, die lohnabhängig sind. Auf die Industriebereiche verteilt, ergeben sich folgende Zahlen: 59,1% der Schichtarbeiter arbeiten in der Industrie, 40,5% im Dienstleistungsbereich und 0,4% in der Landwirtschaft. Die Hauptanwender von Schichtarbeit sind die metallverarbeitende Industrie mit 22,1%, der Bergbau und die chemische Industrie mit zusammen 12,4%, das Transport- und Verkehrswesen mit 13,1%. Im öffentlichen Dienst sind immerhin 8,8% aller Schichtarbeiter.

In welchem Ausmaß Schichtarbeit in den verschiedenen Branchen getan wird, zeigen folgende Zahlen. Sie geben an, wieviel Prozent aller Lohnab-

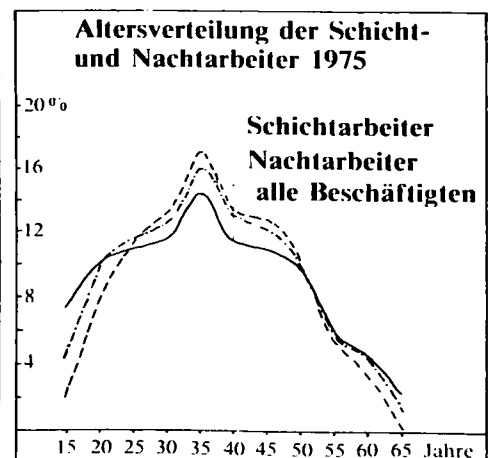
hängigen einer Branche Schicht arbeiten. In der Landwirtschaft sind es immerhin 7,4%, die Spitzenstellung nimmt die Energie- und Wasserversorgung mit 46,9% ein, gefolgt vom Transport- und Verkehrswesen mit 36%, dem Bergbau und der chemischen Industrie mit 31,8% und der metallverarbeitenden Industrie mit 21%. Mit 15,9% ist der öffentliche Dienst ein beachtlicher Anwender von Schichtarbeit.

Die Anwendung von Schichtarbeit ist in allen Bereichen bis auf den Bergbau expandierend. Hierbei liegt der westdeutsche Imperialismus vor seinen hauptsächlichen Konkurrenten in der EG. Lediglich Italien mit 22,3% Schichtarbeit, Luxemburg mit 20% und Belgien mit 18,7% wenden mehr Schichtarbeiter an. Die hauptsächlichen Konkurrenten des westdeutschen Imperialismus, Frankreich und Großbritannien, liegen mit 14,6% und 16% doch erheblich unter dem BRD-Imperialismus. Dabei werden hauptsächlich

Arbeiter im Alter zwischen 25 und 50 Jahren angewandt.

Die Entwicklung der Schichtarbeit ist teilweise rasant. So hat sich das Schichtarbeitsvolumen in der Landwirtschaft verfünffacht, im Dienstleistungsbereich ist es noch mehr, nämlich um den Faktor 5,6, im Handel und Versicherungswesen fast um das Vierfache und im Baugewerbe um mehr als das dreifache gestiegen. Technische Änderungen des Arbeitsprozesses werden von den Kapitalisten zur vermehrten Aneignung unbezahlter Arbeit genutzt.

Gesetzlich gibt es kaum Schranken gegen Schicht- oder Nachtarbeit. Die gültige Arbeitszeitordnung vom 30. April 1938 gibt lediglich einen Hinweis, wie die Schichtarbeit zu regeln ist. Im §10 heißt es dazu: „Bei Arbeiten, die werktags und sonntags einen ununterbrochenen Fortgang erfordern, dürfen zur Herbeiführung eines regelmäßigen wöchentlichen Schichtwechsels männliche Gefolgschaftsmitglieder innerhalb eines Zeitraumes von drei Wochen einmal zu einer Schicht von höchstens sechzehnständiger Dauer einschließlich der Ruhepausen herangezogen werden, sofern ihnen in diesen drei Wochen zweimal eine ununterbrochene Ruhezeit von je vierundzwanzig Stunden gewährt wird.“ Ausnahmen kann das Gewerbeamt zulassen. Lediglich für Arbeiterinnen sind Beschränkungen gesetzlich vorgesehen, die aufgrund der 'Gleichbehandlung der Frau' aufgehoben werden sollen. Danach dürfen Arbeiterinnen in der Regel nur von 6 bis 20 Uhr beschäftigt werden und an den Tagen vor Sonn- und Feiertagen nur bis 17 Uhr. Bei Schichtbetrieben kann die Arbeitszeit bis 23 Uhr ausgedehnt und bei Billigung durch das Gewerbeaufsichtsamt auf 5 Uhr vor- bzw. 24 Uhr zurückgelegt werden. Keine Beschränkungen gibt es beim Verkehrswesen, im Gaststättenbereich, im Hotelgewerbe und



für die Krankenpflegenanstalten, Bereichen, in denen der Anteil der Frauenarbeit hoch ist. Alle Regelungen gelten nicht für angestellte Frauen.

Die Gewerkschaften haben gegen die Schicht- und Nachtarbeit bisher vor allem eine Politik gemacht, höhere Bezahlung dieser Arbeiten durchzusetzen. Die Verträge bezüglich der Schichtarbeit in den Manteltarifverträgen der verschiedenen Branchen beziehen sich vor allem auf die Bezahlung der Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit. Weitere Vereinbarungen, die bisher durchgesetzt werden konnten, sind folgende: In der Druckindustrie beginnt zuschlagspflichtige Nachtarbeit bereits um 19 Uhr. In der chemischen Industrie dagegen um 22 Uhr. Die Bezahlung von Bereitschaftsdien-

„unerläßlichen Arbeiten“ gefahren werden darf.

Schichtarbeit so teuer wie möglich zu machen, ist eine richtige Taktik. Sie allein setzt aber keine ausreichende Schranke gegen die übermäßige Zerstörung der Arbeitskraft. Und die Regelungen sind für die einzelnen Branchen sehr unterschiedlich, wie man der Tabelle entnehmen kann. Daher gehen die Gewerkschaften verstärkt dazu über, Regelungen durchzusetzen, die die Arbeitskraft vor den Auswirkungen der Schichtarbeit zu einem gewissen Grad schützen. Die Hafenarbeiter in Hamburg kämpfen gegen die Aus-



Forderungen der HAW-Arbeiter am 1. Mai 1980 in Hamburg

sten, die immer eine Folge der Schichtarbeit sind, ist in den wenigsten Tarifen geregelt. Der Manteltarif Druck legt fest, daß die Kapitalisten bei Bereitschaft eine Antrittsgebühr von 15% zahlen müssen. Im öffentlichen Dienst wird die Bereitschaft gar nicht bezahlt. Bezahlung der Pausen während der Schichtarbeit ist eine noch vielfach ungeklärte Frage. Allein der Tarif der Seehafenarbeiter enthält eine Schranke gegen die Nachtarbeit, indem festgelegt ist, daß die III. Schicht nur bei

dehnung der Schichtarbeit durch Kontischicht. Die Postarbeiter für höhere Bezahlung der Nachtarbeit und Freischichten.

Diese Entwicklung erscheint in den Anträgen zu den Gewerkschaftstagen. Die Anträge, die einen gesundheitlichen Schutz vor den Auswirkungen der Nacht- und Schichtarbeit fordern, nehmen zu. So steht auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie ein Antrag zur Diskussion, der die Verrichtung von Schichtarbeitern mit 55 Jahren fordert.

	Nacht 1)	Nacht- Schicht	Spät- schicht	Konti- 2)	Teil- Konti	Sam- tag	Sonn- tag	Feier- tag	Feier- tag 3)	Ur- laub
Chemie	20%	15%		10%	6%		60%	150%		3 Tg.
Kautschuk	50%	25%	6%			30%	50%	200%	100%	
Seehafen	115		105			69 6)	93	93		1 4)
Krankenh. Hbg.		1.5h				0.75h		135%		
Einzelhandel	50%	10%					50%	100%		
Druck	23%									
	45% 5)						88%	150%		2
Metall	50%	12.5%					50%	150%	100%	

1) unregelmäßige Nachtarbeit. 2) 4-Schichtsystem mit regelmäßiger Wochenendarbeit. 3) Feiertage, die nicht in die Woche fallen. 4) Bei 40 Nachtschichten 1 Tag Urlaub, bei 20 weiteren einen weiteren Tag. 5) 23% von 19.00 bis 24.00 Uhr, 45% bis 7.00 Uhr. Die Angaben beziehen sich auf den jeweiligen Tariflohn. 6) Angaben in DM. Alle Angaben für den Grundlohn (LG III.) Samstag, Sonntag und Feiertag dauert die Schicht nur 5,75 Std, montags - freitags 7,66 Std. Frühschicht wird mit 92 DM bezahlt.

Siemens

300 Mio. DM Kapital-export nach Brasilien

Gegen Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts begann Siemens, sich in den lateinamerikanischen Ländern festzusetzen, anfangs über Vertriebsgesellschaften. 1914 und 1921 wurden die ersten Fertigungsstätten in Argentinien und Brasilien errichtet, Beginn der 50er Jahre das nach dem Zweiten Weltkrieg verlorene Terrain erneut in Angriff genommen. Es gibt heute faktisch kein lateinamerikanisches Land, wo Siemens nicht bedeutende Aufträge beim Ausbau des Telefon- und Telexnetzes und auf dem Energiesektor an Land zog. In den 70er Jahren startete Siemens die bislang größte Expansion mit dem Ausbau von Fertigungsstätten in Argentinien, Venezuela, Kolumbien und Brasilien, wo bis heute die zweitgrößte Landesgesellschaft (15000 Beschäftigte) aufgebaut wurde.

12% durchschnittliches jährliches Wachstum auf dem Elektromarkt, Gradmesser für die rasche industrielle Entwicklung Brasiliens – die zweithöchste Rate nach den Ölländern –, reizten die Siemens-Kapitalisten, dicke Extraprofit zu erzielen durch Monopolisierung dieses Prozesses, bei Löhnen von heute rd. 33% von denen in Westdeutschland, 48-Stunden-Woche, fehlendem Streikrecht und Kündigungsschutz und staatlicher Unterdrückung der Gewerkschaften.

Die brasilianische Tochter Icotron ist heute der größte Bauelementehersteller in Lateinamerika, und in Lapa/Brasilien steht Siemens' zweiter Fertigungsschwerpunkt (neben Dynamowerk Berlin) für Wasserkraftgeneratoren.

Vorstandsvorsitzender Plettner stellte auf einer Brasilien-Reise in diesem Jahr erfreut fest, daß die Tochter „langsam in die Gewinnzone wächst“. 1978/79 wurden von dem mit 24,6 Mio. DM ausgewiesenen Gewinn 16,5 Mio. an die Mutter überwiesen.

Um Industrialisierung und Markt Brasiliens in den Griff zu nehmen, wurden bis 1974 80 Mio. DM, von 1974 bis 1977 120 Mio. DM Kapital aus den westdeutschen Arbeitern herausgepreßt und als Kapital exportiert. 1980 beläuft sich das nach Brasilien exportierte Kapital auf 300 Mio. DM. Plettner kündigte weitere Investitionen von 50 Mio. DM jährlich für die weitere Zukunft an.

Systematisch rollte Siemens Brasiliens Markt und Wirtschaft auf, anfangs über den Bau von Lampen und Leitungen, 1921, dann von Transformatoren, Kondensatoren und Generatoren; durch Aufnahme der Halbleiter-

fertigung 1972, über die das Vordringen auf dem Sektor der Nachrichtentechnik, der elektromedizinischen Ausrüstung, der Installationstechnik, der Industrietechnik und des Werkzeugbaus vorangetrieben wurde. Der Kauf von Osram verhalf zu zwei Lampenwerken in Brasilien. Durch den Kauf der Kraftwerk-Union (KWU) und durch diverse joint ventures dieser, u. a. mit GHH und Voest, drang Siemens tiefer in den Kraftwerksbau ein und zog die Aufträge für die beiden Atomkraftwerke Angra II und III an sich. Mit dem Kauf einer brasilianischen Kabelfabrik 1978 rundet Siemens die Monopolstellung weiter ab. Ein Viertel aller Kraftwerkskapazität Brasiliens stammt von Siemens. Siemens erhielt den Zuschlag für zwei Wasserkraftwerke, weil 85% im Lande gefertigt werden.

Durch die Gründung der Transformatorenfabrik TUSA 1973, gemeinsam mit AEG (je 50%), wurde 1974 General Electric aus dem hart umkämpften Transformatorenmarkt geworfen. 1977 verdrängte Siemens AEG mehrheitlich aus der TUSA (63/47%), 1975 besaß Siemens bereits 75%. Hierdurch sowie über Osram und KWU wurde die Konkurrenzsituation weiter bereinigt.

Siemens-Aktienkapital in Brasilien

Jahr	in Tsd. Cruzeiros
1972	82 277
1973	117 772
1974	155 911
1975	306 800
1976	379 350
1977	801 393
1978	1 067 674
1979	2 030 560

1 Cruzeiro = 0,04092 DM (27. 3. 1980)

Brasilien unternimmt große Anstrengungen, den Würgegriff der Monopole zu lockern und eine eigenständige Wirtschaft aufzubauen. So hat der brasilianische Staat eine Siemens geschuldete Summe von 500 Mio. Cruzeiros inzwischen zu 90% zurückgezahlt. Anlässlich des Besuches des brasilianischen Staatspräsidenten Geisel in der BRD 1978 führten die Münchner Kapitalisten – wohl unter Führung von Siemens – Klage über die von der brasilianischen Regierung verfügte Einfuhrdepothinterlegungspflicht ohne Zins- und Inflationsausgleich und prohibitive Zölle, die insbesondere die Töchter deutscher Unternehmen trafen, sowie über das Verbot der Einfuhr gebrauchter Maschinen und Erschwerung des Gewinntransfers bei Lizenzvergaben. Weiter kritisierten sie die „Diskriminierung ausländischer beherrschter Unternehmen bei Kapital- und Finanzierungshilfen seitens brasilianischer Behörden“.

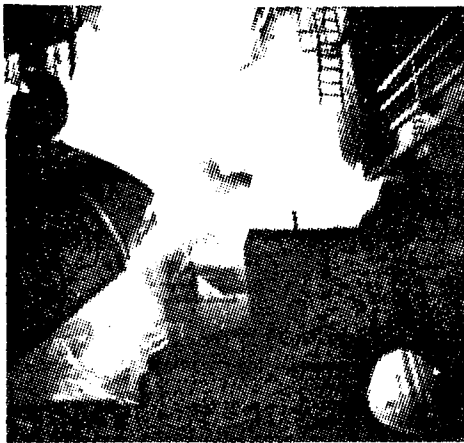
In einem Interview mit dem „Ge-

werkschafter“ erklärt Luiz Inácio da Silva (Lula), Führer der brasilianischen Metallarbeiter und ihres Streiks im Mai 1980: „Die Firmen, die sich hier angesiedelt haben, sind ja nicht hierher gekommen, um unsere Entwicklung zu fördern, sondern um ihre Gewinne zu vergrößern. Die faschistische Arbeitsgesetzgebung ... ist ihnen dabei sehr förderlich. Die freien Gewerkschaften sind der Auffassung, daß die Ansiedlung von Multis nur dann noch gestattet werden soll, wenn sie ... uns die gleichen Rechte zugestehen, wie den Arbeitnehmern in ihren Heimatländern.“ Die Lohndrückerei der Siemens-Kapitalisten in der BRD – mit dem Hinweis auf Niedriglohnländer – wäre wesentlich erschwert.

Stahlindustrie

Kapitalisten blasen zum Angriff auf den Lohn

Prompt haben die Stahlkapitalisten der IG Metall die Quittung serviert. Diese hatte sich in die Auseinandersetzung der westeuropäischen Monopole und Regierungen um die Stahl-Produktionsquoten verwickeln und gegen die anderen Stahlarbeitergewerkschaften in der EG ausspielen lassen (s. Politische Berichte 2/80, S. 8). Inzwischen haben sich die Imperialisten im Großen und Ganzen geeinigt, die Bundesregierung stimmt nach langem Sträuben und drohenden Gebärden der Anwendung des Art. 58 des Montanunion-



Zehntausende Stahlarbeiter in der EG sind auf Kurzarbeitergeld gesetzt.

Vertrages, der die Festlegung verbindlicher Quoten ermöglicht, zu. Immerhin, mit der Ankündigung eines möglichen Vetos, das einer halben Kriegserklärung an die EG-„Partner“ gleichgekommen wäre, hat sie die Erhöhung der westdeutschen Quoten von ursprünglich beabsichtigten ca. 30% auf 32,35% durchgeboxt. Die Stahlkapitalisten machen aus ihrem Triumph auch gar keinen Hehl: Bei höchster Intensität und Produktivität der Arbeit –

nach Angaben der IG Metall wird in der BRD 1 t Rohstahl in durchschnittlich 6 Stunden produziert gegenüber 9 Stunden in Frankreich und 11 Stunden in Großbritannien – können sie ihre Konkurrenzposition weiter ausbauen.

Diese Aussicht stachelt sie an. Höhnisch rief der Kapitalistenverband Eisen- und Stahlindustrie eine „Krisenlage“ aus und blies zum Angriff auf den Lohn. Um sechs Monate will er die Kündigung des Stahlarbeitervertrages, fällig zum 31.1.81, hinausschieben. Zwar hat Kurt Herb auf einer IG Metall-Konferenz von Vertrauensleuten und Betriebsräten in der Stahlindustrie „härtesten Widerstand gegen einen Lohnstopp“ angekündigt. Aber die Kapitalisten haben, noch bevor überhaupt die IG Metall ihre Tarifforderungen aufgestellt hat, die Initiative an sich gerissen.

Nimmt man die von den fünf Wirtschaftsinstituten veranschlagte, sicher allerdings beschönigende Inflationsrate von 4% für 1981 zur Grundlage, würde der sechsmonatige Lohnstopp die Stahlarbeiter mindestens 2% ihres realen Lohnes kosten. Dies in einer Situation, in der tausende Kurzarbeiter in der Stahlindustrie ohnehin schon größere Lohnverluste haben.

Und noch ein Grund sollte die IG Metall veranlassen, das Ansinnen der Kapitalisten mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Die Anstrengungen nämlich der westeuropäischen Gewerkschaften, die Tarifverhandlungen in der Stahlindustrie zum Jahreswechsel zu koordinieren, um sich gegenseitig zu unterstützen, wären weitgehend zunichte.

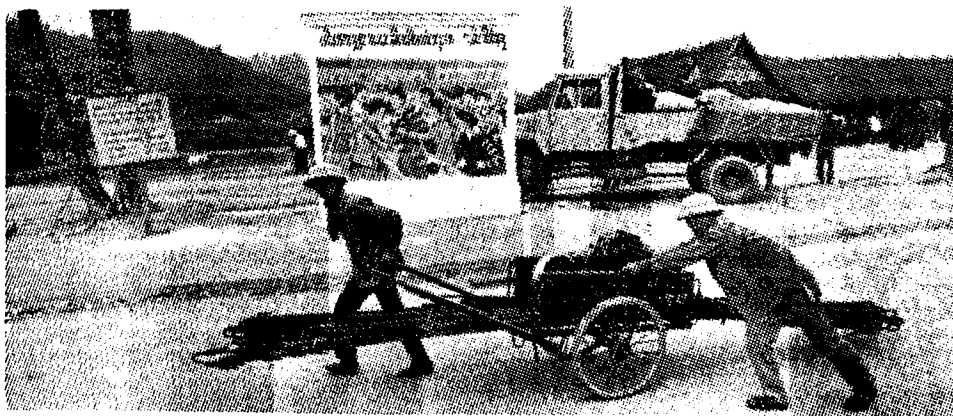
Für Frankreich, wo Gewerkschaften und Stahlkapitalisten ausschließlich Firmen- und lokale Tarifverträge abschließen, und die Niederlande, wo Hoogovens der einzige Stahlkonzern ist, sind uns die Kündigungstristen nicht bekannt. Der Tarifvertrag für die 98000 Stahlarbeiter in Italien läuft noch bis zum Jahresende 1982, zur Zeit finden aber die tariflich vereinbarten „Zwischenverhandlungen“ statt. Ebenso in Dänemark, wo der Tarifvertrag für die knapp 3000 Arbeiter erst 1981 gekündigt wird. In Großbritannien läuft der nach dem diesjährigen langen Streik mit BSC ausgehandelte Vertrag am 1.4.81 aus, hier hatten die Kapitalisten eine Verschiebung durchsetzen können. In Irland wird der Stahltarif für die rund 700 Lohnabhängigen im Rahmen des „Nationalen Lohnabkommens“ abgeschlossen, das zur Zeit verhandelt wird. In Luxemburg werden die Tarifverhandlungen am Jahresende aufgenommen. In Belgien haben die Stahlkapitalisten den Gewerkschaften Ende Oktober einen Vertrag aufzwingen können, der die Entlassung von erneut 850 Arbeitern im sogenannten Stahldreieck bei Char-

leroi vorsieht. Die Kapitalisten hatten, falls die Gewerkschaften nicht zustimmen, mit einer Lohnkürzung von 10% und einer Verlängerung der Arbeitszeit – derzeit 37,5 Wochenstunden – gedroht. Ohne Zweifel sind die Kampf-

bedingungen der Stahlarbeiter in der ganzen EG schwierig genug. Überall haben die Kapitalisten Rationalisierung und Massenentlassungen angekündigt. Gegenseitige Unterstützung ist umso notwendiger.

Indochina

Vietnam mit der „Indochinesischen Föderation“ in Schwierigkeiten



Vietnamesische Soldaten in Vientiane, der Hauptstadt von Laos.

Mitte Oktober gab die laotische Regierung die Verhaftung von mehreren hundert Offizieren und Staats- und Parteifunktionären bekannt. Sie hätten gegen die laotisch-vietnamesischen Beziehungen gearbeitet und einen Putsch geplant. Zu den Verhafteten sollen auch ZK-Mitglieder und u.a. der Erziehungsminister gehören (Economist, 28.10.). Am 15. September haben sich in Südlao vier antivietnamesische Organisationen zu einer Befreiungsfront zusammengeschlossen, die für den Abzug der vietnamesischen Truppen, die Auflösung der vietnamesischen Kolonialverwaltung und für freie Wahlen in Laos kämpft. Die Befreiungsfront hat die Entscheidung der UNO-Vollversammlung begrüßt, den Sitz des Demokratischen Kampuchea zu bestätigen (Beijing-Rundschau, 27.10.).

Etwa 50000 vietnamesische Soldaten sind in Laos, das nur 3,6 Mio. Einwohner hat, stationiert. Auf allen Ebenen des Verwaltungsapparates sitzen vietnamesische Berater. Staatsbetriebe und Staatsfarmen stehen unter vietnamesischer Kontrolle. Mit Ausrottungsoperationen und unter Einsatz von Bomben und Giftgas versuchen die vietnamesischen Truppen seit Jahren, den Widerstand vor allem der Bergvölker wie der Meo und der Hmong gegen die Besetzung von Laos zu brechen.

Mit der Bildung der laotischen Befreiungsfront steht den vietnamesischen Besatzern nicht nur in Kampuchea, wo die Truppen des Demokratischen Kampuchea ihre Position gegen die 200000 vietnamesischen Besatzungssoldaten verbessern konnten,

sondern auch in Laos eine Einheitsfront gegenüber. Aus Vietnam selbst, vor allem aus dem Süden des Landes, werden Angriffe auf Armeeeinheiten und Polizeistationen berichtet (Beijing-Rundschau, 21.10.). Offenbar kommt die vietnamesische Führung mit der Schaffung einer „Indochinesischen Föderation“, mit der Vietnamisierung von Laos und Kampuchea, nicht recht voran.

Ende 1976 beim Besuch des laotischen Parteichefs Kaysone in Hanoi propagierte die vietnamesische Regierung erstmals die „besonderen Beziehungen“ zwischen den Ländern Indochinas. Mit dem laotisch-vietnamesischen Freundschaftsvertrag von 1977 wurden die „besonderen Beziehungen“ sanktioniert und die Anwesenheit vietnamesischer Truppen in Laos legalisiert, die noch auf die Zeit des Befreiungskrieges gegen den US-Imperialismus zurückgeht. Weil das Demokratische Kampuchea sich diesen „besonderen Beziehungen“ und einer „Indochinesischen Föderation“ unter vietnamesischer Vorherrschaft widersetzt und stattdessen eine unabhängige blockfreie Politik verfolgte, überfielen Ende 1978 vietnamesische Truppen das Land und installierten ein Marionettenregime. Heute ist die Zivilverwaltung in Kampuchea in den Händen von Vietnamesen, und in den Ministerien ist Vietnamesisch Amtssprache. Eine Außenministerkonferenz von Vietnam, Laos und der kampucheanischen Marionettenregierung in diesem Frühjahr bekräftigte ausdrücklich die Stationierung vietnamesischer Truppen in Laos und Kampuchea.

Laos und Kampuchea sollen mit Vietnam zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum verschmolzen werden. „In einer festen strategischen Position, in der Vietnam, Laos und Kampuchea aufeinander angewiesen sind, muß die Verteilung strategischer und ökonomischer Zonen kombiniert werden und müssen die Arbeitskräfte und die Bevölkerung verteilt werden für den Aufbau von Getreidebasen, Industriezonen und Infrastrukturmaßnahmen ...“, schreibt der vietnamesische Ökonom Che Viet Tan (Far Eastern Economic Review, 20.6.80). Kampuchea und das Mekong-Delta sollen zu Getreidebasen werden, das Zentrale Hochland in Vietnam und Laos sollen Wirtschaftspflanzen liefern (Kautschuk, Tee, Kaffee, Nutzholz), und die Industrie soll in Nordvietnam und um Ho Chih Minh-Stadt konzentriert werden. Vietnamesische Siedler sollen das dünnbesiedelte Laos (15,3 E. je km²) und Kampuchea (48,2 E. je km²) kolonisieren.

Inzwischen beutet Vietnam die laotischen Holzreichtümer an der Grenze zu Vietnam aus. Nach dem Freundschaftsvertrag von 1977 kann Vietnam die Zinngruben und Gipsvorkommen in Laos nutzen und überall im Land nach Eisen und anderen Mineralien schürfen. Eine Ölleitung und die jetzt fertiggestellte Überlandverbindung von Vietnam nach Laos verstärken die Abhängigkeit des Binnenlandes Laos.

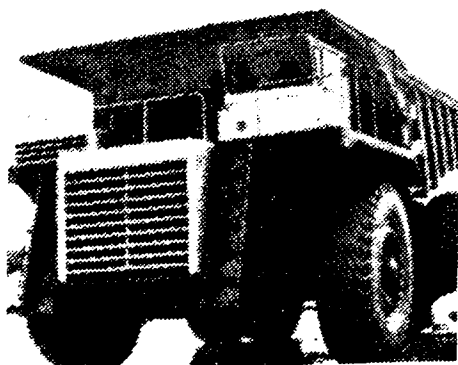
In Kampuchea dagegen hat das vietnamesische Kolonialregime das Ziel, das Land zur Getreidebasis für Vietnam zu machen, nicht erreicht. Die Landgebiete werden größtenteils von den Truppen des Demokratischen Kampuchea kontrolliert. Außerdem haben der Eroberungskrieg und die Vertreibung der Bevölkerung dazu geführt, daß die Saatgutkulturen vernichtet sind, Bewässerungssysteme verfallen und Zugtiere und Landmaschinen fehlen. In diesem Sommer ist in den von Vietnam kontrollierten Landesteilen zu wenig Reis gepflanzt worden, so daß neue Hungersnöte drohen.

In Vietnam selbst haben die Aggressionen gegen Kampuchea, Laos und die VR China und die Kosten für den Militärapparat (1,2 Mio. Soldaten – 17% der Männer im wehrfähigen Alter – bei 50 Mio. Einwohnern) die Wirtschaftslage weiter verschärft. 47% des Staatsbudgets 1979 machten die Militärausgaben aus. Die Planzahlen für die Entwicklung der Schwerindustrie konnten nicht erreicht werden. In den Städten beträgt die Getreideration 9–10 Kilo monatlich (gegenüber 15 Kilo zur Zeit des Widerstandskrieges gegen den US-Imperialismus); dabei verfügt das Land mit dem Mekong-Delta und dem Delta des Roten Flusses über reiche Reisanbaugebiete. Die Politik der vietnamesischen Führung

bringt das Land immer mehr in Abhängigkeit von der SU: 1979 überstiegen die Importe aus der SU die Exporte um 457,9 Mio. \$ gegenüber 234 Mio. \$ 1978. (Zahlen aus: Außenhandel der UdSSR, 7/80) Neben politischen Zugeständnissen wie Flottenstützpunkten in Vietnam hat die SU dafür Schürfrechte in dem ölreichen südchinesischen Meer erhalten sowie langfristige Lieferverträge über Rohstoffe wie Zinn, Kautschuk, Tee, Kaffee, Südfrüchte, tropische Hölzer etc.

Sowjetunion Schlechtere Versorgung im 11. Planjahr

Der zehnte Fünfjahresplan der UdSSR bleibt nicht nur bei den Nahrungsmitteln, insbesondere Getreide, sondern auch in wichtigen Bereichen der Industrie, nämlich Maschinenbau, Werkzeug- und Leichtindustrie sowie in der Nahrungsmittelindustrie untererfüllt. Die Landflucht hält an. Aus Untersuchungen sowjetischer Wissenschaftler geht hervor, daß die Methode, den landwirtschaftlichen Betrieben Prämien zu zahlen, wenn sie den Plan übererfüllen, verschiedene schädliche Folgen hat. Da diese die erweiterte Produktion und Reproduktion nur mit Hilfe des Bargelds aus den Prämien bewerkstelligen können, setzen sie zwangsläufig solche Maßnahmen hin-



Import aus den RGW-Ländern. Demnächst wird die SU noch mehr Fertigwaren für ihre Rohstoffe verlangen.

tenan, die eine längerfristige planmäßige Entwicklung und Sicherung vor Rückschlägen erfordern würden. Ausreichende Reserven werden nicht angelegt, weil möglichst viel für die Produktion des laufenden Jahres verwendet wird. Sind Wetter und Ernte schlecht, so haben die schwächeren Betriebe keine Chancen, etwas aus dem Bargeldfonds zu bekommen. Die Entwicklung der stärkeren und schwächeren Landwirtschaften driftet noch mehr auseinander. Schon in normalen

Jahren ziehen die Betriebe, die mit Profit arbeiten und die Produktion über den Plan steigern können, 60% des Prämienfonds an sich, oft durch Übergang zum Raubbau. Um überhaupt auf einem Gebiet in den Genuß von Prämien zu kommen, werden z.B. Kartoffeln und Milch weit unter Plan produziert und die bestehenden Produktionskapazitäten nicht ausgenutzt, um alle Kraft auf die überplanmäßige Produktion von Weizen zu werfen. Hilft das alles nichts, so werden die Planzahlen nach unten geändert. Bei Gemeinschaftsprojekten profitieren die stärksten Einheiten. Die gegenseitige Hilfe wird untergraben.

Ein gravierendes Problem ist der schlechte Ausbildungsstand. Sowjetische Ökonomen veranschlagen 12 bis 15 Jahre für die Ausbildung eines Facharbeiters, noch mehr für Ingenieure und Techniker, und die notwendige Zeit nimmt zu. Ausreichend ausgebildetes Personal fehlt vor allem im Maschinenbau. Bereits während des neunten Fünfjahresplans reichte die Qualifikation für die zu erbringende Leistung nicht aus, aber die Arbeit wurde von diesen Arbeitern gemacht. Folgen, die kritisiert werden, sind Ansteigen der Unfälle, der Reparaturen und des Ausschusses, Sinken der Produktivität. Die Tatsache, die nicht kritisiert wird, ist die dabei praktizierte Lohndrückerei. Daß die Produktivität in der Sowjetunion geringer ist als in den USA aufgrund der niedrigeren organischen Zusammensetzung des Kapitals, wird verhüllt durch die Kritik, es gebe zu viele Arbeiter in den Fabriken. Offenbar sollen jetzt erfahrene Fachkräfte aus der Rüstungsindustrie im Maschinenbau rationalisieren. Nach US-amerikanischen Untersuchungen kann sich die UdSSR so auch eine Möglichkeit ausrechnen, die Struktur der Rüstungsausgaben umzuwälzen: weniger Geld für die Soldaten, verhältnismäßig mehr für Gerät und Technik.

Namibia BRD weiter gegen SWAPO-Anerkennung

Ende Oktober besuchte Sam Nujoma, Präsident der namibischen Befreiungsorganisation SWAPO, auf Einladung Genschers die BRD. Sein Besuch sollte dazu dienen, das „gestörte Verhältnis der SWAPO zur Bundesregierung“ auszuräumen. Dieser Zweck wurde verfehlt.

Anläßlich des Besuchs Nujomas erklärte Genscher, die SWAPO stelle zwar eine wichtige, aber nicht die einzige Vertretung des Volkes von Namibia dar. Damit stellt sich die Bundesregierung gegen die Beschlüsse der UNO,



die auf ihrer letzten Generalversammlung die Anerkennung der SWAPO als legitimer Vertreterin des Volkes von Namibia erneut bekräftigte. Die BRD-Delegation stimmte dagegen.

Gemäß der UNO-Resolution 435 sollen bis spätestens 1982 freie und faire Wahlen unter UNO-Aufsicht in Namibia stattfinden. Kein Zweifel besteht darüber, daß die SWAPO aus diesen Wahlen als Sieger hervorgehen wird. Das südafrikanische Siedlerregime stemmt sich dagegen, diese Wahlen einzuleiten. Ende Oktober scheiterten in Pretoria Verhandlungen einer UNO-Delegation mit dem Regime über konkrete Termine zur Wahl. Nachdem die südafrikanischen Besatzer im Dezember 1978 mit finanzieller Unterstützung westdeutscher Gesellschaften die „Demokratische Turnhallen-Allianz“ als Marionettenregime installiert haben, versuchen sie jetzt, mit weiteren „internen Wahlen“ ihre Herrschaft zu befestigen. Im November sollen „ethnische Wahlen“ durchgeführt werden, wonach Namibia in elf schwarze Gruppen und eine weiße Gruppe, die über die wirtschaftliche und militärische Macht verfügt, aufgespalten werden soll.

Vom 11. bis 13.9. tagte in Paris unter der Schirmherrschaft der UNESCO eine internationale Solidaritätskonferenz für Namibia. Sie sprach sich in ihrer Schluß-Erklärung für die Unterstützung des Befreiungskampfes unter Führung der SWAPO und die volle Integrität Namibias über die Walvis Bay und die Inseln vor Namibias Küste aus. Sie forderte die Verhängung von Sanktionen und eines Öl-Embargos gegen Südafrika.

Davon wollte Genscher bei Nujomas BRD-Besuch nichts wissen. In einem Spiegel-Interview (Nr. 45, 3.11.80) forderte Nujoma die Bundesregierung erneut zur Beteiligung an Sanktionen gegen Südafrika auf. Die Gewerkschaften rief er zur Unterstützung dieser Forderung auf.

Schmidt fordert „Mut zur Zukunft“. Ministerrunde auf Provokationskurs gegen die Arbeiterbewegung

Die Präsidentenwahlen in den USA seien zuerst einmal abzuwarten. Sodann würde Schmidt eine Reise nach Washington tun und dort Gelegenheit haben, mit der amerikanischen Führung zu sprechen. Von dort zurück, würde er dann, am 24. November, den deutschen Bundestag mit seiner Regierungserklärung vertraut machen. Das Motto dieser Regierungserklärung gebe der Kanzler aber bereits jetzt bekannt, es laute „Mut zur Zukunft“. – Noch selten fand in der BRD die Koalitionsbildung so diskret statt. Die regierungsbildenden Kräfte brauchen ein wenig Zeit und politischen Raum, denn jetzt muß ausgetestet werden, welche Provokationen – hauptsächlich an die Adresse der Gewerkschaftsbewegung – die Schmidtsche Regierungserklärung mit brutaler Offenheit aussprechen kann, soll und muß, und was vorderhand besser bloß für die Schublade erarbeitet wird, um bei Auftreten eines geeigneten Sachzwanges präsentiert zu werden.

An dem politischen Geländespiel nimmt praktisch alles teil, was bei Schmidt Minister ist oder mal werden will. Ankündigung bereits beschlossener Sachen wird, bunt und möglichst verwirrend gemischt, mit blanken Testprojekten der Öffentlichkeit vorgestellt, zurückgezogen, wieder aufgeworfen, weiterdiskutiert. Man stanzt die Löcher in den Gürtel, den die Regierung der Arbeiterbevölkerung Westdeutschlands und Westberlins umschnallen will.

Matthöfer schwärmte schon seit Jahren von der Gerechtigkeit, die erzielt würde, wenn man die KFZ-Steuer auf das Mineralöl umlegen würde, denn dann müsse mehr zahlen, wer mehr fahre und die Verkehrseinrichtungen stärker belaste. Jetzt hat er entdeckt, daß fast dieselbe Gerechtigkeit erzielt wird, wenn die Benzin- und Dieseltreibstoffsteuer erhöht und die KFZ-Steuer nicht gesenkt wird. Mehr Gerechtigkeit würde nach Matthöfer auch erzielt werden, wenn die Gehälter der Beamten für ein Vierteljahr eingefroren würden, denn diese hätten ja ein Arbeitsplatzrisiko nicht zu tragen. Ungerecht wäre dabei bloß, wenn die Arbeiterlöhne und die Angestelltegehälter nicht mit eingefroren würden, denn schließlich täten sie dieselbe Arbeit wie die Beamten; und wenn dabei die Tarifautonomie der ÖTV mit Füßen ge-

treten würde, wieso nicht, denn diese sei ein relatives Recht. Dieser Testballon ist geplatzt, dafür steht die Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuer fest, gerecht auch dies, denn die Raucher und Säufer fallen schließlich dem Volksganzen schwer zur Last.

Ehrenberg, der die Rentenversicherungskostenerhöhung bereits sicher hat, der 1982 sein Ziel der Selbstbeteiligung der Rentner an ihrer Krankenversicherung erreichen wird und der für 1985 die definitive Abkehr von der

bruttolohnbezogenen Rente programmatisch feststehen hat, bringt jetzt mit dem Schlagwort „mehr Kostendämpfung, mehr Mitverantwortung“ die individuelle Selbstbeteiligung ins Gespräch, und für die Arbeitslosenversicherung sei der Begriff der „Zumutbarkeit“ abermals neu zu überdenken.

Apel hat sich was Besonderes einfallen lassen. Er überzieht die BRD mit einer breiten Welle öffentlich durchzuführender Rekrutengelöbnisse der Bundeswehr, die im Kampfanzug

BRD raus aus der NATO



Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges

Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen

Kündigungsrecht für Zeitsoldaten, Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige

Recht auf jederzeitige Verweigerung

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)

durchgeführt werden und, von Demonstrationsverboten begleitet, ein schönes Bild des inneren Friedens darbieten.

Dies und noch mehr, die Schmuckstücke der Schmidtschen Kabinettsliste glänzen, je nach Naturell und Geschäftsbereich, durch Bellen und Beißen, da soll im ganzen Lande keiner mehr übrig bleiben, der regierenden Sozialdemokraten vorwerfen könnte, sie würden unpopuläre Maßnahmen scheuen. Sogar der sonst eher öffentlichkeitsscheue und jetzt auf die Post reduzierte Gscheidle leistet geschwind noch einen Beitrag, nicht nur wurde eine Erhöhung der Bundesbahnpreise für den Personenverkehr von 7,9% beschlossen, sondern auch noch begründet: eine Abkehr des Reisepublikums von der Bahn sei nicht zu befürchten, schon allein wegen der angehobenen Benzin- und Dieselsteuer nicht.

Dieser Sumpf von Provokationen wird zweifellos noch weiterbrodeln, offensichtlich will das Kabinett dem Kanzler Schmidt ermöglichen, in seiner Regierungserklärung milder auszufallen, als die umlaufenden Frechheiten, so daß über das ganze Regierungsprogramm doch noch eine Dunstglocke von Versöhnungsstimmung zu hängen kommt.

Die parlamentarische Opposition äußert sich zum Wahlsieg Reagans in den USA begeistert. Tatsächlich bietet dieser Wahlsieg für die westdeutsche Monopolbourgeoisie außerordentliche Möglichkeiten, denn wenn ihnen die neue US-Administration auch einiges zumuten wird, so ist doch Reagans Angebot zur Neuformierung der westlichen Räuberbande eindeutig.

Reagan formuliert seine außenpolitischen Grundsätze und Ziele mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt. Er plant, die UdSSR in eine Wettrüstung zu treiben, und stellt sich vor, diese dabei wirtschaftlich zu überfordern. Das klingt im Originalton so: „Wir hätten auch die Lektion lernen müssen, daß wir keine Rüstungskontroll-Abkommen verhandeln können, die die Aufrüstung der Sowjetunion verhindern sollen, solange wir zulassen, daß uns die Sowjets in jeder Waffengattung überflügeln.“ (Zitate aus: Europa-Archiv 15/80) Und wenige Zeilen weiter: „Wir müssen eine überlegene Marine aufrechterhalten. Wir sind eine Nation mit vitalen Interessen und Verpflichtungen in Übersee, und unsere Marine muß der sowjetischen Aufrüstung voraus sein. Dies bedeutet, Schiffe in Auftrag zu geben und die Technologie zu entwickeln, die es den Vereinigten Staaten ermöglicht, die Meere in den kommenden Jahrzehnten

zu beherrschen.“ Reagan läßt sich von der Vorstellung, daß nun einmal zwei Supermächte da sind, deren Beruf es ist, sich die Welt zu teilen, nicht beeindrucken und hält eine Politik für angemessen, die darauf abzielt, die UdSSR in den Rang einer zweitklassigen Macht zu verweisen. Für die verbündeten westlichen Imperialisten hat Reagan auch eine Klarstellung übrig: „Eine unausgewogene Durchführung der Anti-trust-Gesetze hat zur Zwangslizensierung neuer Technologien geführt, die ausländische Konkurrenten begünstigt. Unsere ausländischen Konkurrenten können ungehindert ihre

Mittel zusammenfassen, um amerikanische Unternehmen aus ausländischen Märkten zu verdrängen. Unsere Anti-trust-Politik – die den Wettbewerb auf dem amerikanischen Markt stärken sollte – wird so auf amerikanische Firmen auf dem Weltmarkt angewandt, daß sie mit anderen Industriestaaten nicht konkurrieren können.“ Reagans Traum – US-amerikanische Schiffe beherrschen die Meere, US-amerikanische Monopole beherrschen die Märkte – erstreckt sich noch auf die dritte Welt: „Die Karibikinsel Grenada wird von totalitären Marxisten kontrolliert; kubanische Berater bilden

Waren-, Rohstoff-, Finanzmärkte: BRD im Geschäft

Exportsteigerung, Kontrolle und Senkung der Rohstoffpreise, Steigerung des westdeutschen Kredit- und Gläubigergeschäfts – das sind die vorrangigen Absichten, mit denen die westdeutsche Finanzbourgeoisie auf dem Weltmarkt gegen die Länder der Dritten Welt und die imperialistische Konkurrenz antritt. In der Pose drohender Gelassenheit hat sich Kanzler Schmidts Finanzminister Matthöfer darüber fünf Wochen vor den Bundestagswahlen in der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds ausgelassen: „Unserem eigenen Leistungsbilanzdefizit steht meine Regierung mit nüchterner Aufmerksamkeit gegenüber. Wir können mit dem Defizit eine Zeitlang leben. Mittelfristig muß jedoch auch die Bundesrepublik zu einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht zurückfinden. In diesem Prozeß setzt die Bundesregierung auf eine Politik, die bei den Ursachen des Defizits ansetzt, das heißt, die die Ölabhängigkeit senkt und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch Anpassung, Produktivitätssteigerung und Innovationen (neue Produktionsmethoden) fördert.“

Erstmals muß die westdeutsche Finanzbourgeoisie mit höheren Importen als Exporten ein Minus in ihrer Handelsbilanz verzeichnen. Dennoch hält die Zentralbank trotz steigender Kapitalexporte in den letzten Jahren und trotz bereits sinkender Handelsbilanzüberschüsse seit 1979 gegenwärtig ca. 71 Mrd. DM Reserven in Gold und ausländischen Währungen. Vorübergehend „leben“ läßt sich damit für das westdeutsche Finanzkapital, wenn es ihm gelingt, in der gegenwärtigen Phase des Rückgangs der Produktion in allen imperialistischen Ländern schneller als die Konkurrenz den Produktions-

apparat umzuwälzen und durch Rationalisierung, Lohnsenkung und Intensivierung der Arbeit die Bedingungen für eine Exportoffensive zu schaffen. Dann ist auch der gegenwärtige Druck auf den DM-Kurs an den Devisenbörsen zu verkraften, weil durch einen sinkenden DM-Kurs die Importe verteuert und die westdeutschen Exporte verbilligt werden. Deshalb hat die Bundesbank auch seit Monaten nicht zur Stützung des DM-Kurses interveniert – (durch Ankauf des Überangebots an DM mit ausländischen Devisen) – sondern den DM-Kurs seit dem Februar (gerechnet gegenüber dem Schweizer Franken) um ca. 3,5% sinken lassen. Im gleichen Zeitraum ist der Dollarkurs (ebenfalls gerechnet gegenüber dem Schweizer Franken) um 5,5% gestiegen.

War der Schlachtruf der Kapitalisten gegen die letzte Lohnbewegung: „Was schon einmal – an die ölproduzierenden Länder – verteilt ist, kann nicht nochmal gezahlt werden“, so hat sich Matthöfer für 80/81 schon die notwendige Ergänzungsbegründung für Lohnsenkung plus Intensivierung der Arbeit zur Exportsteigerung aufbereiten lassen: „... und wer gestiegene Rechnungen bezahlen will, muß mehr verdienen.“ Also ergibt sich ja wirklich zwingend, so Matthöfer vor dem Weltwährungsfond: „... die Notwendigkeit der Exportsteigerung, um Devisen zur Bezahlung der Ölrechnungen zu erlangen. Diese Notwendigkeit führt direkt zur Forderung nach weniger statt mehr Protektionismus (Handelsbeschränkungen) in der Welt.“ Die Forderung nach der Beseitigung von Handelsbeschränkungen „in der Welt“ richtet sich vor allem gegen die US-amerikanische und japanische Konkurrenz. Für die Entwicklungsländer gelte sie sowieso. Sie hätten schließlich das größte Interesse an allseitiger Handels-

dort zur Zeit Guerilla für subversive Tätigkeiten gegen andere Länder, wie beispielsweise den demokratischen Nachbarstaat von Grenada, Trinidad und Tobago aus. In El Salvador verhindern totalitäre marxistische Revolutionäre, die von Havanna und Moskau unterstützt werden, den Aufbau einer demokratischen Regierung. Müssen wir zulassen, daß alle – Grenada, Nicaragua, El Salvador – weitere ‚Kubas‘ werden, neue Vorposten für sowjetische Kampfbrigaden?“ Derartige muß nicht geschehen: „Der demokratische Kongreß hat es geschafft, unseren Nachrichtendiensten die Hände

zu fesseln und sie dermaßen zu demoralisieren, daß sie nicht mehr effektiv als Bestandteil unserer Verteidigung arbeiten. Bei all den Bedrohungen durch Terrorismus und Kriegsmacht, mit denen wir konfrontiert werden, brauchen wir einen erstklassigen Nachrichtendienst mit hoher Moral und entschlossenen Leuten. Wir haben die Mittel, unseren Nachrichtendienst zu reformieren, und ich würde diese Mittel mit Sicherheit einsetzen.“ Die vollständige Fassung des amerikanischen Traums à la Reagan lautet also: US-amerikanische Schiffe beherrschen die Meere. US-amerikanische Monopole

beherrschen die Märkte. US-amerikanische Nachrichtendienste beherrschen die Regierungen. Abschließend Reagan: „Wenn wir erst wieder die Führung der freien Welt übernehmen, dann glaube ich, daß wir nicht länger allein bleiben. Wir werden Unterstützung von einer großen Menge anderer Länder und Völker erhalten, die mit uns zusammenarbeiten wollen, um ihre Freiheit zu bewahren.“ (Als Musterbeispiele nennt Reagan Singapur, Taiwan und Südkorea).

Obwohl Reagans außenpolitisches Konzept die Ankündigung eines erbarungslosen Konkurrenzkampfes ge-

freiheit, weil sie schließlich am meisten verdienen müßten, um ihre Schulden zu bezahlen, meint der Finanzminister reichlich plump.

Seit Beginn der 70er Jahre hat die westdeutsche Kapitalistenklasse das Gewicht ihrer Exporte zielstrebig auf die Länder der Dritten Welt verlagert. (1970: 11,9% des westdeutschen Exports, 1976: 21,2%) Jetzt aber heißt die Devise nicht nur „Warenexport“ und Kapitalexport zur Ausbeutung der „Niedriglohnländer“, sondern gezielter Kapitalexport zur Kontrolle von Rohstoffen. Horst Albach, Mitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung, hat dazu eine Studie vorgelegt, die die Preissteigerungen der ölproduzierenden Länder als schmählige Niederlage der Imperialisten brandmarkt, die bei den mineralischen Rohstoffen, wovon die westdeutschen Kapitalisten 10% des mineralischen Weltrohstoffverbrauchs vernutzen, auf jeden Fall zu verhindern sei.

„In der Bundesrepublik herrscht die Ansicht vor ... daß Rohstoffkartelle unwahrscheinlich sind und mit den Mitteln der Außenpolitik verhindert werden können.“ (Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 3/79). Aber das allein genügt freilich nicht. Albach: „Dennoch erscheint es sinnvoll und zweckmäßig, wenn die Unternehmen in ihrer strategischen Planung Maßnahmen prüfen, die Produktion zu internationalisieren.“ Zu „internationalisieren“, also der eigenen Kontrolle zu unterwerfen, sei vor allem die Produktion und Erstverarbeitung von Rohstoffen.

Wie sich die Bundesregierung unter den imperialistischen Staaten mit Maßnahmen zur außenpolitischen Verhinderung von Rohstoffkartellen der Länder der Dritten Welt hervortut, so auch bei dem Versuch, die Gelder für Öllieferungen wieder unter die Kontrolle der imperialistischen Banken zu bringen. „Recycling“ (Wiederzurückführung) ist dafür das feinsinnige Wort

der Finanziers, womit auch gleich klar gestellt sein soll, daß weder das Öl noch die erzwungene Bezahlung dafür je aufgehört haben, eigentlich den Imperialisten zu gehören. Matthöfer: „Bankaufsicht und Recycling widersprechen sich auf die Dauer nicht. Im Gegenteil: Stabilität des Bankensystems verstetigt langfristig das Kreditangebot.“

Gerade die westdeutsche Finanzbourgeoisie hat ein massives Interesse daran, daß die Länder der Dritten Welt und insbesondere die OPEC-Länder daran gehindert werden, nach der „Ölwaffe“ jetzt die „Finanzwaffe“ als Minderung der Abhängigkeit von den Imperialisten einzusetzen. Die BRD ist inzwischen größter Kapitalgeber der Weltbank, deren Zinsen und Tilgung vor allem die Länder der Drit-

ten Welt zahlen müssen. 13,4% aller öffentlichen Schulden der Dritten Welt entfallen auf Schulden bei den BRD-Imperialisten. 14% des Anleihengeschäfts auf dem Eurodollarmarkt werden inzwischen in DM abgewickelt.

Die politischen Ziele dieses wachsenden Kredit- und Gläubigergeschäfts der BRD hat die Süddeutsche Zeitung zu Beginn des Jahres bei der Einleitung der „Türkeihilfe“ so beurteilt: „Die ökonomischen Risiken des Versuchs einer Starthilfe zu einem neuen Wachstumsschub in der Türkei mögen noch so groß sein; die Risiken, den NATO-Partner seinem desolaten Schicksal zu überlassen, sind noch viel größer.“ Bekanntlich haben die kreditgebenden Imperialisten inzwischen putschen lassen, zur Risikominderung.



Bilder: Türkei nach dem Putsch, Streiks in Polen. – Türkei: für 1979 und 1980 2 Mrd. \$-Kredit der westlichen Imperialisten. Beteiligung der BRD-Banken 295 Mio. Außerdem zwei Umschuldungskredite von je 3 Mrd. Bereits vor dem Putsch wurden damit Investitionserleichterungen erzwungen. – Polen: Am 10.10. Vertrag über 1,2 Mrd. \$-Kredit westdeutscher Banken mit Bundesbürgschaft. Davon sind 1 Mrd. zu Zinszahlungen und Tilgungen an westdeutsche Banken bestimmt. Der Kredit ist mit einem Liefervertrag für Braunkohle gekoppelt.

Zwei-Kammer-System

Die SPD/F.D.P.-Koalition hat im Bundestag jetzt mit 45 Abgeordneten die absolute Mehrheit. Wegen der knappen Mehrheit im Bundestag hatte die Bundesregierung bisher die Linie eingeschlagen, eng mit der Opposition zusammenzuarbeiten. So sind teilweise Gesetze durch Stimmen der CDU/CSU beschlossen worden. In wichtigen Fragen ist die Opposition konsultiert worden oder in Krisenstäben vertreten gewesen. Hier wird die neue Bundesregierung andere Wege einschlagen, zumal die CDU/CSU erklärt, unterschiedene Oppositionspolitik machen zu wollen.

Der Bundesrat kann der CDU/CSU kein Mittel sein, die Unterbindung der Regierungspolitik zu ermöglichen. Die 41 Stimmen im Bundesrat bemessen sich nach der Bevölkerungszahl der Bundesländer (Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen je 5 Stimmen, Hessen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz je 4 Stimmen, Hamburg, Bremen und das Saarland je drei Stimmen). Da die Vertreter der Bundesländer von den Landesregierungen entsandt werden und deren Entscheidung folgen müssen, hat die CDU/CSU eine deutliche Mehrheit im Bundesrat. Dies hilft ihr aber nicht weiter, da Bundesrecht im föderativen System Landesrecht bricht. Der Bundesrat als Bestandteil des Zwei-Kammer Systems ist bei Gesetzesentscheidungen einbezogen. Wenn aber eine Einigung im Vermittlungsausschuß zwischen Bundestag und Bundesrat nicht erreicht wird, gilt die Gesetzesentscheidung des Bundestags. Dieses System gibt es seit der Frankfurter Verfassung von 1849.

Im Gegensatz zum Präsidialsystem, das dem Präsidenten weitgehende Vollmachten gibt und z.B. in den USA dem Präsidenten ermöglicht, gegen Gesetze des Kongresses Einspruch zu erheben, die dann mit Zwei-Drittel-Mehrheit der beiden Häuser des Kongresses gebilligt werden müssen, sind die Rechte des Bundespräsidenten anders verfaßt. Der Bundespräsident ist im wesentlichen Repräsentant, anders als auch in der Weimarer Republik. Der Bundespräsident kann den Bundestag auflösen, wenn eine Regierung mit absoluter Mehrheit nicht zustandekommt, oder kann auch ein Minderheitskabinett ernennen.

gen die westlichen Verbündeten durchaus auch enthält, bräuchten gerade die westdeutschen Monopolkapitalisten diese Drohung nicht sonderlich zu fürchten. Ihnen steht mit der EG, – insbesondere, wenn die in Vorbereitung befindlichen Erweiterungen abgeschlossen sind – ein Binnenmarkt zu Verfügung, der den Vergleich mit dem US-Binnenmarkt nicht nur nicht scheuen muß, sondern schlicht erheblich größer ist. Diesen Absatzmarkt und dies Arbeitskräftereservoir werden die in der EG zusammengeschlossenen Imperialisten gemeinschaftlich vor dem Zugriff der USA zu schützen wissen. Außerdem bieten die von den alten Kolonialmächten herrührenden Wirtschafts- und Verwaltungsverbindungen zu vielen Ländern der dritten Welt ebenfalls einen nicht zu unterschätzenden Vorteil. Drittens aber besteht für die BRD die gute Möglichkeit, in Ländern, in denen der US-Einfluß stark, ja beherrschend ist, mit US-Monopolen gegen EG-Konkurrenten erfolgreich aufzutreten; diese Möglichkeit wird sowohl durch den großen Umfang von US-Investitionen in der BRD, wie mittlerweile auch den beträchtlichen Umfang von BRD-Investitionen direkt in den USA stark erleichtert. Endlich würde eine rabiate Politik der USA zur wirtschaftlichen und politischen Isolierung der UdSSR die Wirtschaftsbeziehungen der BRD mit dem RGW ganz erheblich aufwerten.

Dies alles wird selbstverständlich nicht ohne derbe Kräche abgehen. Der lautstarke Jubel der Union über den

rialistischen Ländern abwickeln, ihre Verschuldung unabweisbar ansteigen wird. Nun nimmt aber die Wirtschaftskooperation in den Ländern der dritten Welt zu, und verstärkter imperialistischer Druck, insbesondere wenn er politisch offen unverschämmt daherkommt, wird diesen Prozess beschleunigen.

In den USA hat Reagan von der großen Leistung profitiert, die Carter für die US-Monopole vollbracht hat: Carter hat durch eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen und mehr noch Versprechungen die Arbeiterbewegung in den USA stark gebremst, die derart an die Demokratische Partei gebunden, politisch gelähmt wurde. Das jetzige Wahlergebnis bedeutet auch, daß die Bindung der Arbeiterbewegung und der nationalen Minderheiten an die Demokratische Partei schwächer geworden ist. Dies kann ebenso einen kommenden Aufschwung der Klassenkämpfe anzeigen wie auch eine – ja unübersehbare – chauvinistische Richtung. Jedenfalls befindet sich Reagan in der propagandistischen Verpflichtung, jeden größeren Streik als Hochverrat an den nationalen Idealen der Vereinigten Staaten behandeln zu müssen. Ohnehin würde der Konjunkturaufschwung in den USA, auf den spekuliert wird, im wesentlichen auf brutaler Senkung des Lebensstandards und nur zum geringeren Teil auf Erweiterung der Produktion basieren.

Diese Umstände wird Schmidt beachten müssen, und man versteht, wie so sich die Regierung mit der Vorstel-



Streik im öffentlichen Dienst 1980 (Bild: Bochum) gegen Baums Angebot.

Wahlausgang in den USA entspricht deswegen etwas flauen Tönen in Kreisen der Koalitionsregierung, denn wenn das Geschäft auch gut werden kann, so wird's doch nicht leicht zu machen sein. Das Konzept Reagans hat nämlich strategische Schwachstellen, die einen unrühmlichen Zusammenbruch des großen Aufbruchs bewirken können.

Die unverfrorene Frechheit und der umfassende Interventionismus gegen die Länder der dritten Welt beruht auf dem Umstand, daß, so lange diese Länder notgedrungen einen so großen Teil ihrer Außenwirtschaft mit impe-

lung ihrer politischen Konzeption Zeit läßt. Zu erwarten wäre jedoch etwa folgendes:

Die Festigung der EG, die Erweiterung der EG um Mitgliedsstaaten und die Ausdehnung des durch Verträge mit der EG verkoppelten Wirtschaftsraumes wird zu den zentralen Prioritäten der Regierungspolitik gehören. In Bezug auf die Länder der dritten Welt wird das Instrumentarium stärker auf ordnende Hilfe, d.h. Einmischung ausgerichtet sein als bislang. Mehr in dem Sinne, in dem Schmidt zum Beispiel in diesem Frühjahr der Türkei Hilfe versprach und durch gezielten Einsatz von Mitteln der Kreditpolitik Mithilfe am

Putsch leistete. Gegenüber der UdSSR wird die Regierung versuchen, unnachgiebig formulierte Aufrüstungspolitik mit elastischer Wirtschaftspolitik zu verbinden. Im Zentrum der Regierungserklärung wird der Versuch stehen, eine als Sozialpolitik verkappte Senkung des Lohnstandards durchzuführen.

Die jetzt bereits beschlossenen Maßnahmen, gerade so relativ unscheinbare wie die Erhöhung der Branntwein- und der Tabaksteuer sowie die Abschaffung des Prämienbegünstigten Sparens zeigen, daß die Koalition mit ihrer Steuerpolitik direkt auf die untersten Einkommensklassen zielt, bei denen sowohl der Anteil (nicht der Umfang) des Konsum an „Luxusgütern“

höher ist, wie auch z.B. das Bausparen nicht mehr in Frage kommt und für die mit der Streichung des Prämienparens die Möglichkeit zu Rücklagenbildung praktisch genommen wird.

Obwohl die jüngst veröffentlichten Daten über den Verlauf der Konjunktur schlecht sind, herrscht in Kapitalistenkreisen gedämpfter Optimismus. Aufs ganze gesehen wäre ein gewisser Konjunkturrückgang dem hohen Ziel, den Lebensstandard der westdeutschen Bevölkerung zu senken, bloß dienlich, vor allem um vermittelt über die SPD den Gewerkschaften einen deutlichen Schuß vor den Bug zu setzen.

Der Brei von Einzelankündigungen, der jetzt in der Öffentlichkeit gerührt

wird, muß in der Regierungserklärung mundgerecht zubereitet werden. Geessen und geschluckt würde dann bei den großen Lohnbewegungen, die in den nächsten Monaten einsetzen werden. Daß die Arbeiterbewegung in Westdeutschland im Zuge dieser großen, alle erfassenden Bewegungen verstehen wird, politische Klärungsprozesse einzuleiten und politische Forderungen zu erheben, dafür bürgen nicht nur die gefaßten Beschlüsse der Gewerkschaftstage, sondern auch die unverkennbare Entwicklung. Kaum eine politische Auseinandersetzung findet in der BRD noch statt, ohne daß die organisierte Arbeiterbewegung hierzu tätig würde.

Rüstungsindustrie will Aufhebung der Waffenexportbeschränkungen

Die Bundesregierung kommt den NATO-Verpflichtungen mit dem neuen Haushaltsplan nicht nach. 3% Erhöhung des Verteidigungshaushaltes waren Schmidts Zusagen gegenüber den NATO-Verbündeten. Großbritannien fühlt sich hintergangen – sie haben die Verpflichtungen eingehalten. Belgien, vor kurzem noch gerügt, fühlt sich bestätigt, den NATO-Verpflichtungen nicht nachzukommen. Statt 3% hat die Bundesregierung den Militärhaushalt um real 1,5% erhöht. Diese Zahl ist vorbehaltlich der endgültigen Etatberatungen im Dezember. Trotzdem bleibt mit 38,5 Mrd. DM die Verteidigung einer der größten Haushaltsposten. Dabei sind die 55 Mrd. DM Ausgaben für die neu bestellten Waffen, noch aus Lebers Zeiten auf der Hardthöhe, ungeklärte Zahlungsverpflichtungen. Lebers Kalkulation geht nicht auf, da hilft auch keine Sparpolitik. Alleine das Fregattenbauprogramm liegt in der Fertigstellung um ein Jahr zurück. Der Preis des Tornado steigt beständig und kostet jetzt 67 Mio. DM das Stück (der Vorgänger Starfighter 5,5 Mio. DM). Die Rüstungsindustrie würde den Interessen der Bundesregierung nach billigeren Waffen womöglich entgegenkommen: Höhere Stückzahlen, ist der Vorschlag der Industrie.

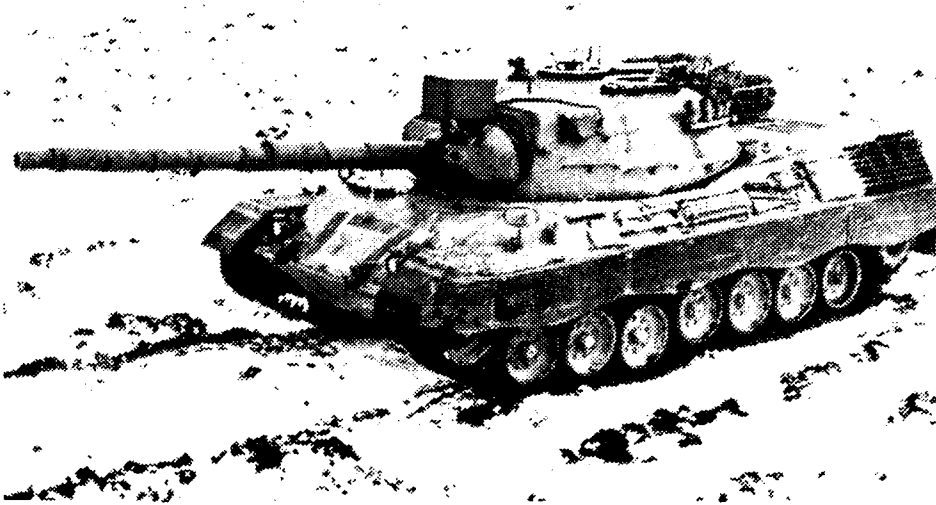
Acht statt sechs Fregatten des Typs F 122 ermöglichen eine Verbilligung von mindestens 30 Mio. DM für jedes Schiff, bei einem Systempreis von 415 Mio. DM pro Fregatte. Schon seit mehreren Wochen weisen die bürgerlichen Zeitschriften darauf hin, daß das Kriegswaffenkontrollgesetz die Möglichkeit des Waffenexports, und damit höherer Produktionszahlen, beschränkt – damit auch den Ausbau der Waffenindu-

strie. So sind die Entwicklungskosten pro produzierte Waffe hoch. Der Forschungs- und Entwicklungsanteil am Umsatz beträgt z.B. bei der Firma Rheinmetall bei der Wehrtechnik 10%. Die Beschränkungen des Waffenexports mußte die Bundesregierung 1961 erlassen, um die Remilitarisierung einführen zu können. Frech weisen die Kapitalisten darauf hin, wenn die Bundesregierung in anderen Ländern Waffen kauft, würden ihr Steuereinnahmen und Sozialabgaben entgehen. 56% des Verkaufspreises setzt eine Studie dafür an. „So sind die heimischen Produzenten immer billiger“, schreibt die Wirtschaftswoche. Auch Schweden hat die Rüstungsbeschränkungen gelockert und den Rüstungsexport um 60% gesteigert. Der größte schwedische Waf-

fenhersteller gar um 250% in den letzten fünf Jahren.

Neben Widerstand in der BRD wird die Bundesregierung aber bei einer Beseitigung des Kriegswaffenkontrollgesetzes auch bei den Alliierten und innerhalb der NATO keinen Zuspruch finden. Einerseits wären die westdeutschen Waffenexporteure ein ernster Konkurrent, und außerdem wird in den anderen Ländern eine solche Veränderung wegen der „deutschen Geschichte“ auf negative Wirkung stoßen.

Schmidt wird womöglich die Rüstungsbeschränkungen damit wegzudrücken versuchen, indem er sich dann verpflichtet, die 3%-Erhöhung des Verteidigungshaushalts aufzubringen. Beispielhaft wird jetzt die USA ins Feld geführt, wo nicht die Rüstungsindustrie, sondern staatliche Sonderbehörden die Geschäfte leiten.



Bisher ist eine große Waffenlieferung von 75 Leopard-I-Panzern an Libyen und von 5 desselben Typs an die Sowjetunion ungeklärt. Fachleute vermuten, daß dieses Geschäft die italienische Firma OTO Melara gemacht hat. Eine Zustimmung durch die Bundesregierung, die den Lizenzvertrag mit dieser Firma genehmigt hat, ist nicht bekannt. Unter der Bezeichnung OF-40 baut die Firma jetzt für einen arabischen Kunden einen auf dem Leopard I basierenden Panzer.

Lohnerhöhung in Polen nicht gesichert

Die polnische Regierung läßt die Gewerkschaft „Solidarität“ weiter auf die gerichtliche Anerkennung ihres Status warten. Fragt sich, ob dieser Konflikt nicht vermeidbar war, denn auf die Verfassung hat sich die Gewerkschaft ohnehin verpflichtet. Die Lohnerhöhungen sind zugesagt, aber nicht durchgesetzt, und ziehen sich durch Verhandlungen über die Art der Verteilung hin. Eine Verbreiterung der Streikbewegung ist von den Beschäftigten im Gesundheitswesen zu erwarten, die das Angebot der Regierung von 700 Zloty Lohnerhöhung abgelehnt haben.

Streiks und Putschversuch in Sambia

Mit einer Kampagne zur Erhöhung der Lebensmittelproduktion und einer zweiten gegen Korruption und Unterschleif in der Verwaltung versucht Sambias Regierung die wirtschaftliche Lage zu verbessern. Fallende Kupferpreise, begleitet von engen IWF-Bedingungen und ultimativen Zahlungsforderungen der Sowjetunion

Hannover. Die Beschäftigten im Fahrzeug- und Karosseriebau-Handwerk in Niedersachsen/Bremen streiken für mehr Lohn. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff war bereit, die Forderung von 10,5% auf 8,5% zu reduzieren (bei 12 Monaten Laufzeit), die Kapitalisten nur willens, 6% bei 10 Monaten Laufzeit zu zahlen und einer Anhebung der unteren Lohngruppe von 84% auf 85% des Ecklohns zuzustimmen. Von den jetzt 21 bestreikten Kapitalisten sind mehrere bereit, nachzugeben und lieber Haustarife zu zahlen.

(die 200 Mio. DM für Waffenlieferungen entrieb) und Südafrikas (für Mais) haben Sambias wirtschaftliche Lage enorm verschärft. Mit Streiks, u.a. im öffentlichen Dienst, und Streikvorbereitungen in den Kupferbergwerken wehren sich die Arbeiter gegen die Senkung ihrer Löhne durch die rasche Inflation. Auch unter den Bauern ist die Unzufriedenheit groß. Verschiedene sambische Kapitalisten und Agenten versuchten am 15. Oktober erfolglos, diese Unzufriedenheit für einen Staatsstreik zu nutzen.



Am Montag, 3. 11. 80, ist das Ultimatum der Deutschen Postgewerkschaft an das Bundespostministerium in den Verhandlungen über die Schichtarbeit ohne neues Angebot abgelaufen. Lediglich zu Gesprächen erklärte sich Gscheidle eine halbe Stunde vor Ablauf der Frist bereit. Die DPG hat ihre Vorbereitungen für zentrale Streikaktionen nicht unterbrochen. Damit übt sie Druck auf das Postministerium aus, denn die Aktionen der Postbeschäftigten treffen die Kapitalisten, die ins Weihnachtsgeschäft einsteigen wollen. Die Gewerkschaft ÖTV hat ihrerseits Forderungen gegen die Schichtarbeit im Rahmen der Lohnbewegung angekündigt. Für Samstag, den 8. 11. 80, ist der Gewerkschaftsrat der DPG einberufen worden. Über seine Beschlüsse war bei Redaktionsschluß noch nichts bekannt.



Fluglinien: Weniger Cockpit-Personal

Ab 1983 setzen viele Fluggesellschaften den neuen Airbus A 310 ein. In diesem Flugzeugtyp entfällt der Arbeitsplatz des Bordingenieurs, der bislang die Instrumententafel seitlich hinter den beiden Pilotensitzen beobachtete. Die Aufgaben des Bordingenieurs sollen künftig von den Piloten mit übernommen werden. Die Lufthansa, die 50 Maschinen vom Typ A 310 einsetzen will, rechnet mit einer jährlichen Ersparnis von 30 Mio. DM. Die in der Vereinigung Cockpit organisierten Piloten und Bordingenieure und die DAG drohen mit Streik wegen der verstärkten Arbeitsbelastung, falls die Lufthansa nicht bis 15.11. eine tarifvertragliche Sicherung der drei Arbeitsplätze im Cockpit zusagt. Schon am 23.10. fielen viele Flüge der belgischen Sabena wegen Streiks des Bordpersonals aus. Die Piloten der niederländischen KLM und der österreichischen AUA haben ebenfalls mit Streik gedroht.

Griechenland: Streik im öffentlichen Dienst

Mit einem achtundvierzigstündigen Streik legte die Vereinigung der Staatsbeschäftigten Griechenlands am 31. Oktober und 1. November den gesamten öffentlichen Dienst lahm. Die Gewerkschaft fordert Lohnerhöhungen entsprechend der tatsächlichen Preisteigerung, Senkung der Lohnsteuersätze analog zur Inflation sowie schrittweise Einführung der Fünftagewoche. Die Inflationsrate beträgt zur Zeit 15%, und die Regierung rechnet mit 25% am Jahresende.

Aber Grundnahrungsmittel sind noch teurer geworden: Brot um 32%, Fleisch um 33%, Milch zwischen 35% und 40% und Fisch um 40%. Am 31. Oktober streikten auch die Bankangestellten der Region Attica für drei Stunden. Ihr Tarifvertrag ist seit dem 4. September ausgelaufen, und sie haben ein Lohnangebot „entsprechend dem Inflationsindex ab 1.1.1981“ bereits abgelehnt. Im November will die Bankgewerkschaft drei mehrtägige Streiks durchführen. – Die Verhandlungen zwischen dem Gewerkschaftsbund und dem Kapitalistenverband über ein Rahmenlohnabkommen beginnen in diesen Tagen. Die Gewerkschaften haben für die niedrigsten Lohngruppen mindestens 13000 Drachmen im Monat (etwa 550 DM) gefordert.

BL-Vertrauensleute beschließen Streik

Die Vertrauensleute der 73000 Arbeiter des staatlichen Automobilkonzerns British Leyland beschlossen am Montag, für den 11. November den Streik auszurufen. Der Streik richtet sich gegen das 6,8%-Angebot der Kapitalisten bei einer Inflationsrate von über 17%. Bei



Betriebsversammlungen hatten die Arbeiter mit 41600 zu 23000 gegen das Angebot und für Streik gestimmt. In dieser Woche finden weitere Verhandlungen statt.

Kürzung der Besoldung kein SPD/FDP-Gemeinschaftsprojekt

Nicht übernommen hat die SPD/FDP-Koalition Matthöfers Vorschlag, die Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst um ein Vierteljahr, nämlich vom 1. März auf den 1. Juni, zu verschieben. Die FDP, vor den Wahlen sehr für geringe Lohnerhöhungen, zeigte keine Neigung, diese Sparkur vorrangig an den Beamten auszuprobieren, die neben anderen Angehörigen der gehobenen Gehaltsklassen zu ihren Wählern gehören, zumal die Gefahr bestand, daß die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sich ähnlich über den FDP-Innenminister Baum hermachen würden wie über seinen Vorgänger Maihofer. Die Absicht der „Lohnpause“ ist damit nicht vom Tisch.

Die bürgerliche Presse hatte versucht, frühzeitig Spaltungslinien zwischen der Industrie und dem öffentlichen Dienst und innerhalb des öffentlichen Dienstes zu ziehen. „Beamte contra Metaller“, gab das „Handelsblatt“ die Richtung an und teilte mit, die Gewerkschafter täten sich schwer, eine einheitliche Sprache zu sprechen, wie man an der Debatte über die Arbeitsmarktabgabe für Beamte und Selbständige sehen könne.

Die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst übten Druck für ein einheitliches Auftreten der DGB-Gewerkschaften aus. Die Beschäftigten der Post führten während der Koalitionsgespräche ihre Streikaktionen fort. Der GEW-Gewerkschaftstag sprach sich dafür aus, daß Beamte wie Arbeiter und Angestellte das Recht auf kollektive Arbeitsverweigerung haben müßten.

Der ÖTV-Vorsitzende Kluncker hat in der Oktobernummer der Gewerkschaftlichen Monatshefte dafür gesprochen, die Personalstellen zu vermehren, um die Belastungen durch unregelmäßige Arbeitszeiten zu verringern, auch in den Bereichen, die die öffentlichen Dienstherren von derartigen Verhandlungen ausgeklammert haben wollen. Weiter hat er den DGB ermuntert, ein Aktionsprogramm zur Durchsetzung des einheitlichen Dienstrechts zu beschließen. Seine innere Ausgestaltung müsse „vom allgemeinen Arbeitsrecht und seiner sozialen Fortentwicklung bestimmt sein“. Die Ausübung uneingeschränkter Koalitionsrechte müsse für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst gewährleistet sein. Den Appell, den er auch an die anderen DGB-Gewerkschaften richtet, sich nicht vor der Öffentlichkeit zu zanken, sucht er in der Formel zusammenzufa-

sen: „Die Grundinteressen der Arbeitnehmer sind überall gleich.“ Eine Teilbegründung ist sein Argument, der öffentliche Dienst habe sich durch zunehmende Technisierung an die Industrie angenähert, z.B. sei ähnlicher Rationalisierungsschutz nötig.

Die Führer der DGB-Gewerkschaften haben Zurückhaltung geübt, sicher auch auf der Sitzung des SPD-Gewerkschaftsrates am 29.10.80. Nachdem jetzt die Kräfteverhältnisse in der Regierung feststehen und die FDP an einigen Punkten zurückstecken mußte, holen sie Luft.

Andererseits müssen sie sich schleunigst mit den Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten befassen. Gegen die Schichtarbeit muß etwas erreicht werden. Die Forderung nach Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die Mitgliedschaft von radikalen Linken in den Gewerkschaften ist nicht zu übersehen. Kapitalisten und Bundesbank sprechen schon von Lohnabschlüssen um die 3%. Kluncker hat sich beeilt, am 4.10.80 die von der Süddeutschen Zeitung verbreitete Behauptung zurückzuweisen, er habe zugestanden, im Tarifabschluß für die öffentlichen Dienste werde „das fehlende Arbeitsplatzrisiko zum Ausdruck kommen.“

Schleswig-Holstein Wasser für Kapitalisten – Grundwassersenkung

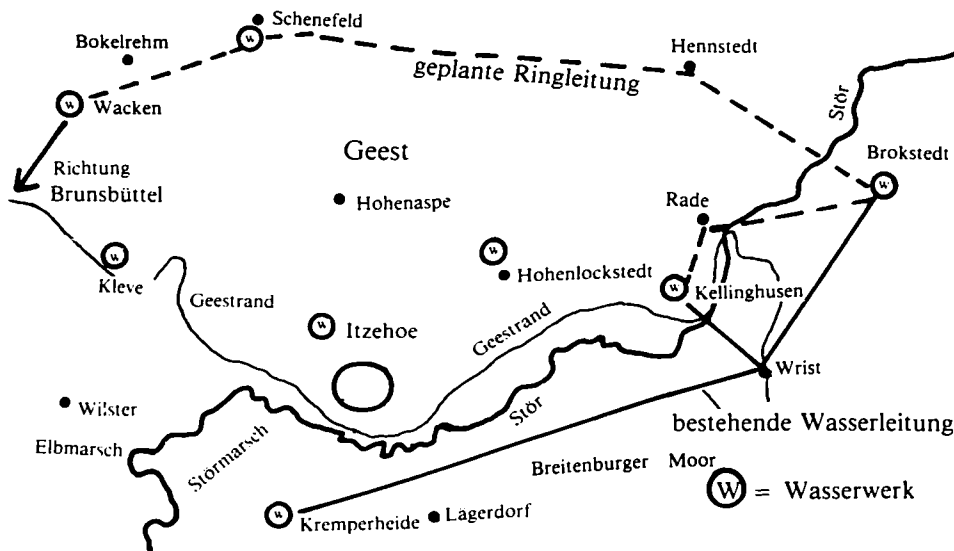
Itzehoe. „Der Brunnen hat diesen Hof über 100 Jahre lang mit Wasser versorgt. Und plötzlich – mit einem Male – blieb er trocken“, erklärte Bauer Mehrens, Bürgermeister der Gemeinde Bokelrehm (Schleswig-Holstein/Kreis Steinburg). Folge der Wasserentnahme für die Chemie-Konzerne im Industriegebiet Brunsbüttel. Das Wasserwerk Wacken ist mit 11 Mio m³ Wassermenge jährlich ausschließlich zur Belieferung von Bayer, Schelde und CWH (Chemische Werke Hülse, ehem. VE-BA) gebaut worden.

1974 schrieb der Regierungsbaudirektor beim Landesbeauftragten für den Wirtschaftsraum Brunsbüttel: „Die Frischwasserversorgung kann häufig durch Erschließung bislang nicht in Anspruch genommener Grundwasservorkommen gesichert werden ... Damit ist die Belieferung

für die nächsten Jahrzehnte sichergestellt ...“. Für die Kapitalisten der Garantieschein auf Inbesitznahme der Grundwasservorkommen.

Bislang fördert das Wasserwerk Wacken nur die Hälfte der geplanten Wassermenge. Bereits im März zeigte sich, daß der Grundwasserspiegel in der Gemeinde Bokelrehm um 4 bis 6 m gesunken ist. Die Bewohner mußten 14 Brunnenbohrungen bis zu 30 m Tiefe durchführen. Sie haben von der Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel GmbH Entschädigung von 50000 DM verlangt, die ihnen jetzt ausgezahlt werden mußten. Die Kapitalisten sehen die Sache ganz ruhig. Sie haben schließlich einen Vertrag mit der Landesregierung, der ihnen bis 1992 jährlich eine Liefermenge von 8 Mio. m³ Grundwasser sichert. Bisher brauchen die drei Chemie-Konzerne 6,6 Mio m³ jährlich. Wie die Landesregierung das Wasser beschafft, ist ihnen schließlich egal. Die SPD hat jetzt durch ihren wirtschaftspolitischen Sprecher Arens eine kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt, wie die Versorgung der Industrie mit Wasser in Trinkwasserqualität gesichert werden soll. Die Landesregierung hat geantwortet „Kein Grund zur Panik“ und ihre Pläne zum weiteren Raubbau am Grundwasser zugunsten der Kapitalisten dargelegt: „Um die Grundwasserförderung zu erhöhen, ist die Errichtung weiterer Brunnen in Wacken geplant. Darüberhinaus sind die Erschließung zusätzlicher Grundwasservorkommen sowie Wasserlieferungen aus benachbarten Versorgungsgebieten durch das Wasserwerk Brunsbüttel und den Wasserbeschaffungsverband Süderdithmarschen vorgesehen.“ Über Wasserförderung in Pöschendorf (10 km von Wacken) „erlauben die Messungen noch keine sichere Aussage“, aber: „Diese Anlage wird vier Millionen Kubikmeter Trinkwasser jährlich fördern“, sagt das Geologische Landesamt („Wilstersche Zeitung“, 23.10.80).

Die Senkung des Grundwasserspiegels wird Verkarstung des Landes zur Folge haben. Den Bauern, die im wesentlichen von der Milchwirtschaft leben, wird die Lebensgrundlage entzogen. Sie haben den Kreisbauernverband zugezogen, lassen Ertragsminderungen ermitteln und haben Geologen zur Prüfung zugezogen. Die Entwicklungsgesellschaft hat zur Spaltung einen Köder ausgelegt. Sie hat mit der Gemeinde Bokelrehm einen Vertrag abgeschlossen, der vorsieht, daß die Gemeinde an die zentrale Wasserversorgung angeschlossen wird und Wasser zum Preis von 0,20 DM bekommt. Die Gemeinde Wacken zahlt 0,97 DM/m³, im Wasserbeschaffungsver-



band (WBV) Mittleres Störgebiet zahlt man 0,92 DM/m³. Aber was nützt der Anschluß ans Wasserwerk, wenn das Land verkarstet?

Die Landesregierung plant, auch die Grundwasservorkommen anderer Wasserbeschaffungsverbände anzupapfen. Das geht eindeutig aus der

Karte hervor, wo eine geplante Ringleitung vom Wasserwerk Brokstedt nach Wacken eingezeichnet ist. Die Satzungen des WBV, der unter Aufsicht des Landrats steht, sehen verschiedene Möglichkeiten vor, dem Volk das Wasser abzdrehen, damit den Kapitalisten genug geliefert werden kann.

Rekrutenvereidigung

„München ist nicht Bremen“ — Demonstrationsverbot

Aus Anlaß des 25. Jahrestags der Gründung der Bundeswehr hat der sozialdemokratische Verteidigungsminister Apel in allen Hauptstädten der Bundesländer öffentliche Rekrutenvereidigungen befohlen. Auf dem Münchner Königsplatz sollen am 6. November 2000 Rekruten im Kampfanzug geloben, Hauptredner ist Strauß. Gegen

den militärischen Aufmarsch für die Ziele der westdeutschen Monopole sind mehrere Kundgebungen und eine Demonstration angekündigt worden. Das erklärte Ziel der bürgerlichen Politiker ist es jetzt, dieser Bewegung gegen die Rekrutenvereidigungen eine Niederlage beizubringen und sie zu demütigen.



Schmidt, Strauß — eifrige Manöverbesucher. Schmidt auf dem US-Luftwaffenstützpunkt in Kitzingen, Strauß beim NATO-Manöver in Nordbayern.

Die Initiative dazu hat die CSU-Fraktion im Münchner Stadtrat ergriffen. Sie schlug eine gemeinsame Grußadresse des Stadtrats an die Gelöbnisfeier vor. Der militärische Aufmarsch wird darin ausdrücklich als nützlich für „die Sicherheit und den Bestand unseres Vaterlandes“ begrüßt. Das Gelöbnis diene der „wehrhaften Demokratie“, die Gelöbnisformel zeuge vom „Geist der Treue und der Pflichterfüllung“, wofür den Soldaten „Dank und Anerkennung“ geschuldet sei. Die SPD-Fraktion konnte dieser dann auch von der FDP unterschriebenen Erklärung nicht zustimmen — zu kraß wäre der Gegensatz zu den Gewerkschaften gewesen. Zwar begrüßt die SPD-Fraktion ebenfalls die zum öffentlichen Gelöbnis herbeibefohlenen Soldaten und spricht ihnen „Respekt und Anerkennung für ihre Arbeit im Dienste des Friedens in unserem Staate“ aus. „Mit den überkommenen Ritualen öffentlicher Gelöbnisse“ aber könne er sich nicht einverstanden erklären, begründete der SPD-Fraktionsvorsitzende die Ablehnung. Die ganze Angelegenheit sei nicht mehr zeitgemäß.

In den Gewerkschaften findet der Widerstand gegen die Rekrutenvereidigung kaum Sprecher. Erklärungen dagegen sind selten, und nirgends sind die Rekrutenvereidigungen als imperialistische Propagandaveranstaltungen angegriffen worden. Der Kreisvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordert, „von einem derartigen militärischen Schauspiel abzu- sehen“. Angesichts der weltpolitischen Lage müßten derartige Vereidigungen in der Bundesrepublik Mißtrauen und in Ost und West „unangenehme Erinnerungen“ hervorrufen, erklärt der GEW-Kreisvorstand. Die Abteilung Soldaten in der ÖTV spricht sich gegen öffentliche Vereidigungen aus und empfiehlt „mehr innere Führung“. Die IG-Metall-Jugend fordert ihre Mitglieder auf, anläßlich des 25. Jahrestags der Bundeswehrgründung an den Veranstaltungen der politischen Parteien teilzunehmen.

Diese Lage macht sich die bürgerliche Reaktion zunutze. Das bayerische Innenministerium hat zwei Tage vor der Vereidigung den Vizepäsidenten der Münchner Polizei von seiner Funktion als Leiter des Polizeiaufgebots entbunden und den Polizeipräsidenten Schreiber beauftragt. Damit soll unterstrichen werden, daß an geballten Einsatz der über 1000 Polizisten und der kompanieweise angetretenen Feldjäger gedacht ist. Der Oberbürgermeister Kiesel will Demonstration und Kundgebungen in der Nähe des Königsplatzes und der Anmarschwege der Soldaten verbieten. Im „Bayernkurier“ vom

1.11. warnt die CSU, an die Adresse der SPD gerichtet, vor der Kapitulation vor „sehr viel weitergehenden politischen Forderungen“: „Werden die Argumente der Gegner von öffentlichen Gelöbnissen nicht nur zum Anlaß genommen, ganz andere Ziele anzulassen – nämlich die Schwächung der NATO, den Abzug der Amerikaner aus Europa oder die Neutralisierung Deutschlands?“

Die CSU nutzt „die Erkenntnis, daß die SPD in München zu den Soldaten zu stehen nicht bereit ist“ (Bayernkurier), dazu, sich von der SPD Beteuerungen einzuholen, man stelle sich in jedem Fall hinter die „die Bundesrepublik verteidigende und schützende Armee“. Auf der Grundlage, so das Kalkül der CSU, kann dann auch entschiedener gegen die Protestaktionen gegen die Rekrutenvereidigung vorgegangen werden.

Baden-Württemberg Millionengeschenk an Ev. Landeskirche

Die Veröffentlichung der „Stuttgarter Zeitung“ über das, wie sie es kommentiert hat, „Geschäft des Jahrhunderts“, hat dem Finanzministerium zum jetzigen Zeitpunkt nicht gepaßt. Jedenfalls war keine Stellungnahme zu erhalten, andererseits aber auch keinesfalls ein Dementi.

Ein dreiteiliges Millionengeschenk der Landesregierung an die Evangelische Landeskirche in Württemberg ist also gegenwärtig zur Absegnung im Finanzausschuß des Landtags: Erstens sollen 843 ha Grund und Boden von Land, das um 1550 von den württembergischen Herzögen zum Staatskirchengut geschlagen und damit dem privaten Besitz der Kirche entzogen worden war, zurückgegeben werden. Den Wert dieses Landes beziffert der Finanzminister, bisher für niemanden als den Oberkirchenrat nachprüfbar, mit 68 Mio. DM. Die evangelische Kirche zahlt dafür gerade 1 DM pro qm, insgesamt 8,55 Mio. DM. Zweitens zahlt die Regierung für weitere 89 ha solchen Landes, die in Landesbesitz bleiben sollen, 13,80 DM pro qm und damit insgesamt 12,3 Mio. DM an die Kirche.

Drittens schließlich soll ein Sonderkonto mit allen Erlösen aus Verkäufen solchen Landes an die Kirche ausgezahlt werden: weitere 7,75 Mio. DM. Alles in allem macht das dreieinige Geschenk dann die stattliche Summe von exakt 80 Mio. DM aus. Der katholischen Kirche ist ein entsprechendes Verfahren bereits in Aussicht gestellt.

Der historische Vorgang, der als Begründung herhalten soll: 1534 hatte der württembergische Herzog den Protestantismus in Württemberg als Staatskirche eingeführt. Das Kircheneigentum, insbesondere der Klöster, wurde von staatlichen „Visitatoren“ erfaßt, in den Bauernkriegen abhanden gekommenes Eigentum wurde zurückbeschafft und ein Teil des kirchlichen Vermögens zum Eigentum der herzoglichen Staatskirche deklariert. Die Erhebung zur Staatskirche verschaffte der protestantischen Kirche landesweite Geltung, die Herzöge ihrerseits stopften aus dem Kirchenvermögen Löcher in der Staatskasse. Zweieinhalb Jahrhunderte später, 1803, wurde in Südwestdeutschland unter den Auswirkungen der bürgerlichen Revolution in Frankreich das Eigentum der Staatskirche zum Eigentum des Staates erklärt, allerdings mit „immerwährendem und ausschließlichem Nutzungsrecht“ der Kirche. – Diese niemals konsequente Verstaatlichung von Kirchenbesitz war seither die Begründung für Staatsleistungen an die Kirchen. Bis heute werden an juristischen Fakultäten von Universitäten des Landes Doktorarbeiten verfaßt, die so den jährlichen Zahlungen der Landesregierung an die Kirchen die juristische Grundlage verschaffen sollen (im Haushalt des Landes 1980 z.B. für „kirchliche Angelegenheiten“ 125,3 Mio. DM, dabei die in den Einzelplänen der Ministerien großteils verschlüsselten Posten für Sozialeinrichtungen, Bau-, Denkmals- und Schulmaßnahmen der Kirchen noch gar nicht gerechnet).

Die „Stuttgarter Zeitung“ als waschechtes Sprachrohr des Liberalismus versüßt das Millionengeschenk an die Kirche damit, daß ja jetzt wohl die Kirchenzuschüsse des Landes zur Diskussion stünden. Kaum. Viel wahrscheinlicher ist, daß die Späth-Regierung mit Sondergeschenken wie jetzt und weiteren jährlichen Posten im Etat wie bisher an ganz neue Höhen der staatlichen Kirchenfütterung denkt.

Familienpolitik Babygeld in Niedersachsen

Hannover. Ab 1. Juli 81 will der niedersächsische Sozialminister 1000 DM pro Baby zahlen. 26000 DM hat er dafür im Haushaltsentwurf 1981 vorgesehen.

„Der große Vorteil dieser niedersächsischen Lösung ... läge ... in der Tatsache, daß häufig gerade Einkommensschwache durch dieses Familien-

darlehen (wie es andere Bundesländer gewähren, Red.) nicht begünstigt würden, denn sie könnten die laufenden Tilgungen nicht aufbringen.“ (Pressemitteilung, 21.10.)

Mit der Anschaffung von Bettchen, Kinderwagen und Badewanne ist die 1000-DM-Prämie weg. Was bleibt, sind die laufenden Kosten. Es gibt bis heute keine Lernmittelfreiheit in Niedersachsen, nicht einmal jedes 100. Kind hat einen Krippenplatz. Gerade soll in Göttingen eine Krippe geschlossen werden – aus „grundsätzlichen pädagogischen Erwägungen“. Etwa 36% der Frauen in der BRD sind erwerbstätige Frauen mit Kindern unter 15 Jahren.

Völlig unterschiedlich ist die Aufteilung der Kinder auf die Einwohner. Es werden dort die wenigsten Kinder geboren, wo große Industrie konzentriert ist und nicht hauptsächlich Facharbeiter beschäftigt sind.

Geburten in Niedersachsen

1970	102706
1971	97622
1972	87827
1973	78979
1974	76318
1975	71964
1976	72434
1977	69268
1978	68557
1979	67637

Geburten auf 1000 Einwohner

Goslar	7,6
Hannover	7,7
Wilhelmshaven	7,7
Hameln/Pyrmont	7,9
Emsland	13,7
Vechta	13,0
Cloppenburg	12,7
Grafschaft Bentheim	12,3

In Wolfsburg waren es im gleichen Jahr 9,6. – 1978 hat die niedersächsische Landesregierung die Stiftung „Familie in Not“ mit 1 Mio. DM ins Leben gerufen, um „in Bedrängnis geratenen Familien“ zu helfen. „Ein Rechtsanspruch auf Hilfe besteht nicht.“ (Satzung § 2 (5))

Die Christdemokraten wollen die Frauen – natürlich unter „Opfern“ – zeitweise in die Familien drängen, damit sie dann als billigste Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt zuströmen, etwa für Teilzeitarbeit, die seit Anfang 1980 von der Landesregierung gefördert wird.

Am Modellversuch „Erziehungsgeld“ hat z.B. bei Blaupunkt in Hildesheim keine Arbeiterin vom Band teilgenommen. 350 DM bekam, wer für zwei Jahre nach der Geburt eines Kindes die Arbeit nicht wieder aufnahm.

Kämpfe gegen niedrige Löhne und Zersplitterung der Tarifverträge in der Lederindustrie

Die Lohntarifkommission der Gewerkschaft Leder für die Schuhindustrie hat als Forderung beschlossen: 80 Pfg. pro Stunde mehr für die Arbeiter, 10,5% für die Angestellten und 60 DM für die Auszubildenden. Für die Lederwaren- und Kofferindustrie werden 75 Pfg., 10% und 55 DM gefordert. Für die Schuhindustrie besteht für Arbeiter und Auszubildende ein bundeseinheitlicher Vertrag, für die Angestellten sowie für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende in der Lederwaren- und Kofferindustrie bestehen in der Höhe unterschiedliche Verträge auf Länderebene. Alle Verträge sind zum 31.10.80 gekündigt.

1977 dann 10 Lohngruppen. Das brachte vor allem den Stepperinnen Höhergruppierungen und Lohnzuwachs bis zu ca. 40 Pfg. und insgesamt für alle Frauenlöhne einen Erfolg. In der Lederverarbeitung konnte 1978 die unterste Lohngruppe 7 gestrichen werden. Diese Politik der Gewerkschaft Leder führte zu einer stark überproportionalen Anhebung der Frauenlöhne. Dies ist vor allem auch deshalb von Interesse, weil die Frauen in der Schuhindustrie und Lederverarbeitung einen Anteil an den Beschäftigten von über 60% ausmachen.

Der Abstand der Löhne in der Branche zum Industriedurchschnitt ist aller-

Heimarbeiter sind in der Lederbranche hauptsächlich mit Stepperei beschäftigt. Für den Bereich Lederwaren ist für die Heimarbeiter die Übernahme der tariflichen Erhöhungen der Betriebsarbeiter durchgesetzt – wenn auch mit zeitlicher Verzögerung und bei ständigen Versuchen von Kapitalistenverbänden, dies zu ändern. Im Bereich der Handschuhindustrie wurde das Bestreben der Gewerkschaft Leder, die Heimarbeiter durch überproportionale Erhöhungen an das Niveau der „Betriebslöhne“ heranzuführen, nur teilweise durchgesetzt.

Seit Bestehen arbeiten die Leder-Gewerkschaften gegen diese Zersplitterung: Die Gewerkschaft der Schuhmacher war die erste Gewerkschaft, die bereits 1872 auf eine nationale Ordnung des Tarifwesens drängte, indem der „Vorstand beauftragt wurde, für alle Provinzen einen Musterlohn tarif auszuarbeiten“. Dieses Ziel wurde jedoch nicht erreicht, 1911 bestanden allein bei den Schuhmachern 124 Tarifverträge, 1913 waren es schon 160.

In den Jahren 1976 bis 1979 – zwischen den beiden Gewerkschaftstagen – wurden insgesamt 696 Tarifverträge abgeschlossen mit den verschiedensten Kapitalistenverbänden. Zu den Tarifgebieten kommen 23 Firmentarifverträge – z.T. weil die Kapitalisten nicht im Arbeitgeberverband sind, z.T. aber auch, weil die Produktion dort so umfassend ist, daß sie in die Verbandstarifverträge nicht paßt. Besonders schwer wiegt dabei, daß der Freudenberg-Konzern, mit immerhin ca. 11 000 Beschäftigten und Beteiligungen an Lederbetrieben mit weiteren 4000 Beschäftigten größter Konzern in der Lederindustrie, aus der Ledertarifbewegung durch den Haustarif auch im Zeitpunkt herausgenommen ist, ebenso wie der größte Schuh-Konzern Salamander Kornwestheim. Dabei stellt Freudenberg meist den Vorsitz im Verband der Ledererzeugenden Industrie, Vorsitzender im Schuhkapitalistenverband ist ebenfalls ein Freudenberg-Geschäftsleitungsmitglied.

Trotz dieser Probleme und Besonderheiten reicht die Gewerkschaft Leder – mit 55 000 Mitgliedern neben den Gewerkschaften Kunst und Gartenbau die kleinste DGB-Gewerkschaft – im Organisationsgrad mit über 50% der Beschäftigten dicht an die großen Industriegewerkschaften heran.



Von 103 000 1953 auf 55 000 1979 ist die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaft Leder gesunken, der Organisationsgrad aber von 45 auf 50% gestiegen. – Protestdemonstration der Lederarbeiter in Rehau gegen Betriebsschließungen im Jahr 1974.

Bereits traditionell werden für viele Bereiche der Lederwirtschaft Festgelderforderungen beschlossen (in der Schuhindustrie in den letzten Jahren zwischen 55 und 70 Pfg.) und – wenn auch niedrig – durchgesetzt (zwischen 37 und 42 Pfg./Std.). In der Lederwarenindustrie wurde für die Lohngruppen unterschiedlich mit 33 bis 41 Pfg. abgeschlossen. Ein zähes Ringen mit zum Teil fast sechsjährigen Verhandlungen gab es jeweils bei Kündigung von Lohngruppenverzeichnissen in beiden Tarifbereichen. Die Zahl der Lohngruppen in der Schuhindustrie konnte 1977 auf 7 verringert werden. Bis 1956 hatten noch je 6 Lohngruppen für Männer und Frauen bestanden, bis

dings gewaltig: 1978 betrug die Differenz bei Lederwaren 3,20 DM, bei Schuhen 2,98 DM. Die Frauenlöhne liegen ebenfalls niedriger.

Schwierige Bedingungen schafft die Zersplitterung der Produktion von der Ledererzeugung und -zurichtung über die Produktion von Schuhen, Lederwaren, Handschuhen bis zum Schuhmacher- und Orthopädieschuhmacherhandwerk oder zur Pelzveredelung. Es gibt eine Vielzahl von kleinen bis mittleren Betrieben, noch dazu oft in ländlichem Raum, bis hin zu den Tausenden von Schuhmacherbetrieben. Noch weiter zersplittert werden die Beschäftigten durch die Heimarbeit: Ca. 11 000

Ärzte-Bereitschaftsdienst Forderungen von ÖTV und Marburger Bund

Am 27. Oktober ist bei dem Gespräch zwischen dem Öffentlichen Dienstherrn und den gewerkschaftlichen Vertretern der angestellten Ärzte über deren Arbeitszeitbelastung nichts herausgekommen, außer daß nun Verhandlungen aufgenommen sind. Noch im November wird das Bundesarbeitsgericht in Kassel im Fall Dr. Junghans entscheiden (einer von sieben Musterprozessen). Er hatte wegen zu hoher Arbeitsbelastung durch Bereitschaftsdienste gegen die Hamburger Gesundheitsbehörde geklagt. Die Bundesregierung hat über das Bundesarbeitsministerium verlauten lassen, daß sie gegenüber den Personalanforderungen aus den Krankenhäusern hart bleibe.

Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmedizin Hamburg aus dem Jahre 1978 beträgt für einen Hamburger Krankenhausarzt die Tagesarbeitszeit 9,75 h, die wöchentliche Arbeitszeit 61 h, die monatliche Zahl der Bereitschaftsdienste 5-6 und für Chirurgen 7, die Arbeitszeit von 2 Tagen mit einem Bereitschaftsdienst dazwischen 31,5 h, die Schlafzeit in einem Bereitschaftsdienst im Krankenhaus 4,5 h mit 2 Unterbrechungen. Dies sind Durchschnittswerte, d.h. es kommen auch wesentlich höhere Arbeitsbelastungen, besonders während zusammenhängender Wochenenddienste oder durch urlaubs- und krankheitsbedingte Ausfälle und vor allem in kleinen Krankenhäusern zustande. Auf der Grundlage der Verordnung über Arbeitszeit in Krankenanstalten aus dem Jahre 1924 kann der Dienstherr unbegrenzten Einsatz verlangen. Seit Jahren kämpfen die Ärzte gegen diese Arbeitsbelastung, die sie ruiniert und

auch für die Patienten unzumutbar ist. Dieser Kampf ist in den letzten beiden Jahren verstärkt worden, weil durch die Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen die Intensität der Arbeit der Ärzte auch erheblich zugenommen hat und daher 32-Std-Schichten nicht mehr durchzuhalten sind.

Die ÖTV (Bund gewerkschaftlicher Ärzte, BgÄ) stellt folgende Forderungen gegenüber der Bundesregierung auf:

- Reduzierung der Zahl der Bereitschaftsdienste auf 4 pro Monat, – Begrenzung der täglichen Höchstarbeitszeit, – Mindestruhe zwischen Ende und Wiederbeginn der Arbeitszeit, – Verbot der 32-Std-Dienste, – Recht auf Freizeit vor oder nach einem Bereitschaftsdienst, – Anerkennung der Bereitschaftsdienste als Arbeitsbereitschaft, d.h. Bezahlung wie Überstunden.

Dieser Forderungskatalog zielt auf gesetzliche Regelung, und er bedeutet Arbeitszeitverkürzung bei annäherndem Lohnausgleich (durchschnittlich um 100 DM geringeres Gehalt).

Der Marburger Bund, „gewerkschaftliche, berufspolitische Organisation für Krankenhausärzte“, immer bemüht, Gesetzes- und Systemtreue zu beweisen, beschränkt die Auseinandersetzung auf die Forderung „nur vier Bereitschaftsdienste im Monat“. Dies bedeutet bis zu 800 DM geringeres Monatsgehalt bezogen auf bisher 8 Bereitschaftsdienste im Monat. Die Forderung nach Freizeitausgleich nach oder vor Bereitschaftsdienst fällt dann gleich weg, weil sich nur wenige Ärzte weitere 400 DM Verlust leisten können. Durch diese Beschränkung auf die Forderung „Reduzierung der Bereitschaftsdienste“ kann überhaupt keine Einheit unter den Ärzten hergestellt werden. Das ist die jahrelange Erfahrung und das zeigen die Grundgehälter: Steuerklasse I, 29 Jahre 2108 DM

netto und Steuerklasse III/1, 33 Jahre 2693 DM netto. So kann z.B. der Arzt seine Frau nur zu Hause lassen auf Basis von Bereitschaftsdienstvergütungen und wird sich daher der Forderung gar nicht anschließen. Der Marburger Bund will die Frage der Arbeitszeit auch nicht als Gesetz geregelt wissen, sondern ausdrücklich nur als Teil eines Tarifvertrages. Vor allem aber ist angesichts des hartnäckigen Widerstands von Seiten der Bundesregierung eine ärztliche Berufsorganisation wenig schlagkräftig, auch wenn sie 30000 Mitglieder hat. Diese Standesorganisation ist mehr aus der Tradition begründet, als daß sie den gegenwärtigen Interessen der Krankenhausärzte gerecht werden könnte, im Gegensatz zur ÖTV.

IG Metall Manteltarif für Bayern abgeschlossen

Am 25. 10. 1980 hat die IG Metall für den Tarifbezirk Bayern nach nunmehr über drei Jahren Verhandlungen den Manteltarifvertrag für Arbeiter und Angestellte zum Abschluß gebracht. Bereits in Kraft getreten war als Bestandteil des Manteltarifvertrags im Februar eine Erhöhung der Leistungszulage für Zeitlöhner und Angestellte um 16%. Weitere Ergebnisse von Verhandlungen, die aber noch nicht in Kraft getreten waren:

- Die Ankündigungsfrist für Kurzarbeit für Arbeiter wird von zwei Wochen auf 30 Kalendertage erhöht.
- Verbesserter Kündigungsschutz für ältere Arbeiter.
- Erhöhung der Kontoführungsgebühren von 18 auf 30 DM.
- Leistungslöhner, die vorübergehend in Zeitlohn arbeiten, erhalten bis zu vier Wochen ihren bisherigen Durchschnittsverdienst.
- Erhöhung der Mindestsicherung des Prämiendienstes von 10 auf 14%.
- Sonn- und Feiertagszuschläge gelten auch für Angestellte.
- Die Lärmzulage beträgt 20 Pfennig pro Stunde bei 85 dB.

Wesentliche offene Forderungen waren: – Erholzeiten bei Nacharbeit. – Mindesterholzeiten und persönliche Mindestverteilzeiten bei Akkordarbeit. – Abschaffung der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung bei Krankheiten bis zu drei Tagen Dauer. – Lärmzulage für Angestellte.

Die Lärmzulage für Angestellte ist jetzt durchgesetzt. Völlig quer legten sich die Kapitalisten bei der Forderung nach 9 Minuten bezahlter Erholzeit für Nachtarbeiter und 6 Minuten Pause pro Stunde neben 3 Minuten persönlicher Verteilzeit für Akkordarbeiter. Forderungen dieser Art hat die IG Metall 1979 für die VW-Beschäftigten ta-



rifvertraglich sichern können. Das Befassen dieser Forderungen wurde auf später verschoben.

Der Wegfall der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung im neuen Manteltarifvertrag ist an eine Betriebszugehörigkeit von mindestens fünf Jahren gebunden. Nach Warnstreiks konnte die IG Metall den Wegfall der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ohne Bindung an die Betriebszugehörigkeit für Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden durchsetzen.

Ohne Arbeitskampf hätte die IG Metall in Bayern die noch offenen Forderungen nicht durchsetzen können. Dies ist unmittelbar vor den anstehenden Lohnkämpfen schwierig. Andererseits wollte die IG Metall den Manteltarifvertrag vorher unter Dach und Fach bringen.

Böse-Prozeß Entlastendes Gutachten „nicht brauchbar“

Freiburg. Seit dem 23.09.80 findet der Revisionsprozeß gegen den Krankenpfleger R. Böse vor dem Landgericht in Freiburg statt. Die Anklage lautet: der Krankenpfleger hätte mit einer Überdosis Herzglykoside sieben Menschen im Kreiskrankenhaus Rheinfelden (Kreis Lörrach) zu Tode gespritzt. Mittels der pharmakologisch-toxologischen Gutachten soll dies nachgewiesen werden.

Die in den Gutachten angegebenen Digoxin-Werte für Gewebe und Blutserum weisen Differenzen bis zu 100 Prozent auf. Aufgrund dieser Werte haben dann die Gutachter sogenannte Verteilungskoeffizienten berechnet, die angeben, wie weit die Wirkstoffe vom Blut bereits ins Gewebe verteilt sind und welche Zeit seit der Verabreichung des Medikaments vergangen ist. Dabei haben sie immer die Werte genommen, die am besten mit der Absicht, zu einer Verurteilung Böses zu kommen, übereinstimmen.

Professor Rietbrock und Professor Schüren, beide Gutachter in dem Prozeß, stellen selber in einer wissenschaftlichen Veröffentlichung (*Klinische Aspekte der Digitalisintoxikation*, 1977) fest: „Die Häufigkeit der Digitalisintoxikation bei vorstationären und stationären Patienten liegt danach durchschnittlich bei 20%.“ Der Freiburger Gerichtsmediziner Dr. Dr. Friedrich hat 42 Patienten der chirurgischen Wachstation der Universitätsklinik Freiburg, die dort gestorben sind, auf Digoxinkonzentration hin untersucht. Er findet dort Werte, die durchaus mit den bei den Rheinfeldener Pa-

tienten gefundenen Werten übereinstimmen. Das Gericht hat diese Untersuchung als „wissenschaftlich nicht brauchbar“ bezeichnet, weil Friedrich die Nierenfunktion der Patienten nicht berücksichtigt habe. Es ist nicht verwunderlich, daß das Gericht diese Untersuchung als „nicht brauchbar“ abtut, weil sonst auch an den Freiburger Unikliniken, und nicht nur dort, ein „Mörder“ ausfindig gemacht werden müßte, die ganze Anklage würde zusammenbrechen.

Jede dieser Überdosierungen wäre leicht festzustellen, würde man die Digitaliskonzentration im Blutserum messen und dann entsprechend behandeln. Bei den gestorbenen Patienten wurde eine solche Untersuchung nie gemacht, der Grund dafür sind Kostengesichtspunkte, die die Gerichtsgutachter selbst anführen: „*Laborchemischer Aufwand und die Kosten sind beträchtlich. Die Sachausgaben belaufen sich derzeit für eine einmalige Digitalisbestimmung auf 30 bis 35 DM.*“ Die Herren Professoren wissen, wovon sie reden: rund 3 Millionen Patienten werden in der BRD mit Herzglykosiden wie Digoxin u.a. behandelt. Geht man von der Professorenschätzung aus, 20% gefährdete Patienten, bei denen die Untersuchung auf jeden Fall notwendig wäre, summierte sich diese Messung auf rund 60 bis 70 Millionen Mark jährlich allein für Materialkosten. Ein Mordprozeß, auch ein langer, macht weniger Aufwand.

Jugendarbeitsschutz FDP will 9-Stunden-Tag für Jugendliche

München. Der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages hat jetzt einen Antrag des FDP-Abgeordneten Grünbeck gebilligt, die tägliche Arbeitszeit für Jugendliche auszudehnen: „Die Staatsregierung wird ersucht, weiterhin über den Bundesrat darauf hinzuwirken, daß baldmöglichst das Jugendarbeitsschutzgesetz dahingehend geändert wird, daß die tägliche Arbeitszeit auf 9 Stunden erhöht werden kann, ohne daß die bisherige wöchentliche Arbeitszeit erhöht wird.“ „Es sei ein Unding, wenn Jugendliche beispielsweise am Freitag acht Stunden arbeiten sollen, obwohl – wie zum Beispiel in der Braubranche – mittags Arbeitsschluß sei.“ „Mit dem Antrag soll mehr Flexibilität für alle Betroffenen erreicht werden“, so argumentiert der „Bayerische Staatsanzeiger“ vom 24. 10. 80 für den Antrag.

In den letzten Jahren haben die Gewerkschaften ihren Kampf für Arbeits-

zeitverkürzung verstärkt. Lange hatte die Arbeiterklasse für den 8-Stunden-Tag und die 40-Stunden-Woche gekämpft. Das Jugendarbeitsschutzgesetz lautet hierzu: „§ 8 Dauer der Arbeitszeit. (1) Jugendliche dürfen nicht mehr als 8 Stunden täglich und nicht mehr als 40 Stunden wöchentlich beschäftigt werden. (2) ... Die tägliche Arbeitszeit darf hierbei achteinhalb Stunden nicht überschreiten.“ Ist im Jugendarbeitsschutzgesetz die Grenze



Vorwand für die FDP: Früher Arbeitsschluß freitags auf dem Bau.

des 8-Stunden-Tages schon aufgebrochen, soll mit diesem Antrag die Begrenzung des 8-Stunden-Tages für Jugendliche vollends eingerissen werden.

Dazu kommt: Schon jetzt müssen Auszubildende nach fünf oder weniger Berufsschulstunden am Tag noch in den Betrieb. Käme dieser Antrag durch, würde es den Kapitalisten möglich, die Auszubildenden nach einem Berufsschultag bis zu vier Stunden arbeiten zu lassen. Weiter würde für sie die Rennerei zum Gewerbeaufsichtsamt zwecks Genehmigung von Mehrarbeit für Jugendliche entfallen, und schließlich brauchten sie die Stunden Mehrarbeit nicht mehr als Überstunden anzusehen, denn ein neunständiger Arbeitstag wäre ja gesetzlich abgedeckt.

Gerade hat Liselotte Funcke, stellvertretende FDP-Vorsitzende, sich für die Aufhebung des Beschäftigungsverbots für Frauen auf Baustellen ausgesprochen. Man kann sich vorstellen, was aus beidem herauskommen soll; egal ob Junge oder Mädchen, die Jugendlichen sollen neun Stunden für den Profit der Kapitalisten schuften.

Zwar ist es auch im Interesse der Auszubildenden, am Freitag mittag frei zu haben, aber dieser Vorstoß greift das Interesse der Kapitalisten auf, möglichst Zeiten mit geringer Arbeitsintensität zu vermeiden. Sollen sie doch insgesamt die Wochenarbeitszeit für Jugendliche verkürzen.

„Billigflaggen“ und „Konzessionsfirmen“: Waffen der imperialistischen Reeder gegen die Seeleute

„Seit drei Jahren haben wir praktisch keine Forderung mehr durchsetzen können. Keine Lohnerhöhung, keine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Jedes Mal, wenn wir eine Forderung aufstellen, antworten die Reeder: Wenn ihr das durchsetzt, legen wir unsere Schiffe still und chartern nur noch ‚Billigflaggenschiffe‘.“ Das berichtete uns R. van Cant, Vorsitzender der Seeleute-Abteilung der belgischen Transportarbeitergewerkschaft. Und die belgischen Reeder sind beileibe kein Sonderfall.

Vermutlich mehr als 300 000 der insgesamt etwa 600 000 Seeleute, die in der OECD organisierten westlichen Imperialisten ausbeuten, sind – nach unvollständigen Angaben der OECD – Seeleute aus der Dritten Welt. Etwa 150 000 davon werden auf sogenannten „Billigflaggenschiffen“ ausgebeutet. Nach Angaben eines Sprechers der Internationalen Transportarbeiterföderation ITF, der in etwa 100 Seelengewerkschaften zusammengeschlossen sind, fahren 42% der von westdeutschen Reedern betriebenen Schiffe unter ausländischer Flagge. Die Reeder haben fast alle diese Schiffe in „Billigflaggen“-Ländern wie Liberia, Panama, Singapur, den Bermudas oder Bahamas registrieren lassen. Sie umgehen so die von den Gewerkschaften in ihren Ländern durchgesetzten Tarifverträge, Arbeitsschutzbestimmungen, die Vorschriften über Höchstarbeitszeiten und Mindest-Besatzungsstärken, schalten die Gewerkschaften von der Vertretung der neu angeheuerten Besatzungen aus und sparen obendrein noch Steuern. In anderen EG-Ländern liegt der Anteil der „Billigflaggenschiffe“ noch höher. Nach Schätzungen der belgischen Seelengewerkschaft etwa befördern die belgischen Reeder fast zehnmal so viel Waren auf gecharterten Schiffen wie auf Schiffen unter eigener Flagge.

Ein Beispiel für diese Art des Kapitaleports in der Seeschifffahrt: Auf dem Höhepunkt der Hungersnot vor wenigen Jahren in der Sahel-Zone ankerten ständig Dutzende von „Billigflaggenschiffen“ vor der Küste der betroffenen afrikanischen Staaten. Vertreter der Reeder warben Seeleute mit dem Angebot: Kost und Logis frei, darüberhinaus *keinen Pfennig Lohn!* Dafür mußten die neuen Seeleute jeden Tag das Schiff putzen, entrostern, Wache schieben, Ladung kontrollieren etc. 14, 16 und mehr Stunden täglich wurden sie geschunden, ohne einen



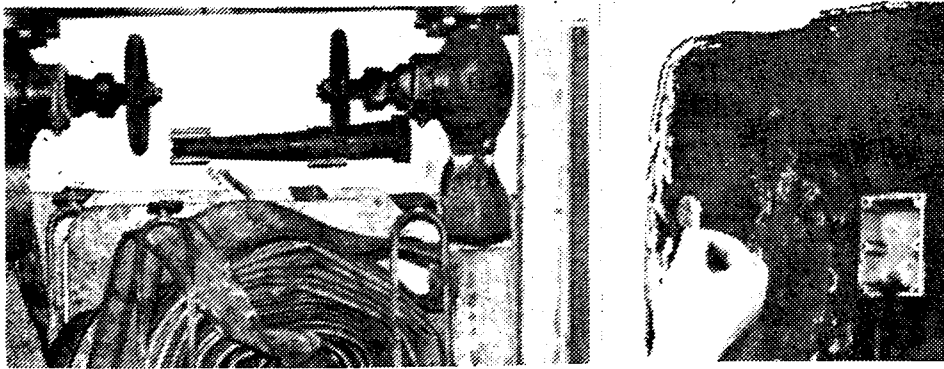
freien Tag in der Woche, und das Monat für Monat. Oft gelang den Seeleuten von diesen Schiffen erst dann die Kündigung, wenn Vertreter der ITF das Schiff inspizierten.

Eine andere Methode der Imperialisten, ihre Transportkosten und -zeiten zu verringern und gleichzeitig den Reedern Extraprofit zu verschaffen, ist die Anwerbung von „Konzessionsfirmen“. Vor allem auf Kreuzfahrtschiffen und Fähren ist sie weitverbreitet. Die Reeder werben große Teile der Mannschaft nicht selber an, sondern beauftragen damit „Konzessionsfirmen“, die ihren Sitz irgendwo in der Dritten Welt haben. Damit umgehen die Reeder die von den Gewerkschaften durchgesetzten Tarifverträge und die Arbeitsschutzgesetze. Immer häufiger beuten die Reeder auf diese Weise komplette Mannschaften aus der Dritten Welt zu entsprechenden Löhnen und Arbeitsbedingungen selbst auf solchen Schiffen aus, die unter imperiali-

stischer Flagge fahren. Auf den westdeutschen, schwedischen oder norwegischen Ostseefähren etwa werden auf diese Weise in letzter Zeit immer mehr Vietnamesen ausgebeutet.

Ausflaggen des ganzen Schiffes und Anwerbung neuer Besatzungen komplett aus Staaten der Dritten Welt, oder Beibehaltung der alten Flagge, aber Ausbeutung großer Teile der Mannschaft durch „Konzessionsfirmen“: das sind auch heute noch die Hauptmethoden der Reeder, schwere Lohnsenkungen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auf ihren Schiffen durchzusetzen. Aber immer häufiger greifen sie inzwischen direkt die Löhne und Arbeitsbedingungen der Seeleute auch aus den imperialistischen Staaten an. Sowieso liegen die Löhne der Seeleute niedriger als die der meisten Arbeiter in der Industrie, sind die Arbeitsbedingungen deutlich schlechter als an Land. Ein belgischer Vollmatrose etwa verdient 29 177 bfr. Grund-





Sicherheitsbedingungen auf „Billigflaggen“-Schiffen: Holzpflocke in Löschydranten am Eingang des Maschinenraums (links). Durchgerostete Wand (rechts).

ITF: „Unsere Hauptforderung ist, daß diese Flotten verboten werden“

Interview mit Mr. Laughton, Sprecher der Seeleute-Abteilung der ITF

Was ist die Hauptforderung der ITF gegenüber den Billigflaggen?

Nun, unsere Hauptforderung ist, daß diese Flotten verboten werden.

Durch eine internationale Konvention?

Ja, durch eine internationale Konvention ... Aber diese Schlacht haben wir noch nicht gewonnen. In der Zwischenzeit versuchen wir sicherzustellen, daß die auf diesen Schiffen beschäftigten Mannschaften durch Tarifverträge gesichert sind, die gewährleisten, daß ihre Löhne und Arbeitsbedingungen international akzeptierbaren Standards genügen. Nach der Politik der ITF bedeutet das, daß sie dem durchschnittlichen europäischen Standard entsprechen

Und was ist die Haltung der Reeder dazu?

Die Haltung der Reeder, d.h. der International Shipping Federation, in der die nationalen Schiffsverkehrsverbände zusammengeschlossen sind, ihre Haltung ist, daß die Schiffseigentümer frei sein sollten, ihre Mannschaften dort zu rekrutieren, wo sie wollen. Sie befürworten, daß ihre Mitglieder Tarifverträge abschließen, aber zu den örtlichen Sätzen ... Texaco z.B. beschäftigt auf seinen panamaischen Schiffen Italiener. Die haben deswegen kein Tarifabkommen, aber zahlen mehr oder weniger gemäß den italienischen Sätzen. Das gleiche gilt, wenn diese Leute Philipinos sind, z.B. bei Esso, die bezahlen ungefähr, um einen gelernten Matrosen als Beispiel zu nehmen, in der Gegend von 280 bis 300 \$ pro Monat, normalerweise für 48 Stunden pro Woche oder 44 Stunden Grundarbeitszeit, auf See natürlich 56 Stunden und mehr. Dann gibt es griechische Besitzer, die beschäftigen philip-

pinische Seeleute, sie bezahlen ihnen 140 \$. Oder nehmen Sie Gesellschaften wie Mobil oder Chevron, die beschäftigen Inder, die ... vielleicht 190 \$ im Monat verdienen. Da sind wir dagegen. Wir sagen, nationale Tarife sind eine schöne Sache für Schiffe, die die Flagge ihres Landes führen, aber wenn Seeleute aus Staaten der Dritten Welt auf Schiffen aus den industrialisierten Staaten beschäftigt sind, oder auf Schiffen, die im Besitz eines Reeders aus einem Industrieland sind, aber unter Billigflagge fahren, dann sollten sie zu höheren Sätzen bezahlt werden. Im Fall von Schiffen, die unter nationaler Flagge fahren, sollten sie entsprechend der in diesem Land ausgehandelten Tarife bezahlt werden. Also wenn sie zum Beispiel auf einem westdeutschen Schiff beschäftigt werden, dann sollten sie westdeutsche Löhne erhalten, auf einem britischen Schiff britische Löhne und auf einem Billigflaggenschiff sollten sie nach ITF-Sätzen bezahlt werden ...

Gibt es ein ILO-Abkommen über Mindestlohn?

Ja, es gibt einen ILO-Mindestlohn für Seeleute. Er wurde 1976 vereinbart. Er beträgt 187 \$ für einen ausgebildeten Seemann.

Aber es gibt viele Reeder, die noch nicht einmal diesen ILO-Satz zahlen?

Ja. Vor allem bei Seeleuten aus sehr armen Ländern. Wir hatten da Fälle von Schiffseignern, die wirkliche Hungerlöhne für Seeleute zahlten, an Leute, die aus ihren Ländern geflohen waren oder aus anderen Gründen verzweifelt nach einer Arbeit suchten. Die Schiffsbesitzer sagten, ich gebe ihm ein Dach überm Kopf und Essen, warum sollte ich ihm noch etwas bezahlen! Schließlich wäre der Bursche sonst am Hungern oder bereits verhungert! Das ist ungeheuerlich, aber das hat es gegeben.

lohn pro Monat, etwa 1800 DM brutto. Zum Vergleich: bereits 1978 lag der Durchschnittslohn aller Lohnabhängigen in Belgien bei umgerechnet ca. 2100 DM! Gestützt auf diese niedrigen Löhne und eine weitreichende Rechtlosigkeit der Seeleute – so gibt es bis heute auf keinem belgischen Schiff Vertrauensleute, jeder Streik gilt als Meuterei und wird mit sechs Monaten Gefängnis bestraft – halten die Reeder eine unerträgliche Arbeitshetze aufrecht. Die einzige Begrenzung für die zahllosen Überstunden sind die gesetzlich auf See vorgeschriebenen acht Stunden Ruhe- und Schlafenszeit täglich. 11, 12 und mehr Arbeitsstunden täglich sind die Regel, ohne einen einzigen freien Tag auf See. Sechs Monate lang werden die Seeleute so rücksichtslos angetrieben, müssen Wache schieben, das Schiff reinigen, die Ladung kontrollieren etc. Nach sechs Monaten Fahrt ist Landurlaub gesetzlich vorgeschrieben.

Zwar konnten die westdeutschen Seeleute und die in Schweden, den Niederlanden, Großbritannien etc. zumindest für die Liegezeit im Heimathafen das Streikrecht durchsetzen. Dafür übertreffen aber die westdeutschen Reeder z.B. ihre belgischen Konkurrenten in punkto Arbeitshetze und Lohnsenkung. Für ein Frachtschiff normaler Größe sind nach belgischem Tarifvertrag 23 Mann Besatzung vorgeschrieben. Westdeutsche Reeder dagegen „experimentieren“ jetzt mit Containerschiffen, die von 16 Mann gefahren werden; die französischen Reeder kündigten gerade eine Verringerung ihrer Besatzungen von 25 auf 18 Mann an, und japanische Reeder versuchen, riesige Massenfrachter von 50000 BRT mit acht, neun Mann Besatzung statt bisher 18 Mann fahren zu lassen. Rapide steigende Unfall- und Krankheitsraten sind die Folge.

Die Gewerkschaften leisten gegen diese Schinderei und Lohnsenkung erbitterten Widerstand. So konnten sie in Belgien und den Niederlanden durchsetzen, daß *alle* Seeleute auf Schiffen ihrer Flagge, auch die von Konzessionsfirmen angeheuerten, nach dem nationalen Tarifvertrag bezahlt werden. Aber solange der Einsatz der „Billigflaggenschiffe“ nicht verboten ist, bleiben diese Erfolge ständig bedroht. Auf dem Gewerkschaftstag der ÖTV berichtete ein Bremer Delegierter: „Ich habe zum Geschäftsbericht gesprochen und dabei erwähnt, daß 20 Schiffe zur Ausflagung anstehen. Diese Information ist überholt. Ich habe gestern morgen von meinen Kollegen aus dem Betriebsrat die Nachricht bekommen, daß der gesamte Konzern zum Verkauf ansteht. Das bedeutet, tausend Arbeitnehmer und ihre Familien ohne alles.“

Oldendorff muß ITF-Löhne zahlen

Zum zweiten Mal binnen weniger Monate gelang es vorletzter Woche streikenden Seeleuten aus der Dritten Welt, den westdeutschen Reeder Hans Oldendorff aus Lübeck zur Zahlung von ITF-Löhnen zu zwingen. Im April hatten neun streikende Besatzungsmitglieder mit Unterstützung der niederländischen Gewerkschaft FNV den Frachter „Hans Oldendorff“ im Rotterdamer Hafen festgehalten. Die Reederei, die sämtliche Schiffe unter Billigflaggen fahren läßt, hatte den Lohn der Seeleute von 450 \$ im Monat auf 350 \$ kürzen wollen. Nach sechs Tagen Streik mußte der Kapitalist nachgeben: Die Heuer der Mannschaft wurde auf die ITF-Löhne erhöht, die Reederei zahlte 50000 \$ Lohn nach. Anfang vorletzter Woche hielten streikende Seeleute und die niederländischen Gewerkschaften ein zweites Schiff der Oldendorff-Reederei fest: den Tanker „Schleswig-Holstein“. Binnen weniger Tage mußten die Kapitalisten erneut nachgeben, die Löhne auf ITF-Niveau erhöhen und den ausstehenden Lohn nachzahlen.

Brit. Gewerkschaft in ITF-Heuer-Aktion

Mehr als drei Millionen Pfund (etwa 13 Mio. DM) Lohnnachzahlungen für Besatzungen aus der Dritten Welt auf „Billigflaggenschiffen“ erzwang die britische Seeleutengewerkschaft National Union of Seamen in den letzten zwei Jahren von den Reedereikapitalisten. Wenn die betreffenden Schiffe in britischen Häfen lagen, führte die Gewerkschaft Streiks, Blockaden und Ladeboykotts mit Hilfe der Hafenarbeiter durch, bis die Reeder den ITF-Lohn nachzahlten.

Streik in Hamburg erfolgreich

Am Freitag, dem 17. Oktober, traten im Hamburger Hafen 17 Seeleute aus Bangladesh in den Streik. Sie wurden auf der „Bellatrix“ ausgebeutet, einem Containerschiff des Bremer Reeder Horst Zeppenfeld. Das Schiff ist in Singapur registriert. Die Seeleute forderten die Nachzahlung von 167000 \$ Lohn, die ihnen die Reederei durch die Bezahlung

unter ITF-Tarif vorenthalten hatte. Noch am gleichen Abend errichteten Mitglieder der ÖTV Streikposten um das Schiff. Ein Versuch der Reeder, mit Hilfe von Streikbrechern auszulaufen, scheiterte an den Streikposten. Die Kapitalisten mußten 80% der ausstehenden Heuer der Seeleute nachzahlen und die Seeleute auf Reedereikosten nach Bangladesh zurückfliegen lassen.

Billigflaggen „Marke Liberia“

„Die unterzeichnenden ausländischen Seeleute an Bord der ... zur Zeit in Monrovia, Liberia, registriert, erheben hiermit folgende Beschwerden gegen schwere Mißhandlungen und Diskriminierungsmaßnahmen, denen wir unterworfen sind. Dazu gehören: Ungewöhnlich niedrige Heuer nur für die ausländischen Seeleute. Die ausländischen Seeleute bekommen keinerlei medizinische Versorgung. Die Zuschläge für Überstunden werden allein für die ausländischen Seeleute auf einen sehr niedrigen Grundlohn berechnet. Ständig werden gegen uns völlig unübliche Strafgehalte verhängt, und das Alarmierendste daran ist, daß sie unzählige Male innerhalb kurzer Zeit verhängt werden. Der Vertrag, der bei der Einstellung eines ausländischen Seemanns unterzeichnet wird, ist bedeutungslos. Innerhalb eines Monats müssen wir zwei verschiedene Verträge unterzeichnen. Die ausländischen Seeleute sind völlig der Willkür des Kapitäns unterworfen. Unsere Zimmer und Habe werden ständig während unserer Abwesenheit durchsucht. Einige der ausländischen Seeleute stellen am Ende jedes Monats fest, daß ihr gesamter Lohn durch die Geldstrafen des Kapitäns einbehalten wurde, sie arbeiten nur für das Essen, wie die Sklaven. Wir bitten Sie deshalb, in unserem Interesse einzugreifen, Vertreter zu schicken und diesen Fall zu untersuchen“ (Schreiben an die ITF, veröffentlicht Anfang 1979).

Imperialisten weiten Billigflaggen aus

In den letzten zwanzig Jahren trieben die Imperialisten sowohl die absolute Größe wie auch den Anteil der Billigflaggenschiffahrt an der Welthan-



Alle englischen Kanalfähren (unser Bild) lagen still, als die Seeleutegewerkschaft am Montag einen eintägigen Streik auf allen britischen Schiffen in britischen Häfen durchführte. Die Seeleute protestieren gegen die Ausflagung zweier Passagierschiffe durch die Cunard-Reederei. Cunard-Chef Lord Matthews erklärte offen, die beiden Kreuzfahrtschiffe *Cunard Countess* und *Cunard Princess* müßten unter der Flagge der Bahamas fahren, weil dann Niedriglohn-Seeleute aus der 3. Welt angeheuert werden könnten. Cunard entließ die Besatzungen beider Schiffe. Die Gewerkschaften haben inzwischen eine internationale Blockade gegen Cunards 33 Frachter und Tanker und gegen Cunards Flaggschiff QE2 begonnen.

delsflotte explosionsartig in die Höhe. Noch 1954 waren in den damaligen „Billigflaggenländern“ nur Schiffe mit 6,91 Mio. BRT registriert. Am 1.3.1979 dagegen waren Schiffe mit über 105 Mio. BRT, 28,7% der Welthandelsflotte, in „Billigflaggenländern“ gemeldet. Auf der „liberianischen“ Flotte, zum größten Teil in US-Besitz, wurden 1979 83736 Seeleute ausgebeutet. Nur 67 der Seeleute kamen aus den USA. Von den insgesamt 150000 Seeleuten auf diesen Flotten sind nach jahrelangen Kämpfen heute etwa 40000 individuell in der ITF organisiert. Aber nur ein Bruchteil bekommt die von der ITF geforderten Löhne, die etwa für einen Vollmatrosen 1979 621 US-\$ betrugen. Die größten Besitzer von Schiffen unter liberianischer Flagge waren US-Monopole: Chevron (Öl), Esso (Öl), Texaco (Öl), Mobil (Öl), Gulf (Öl), Amoco (Öl), Philips Petroleum (Öl), Tidewater-

Getty (Öl), Atlantic Richfield (Öl), Conoco (Öl), Bethlehem Steel (Stahl), Signal Oil (Öl), Kaiser Steel (Stahl), Reynolds Metals (Aluminium, Metalle), Alcoa (Aluminium und andere Erze), sowie große Nahrungsmittelmonopole.

Beschwerde eines Seemanns aus Pakistan

„Ich bin ein pakistanischer Seemann und besitze die Mitgliedskarte der ITF. Ich arbeite auf der ... als Vollmatrose, aber der Kapitän zahlt mir wie allen anderen Vollmatrosen nur die Heuer eines Decksjungen. Bereits bei meinem Eintreffen auf dem Schiff kürzte der Kapitän meine Heuer, meine Überstundenzuschläge und andere Zulagen. Der Kapitän behauptet ständig, daß Schiffe unter zypriotischer Flagge nichts mit der ITF zu tun hätten. Er zahlt der gesamten Mannschaft mit Ausnahme der Offiziere, was er will“

Wochenarbeitszeiten auf Schiffen unter
westeuropäischer Flagge (1978)

	(1)	(2)	(3)	(4)
1. Offizier	64,4	65,6	66,3	63,7
2. Offizier	59,4	63,6	64,3	63,5
1. Ingenieur	31,2	37,9	29,6	56
2. Ingenieur	59,5	61,1	53,1	53,5
Funkoffizier	53,9	52,1	55,5	o.A.
Chefsteward	56,9	62,8	59,1	o.A.
Chefkoch	58,1	62,8	66,8	62,5
Bootsmann	60,9	45,8	52,2	o.A.
Vollmatrose	61,7	51,8	57,9	52,5

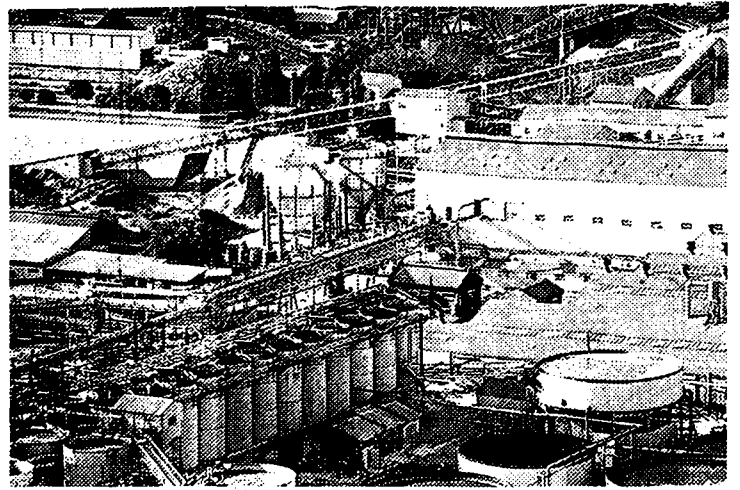
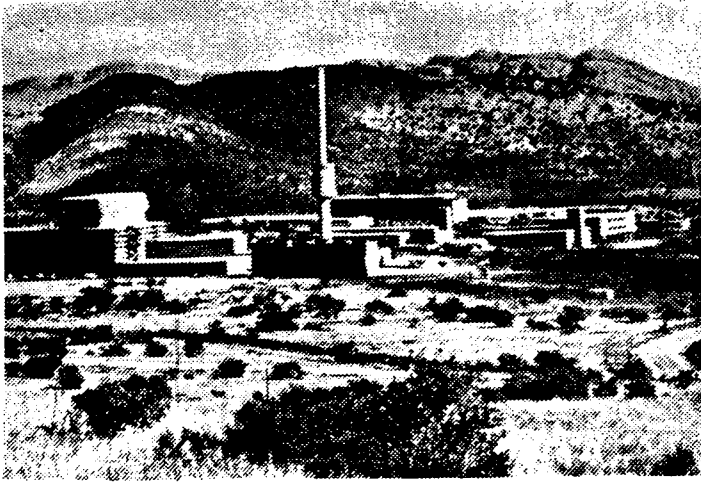
(1): 12000 BRT Trockenfrachter auf Linienfahrt Amsterdam nach Calabar (Nigeria). Fahrzeit 34 Tage.

(2) Tanker mit über 100000 BRT auf Linienfahrt von Ras Al Khafi (Persischer Golf) nach San Sebastian (Spanien). Fahrzeit 42 Tage.

(3) Vollcontainerschiff mit über 20000 BRT auf Linienfahrt Bremerhaven nach Tokio. Fahrzeit 34 Tage.

(4) Trockenfrachter mit 1000 BRT auf Linienfahrt Delfzijl (Niederlande) nach Mantyluoto (Finnland). Fahrzeit 29 Tage.

Alle Angaben sind Durchschnittsangaben, errechnet aus den Daten der Verbände der Reeder in der EG. Quelle: „SEA TRANSPORT. Survey on working hours and wages in October 1978 in Sea Transport in the member states of the European Community“, EG-Kommission, Juni 1980



Kernbrennstoff-Aufbereitungsanlage in Südafrika, von französischen Monopolen gebaut. – Der Bergwerkskonzern Anglo-American zahlt Bergarbeitern 100 Rand, weniger als 250 DM, im Monat.

Südafrika

Polizeiknäppel und Reformversprechen gegen erstarkende Arbeiterbewegung

Das südafrikanische Kolonialregime plant ein neues Gewerkschaftsgesetz, mit dem es die unregistrierten schwarzen Gewerkschaften vernichten bzw. unter die Aufsicht der Regierung treiben will. Das versprach Arbeitsminister Fanie Botha vor Kapitalistenvertretern in East London (Südafrika) am 9. Oktober. Spätestens im März werde das Gesetz verabschiedet, bis dahin sollten die Kapitalisten aushalten und nicht mit den unregistrierten Gewerkschaften verhandeln. Registrierung bedeutet für eine azanische Gewerkschaft, daß die Behörden ihre Finanzen, Mitgliederlisten und Rekrutierungsfelder kontrollieren. In East London haben zwei unregistrierte azanische Gewerkschaften erfolgreich ein Netz von Gewerkschaftsgruppen aufgebaut und mehrere Streiks um den Lohn und gegen die Entlassung aktiver Gewerkschafter organisiert. Deshalb war Botha da. Die Regierung ließ eine Anzahl von Gewerkschaftsführern bereits verhaften und will sie wegen Abhaltung „aufrührerischer Versammlungen“ vor Gericht stellen.

Mit Verhaftungen, Polizeiüberfällen und Zwangsumsiedlung von streikenden Arbeitern in die Reservate versuchen die Imperialisten und ihr Regime mit der großen Streikbewegung fertigzuwerden, die zum Kern der Massenkämpfe gegen die Kolonialherrschaft geworden ist. Bis September allein gab es mehr Streiks als in jedem Jahr seit 1973. Die Streiks bei VW, Goodyear, SKF und Borg-Warner im Juni und bei der Stadtverwaltung Johannesburg im August waren bisherige Höhepunkte einer viel breiteren Bewegung, die die Arbeiter mit zäher Entschlossenheit bis

hinunter zu den kleinsten Betrieben führen.

In den letzten Jahren ist dem imperialistischen Kapital eine weitere Senkung der Elendslöhne für azanische Arbeiter gelungen. Z.B. rechnete die Handelskammer Johannesburg (eine Organisation des Kapitals also) aus, daß das Minimum-Familien-Einkommen 500 DM im Monat betragen muß. Von den 10000 Gemeindearbeitern, die im August für höheren Lohn streikten und von denen 1500 deswegen entlassen und deportiert wurden, verdienen viele weniger als 300 DM im Monat. Die Bergwerksmonopole zahlen nach der letzten Lohnerhöhung 100 Rand pro Monat, weniger als 250 DM, plus Unterbringung in einer Baracke und Essen.

Das Siedlerregime hat die Mieten für die Billigsthäuser in Soweto und anderen Siedlungen innerhalb eines Jahres um 75% erhöht. Ebenso rapide wurden die Busfahrpreise angehoben. Und Preise für Mais und andere Grundnahrungsmittel steigen wesentlich schneller als der „weiße“ Inflationsindex, den die Kapitalisten bei vielen Verhandlungen als Grundlage verwenden.

Lohnerhöhungen wie die 20%, die die VW-Arbeiter mit ihrem Streik durchsetzten, bedeuten also nicht, daß es der Arbeiterbewegung gelungen ist, die weitere Verelendung auch nur aufzuhalten.

Trotzdem sind die Imperialisten tief beunruhigt über die Entwicklung der letzten Monate. Denn die azanischen Gewerkschaften haben ihren Aufbau entscheidend voranbringen können. Unregistrierte Gewerkschaften erzwingen mit Warnstreiks und anderen Kampfmethoden die Anerkennung als

Vertretung der Belegschaft von immer mehr Kapitalisten und damit auch Tarifverträge. Die von den „weißen“ Siedlergewerkschaften ins Leben gerufenen und kontrollierten „parallelen“ Gewerkschaften verlieren Mitglieder. Stahl- und Metallarbeiter verlassen in großer Anzahl die „parallele“ Gewerkschaft und treten unabhängigen Organisationen bei. 500 Busarbeiter in Port Elizabeth griffen auf einer Versammlung Anfang Oktober die von den Kapitalisten geförderten beiden gelben Gewerkschaften an und erklärten ihre Mitgliedschaft in der unabhängigen Transport and Allied Workers' Union.

Erstmals mußten Ford, General Motors und VW den Gewerkschaften vertraglich hauptamtliche Vertrauensleute zugestehen. Bei Ford haben die Gewerkschaften auf 250 Mitglieder einen teilweise freigestellten und auf 750 Mitglieder einen voll freigestellten Vertrauensmann.

Ein einheitlicher Verband der azanischen Gewerkschaften besteht nicht. Zwar gibt es seit April 1979 die Zentralorganisation FOSATU (Vereinigung südafrikanischer Gewerkschaften), die etwa 20000 zahlende und 50000 eingeschriebene Mitglieder in ihren Teilgewerkschaften hat. Aber verschiedene Gewerkschaften kritisieren FOSATU, weil weiße „Liberale“ in ihr einen zu großen Einfluß hätten. Deshalb gründeten neun azanische Gewerkschaften am 14. September den Council of Unions of South Africa (CUSA), den Südafrikanischen Gewerkschaftsrat. CUSA will sicherstellen, daß die Führung der Gewerkschaftsbewegung in den Händen azanischer Arbeiter liegt, erklärte sein Vor-

sitzender nach der Gründung. CUSA's Mitgliedsgewerkschaften umfassen bislang 30000 Arbeiter.

Mit den Gewerkschaftsgesetzen von 1979 verfolgten die Imperialisten das Ziel, eine kleine Schicht von etwas besser bezahlten, permanent beschäftigten Arbeitern von der Masse der Wanderarbeiter, die in Wirklichkeit landlose Bauern sind, abzuspalten. Das ist nicht gelungen, im Gegenteil. Jetzt ist die imperialistische Pressemeute bemüht, vordergründige Enthüllungen über die Apartheid-Politik mit aufgeputzten Versprechungen über eine „grundlegende Reform“ des Systems zu verbreiten. Gerade die westdeutschen Imperialisten stellen sich als Gegner der Apartheid hin.

VW Südafrika hatte in der ersten Hälfte des Jahres mit 21% den höchsten Marktanteil am PKW-Markt und plant weitere Expansion. Hoechst baut ein neues Zulieferwerk für die Kohle-Benzin-Anlage SASOL III, an deren Bau der westdeutsche Lurgi-Konzern beteiligt ist. Siemens sucht wegen „überdurchschnittlicher Entwicklung der Siemens-Aktivitäten in Südafrika“ in der „Bild-Zeitung“ Facharbeiter für Südafrika. Seit 1978 sind die BRD-Imperialisten Hauptlieferanten für den südafrikanischen Markt, bis dahin hatten die USA diese Position inne. Westdeutsche Firmen lieferten 1979 Waren für 1,31 Mrd. Rand (etwa 3 Mrd. DM) nach Südafrika und importierten Rohstoffe für 1,3 Mrd. DM. Und die westdeutschen Kapitalanlagen wachsen, auch wenn sie noch hinter denen Großbritanniens und der USA zurückliegen.

Man darf sich also nicht für dumm verkaufen lassen, wenn Botha in den nächsten Monaten eine „große Reform“ ankündigt und die Bundesregierung vorsichtig Beifall spendet. Dahinter steckt der Versuch, die Kolonialpo-



Schülerdemonstration während des Schulboykotts

litik im südlichen Afrika gegenüber der eigenen Arbeiterklasse als fortschrittlich hinzustellen und damit Luft zu bekommen, den wirtschaftlichen und politischen Einfluß weiter auszubauen.

Kanada

Kanada betreibt Heimholung der Verfassung

Kanada ist kein souveränes Land. Die Verfassungsgewalt liegt noch immer bei der britischen Krone. Das kanadische Verfassungsdokument ist das „Britische Nordamerika-Gesetz“ von 1867. Darin wurde festgelegt, daß das kanadische Staatsoberhaupt die britische Königin ist, die auch die ausführende Regierungsgewalt und das Oberkommando über die Streitkräfte innehatte. 1931 beschloß das britische Parlament die Übertragung einiger souveräner Rechte an Kanada, nicht aber das der Verfassungshoheit. Die Vereidigung des Premierministers Trudeau im März dieses Jahres geschah durch den Vertreter der britischen Krone, den Generalgouverneur Edward Schreyer.

Die Regierung Trudeau betreibt die „Heimholung“ (Patriation) der Verfassung. Zwei Probleme der kanadischen Bourgeoisie hofft sie damit zu lösen. Erstens Beseitigung der Restbestände von Land- und Entschädigungsrechten der Indianer und Inuit, der eigentlichen Herren Kanadas. Die britische Kolonialmacht hatte teilweise mit ihnen Verträge abschließen müssen.

Zum zweiten zielt die kanadische Regierung auf Stärkung der Zentralgewalt auf Kosten der Provinzen. In dem britischen Nordamerika-Gesetz von 1867 wurde den Provinzen die Hoheit über „Land, Bergwerke, Bodenschätze und Abgaben“ zugesprochen. In British Columbia, der westlichsten Provinz, werden Kohle und Erdgas, in Alberta Öl gefördert.

Es sind in erster Linie die US-Monopole, denen die Bodenschätze und Fabriken gehören und die den Vorteil von den noch heute in Kanada bestehenden vergleichsweise niedrigen Energiepreisen haben. Ihr Interesse geht auf eine weiterhin schwache Zentralregierung zwecks direkten Einwirkens der Konzernzentralen auf die Provinzpremiers. Die Regierung Trudeau hat die Absicht bekanntgemacht, bis 1990 einen Anteil von 50% an der Öl- und Erdgasproduktion in kanadischen Besitz zu bringen. Derzeit sind knapp 75% der Öl- und Erdgasproduktion in US-Besitz. Dieses Ziel soll durch Aufkauf einer oder mehrerer US-Gesellschaften in Kanada und durch Förderung des kanadischen Kapitals geschehen. Zwang will die Regierung nicht anwenden. Der kanadische Energieminister Lalonde stellte immerhin fest, daß der in Kanada bestehende Prozentsatz von Auslandseigentum „von den meisten Ölförderländern nicht hingenommen

würde.“ Die Börse von Toronto, dem kanadischen Finanzzentrum, notierte einen lebhaften Rückzug aus Aktien im Energiesektor. Die Ölmonopole erklärten kühl, ihr Besitz stünde nicht zum Verkauf. Die Widersprüche sind durchaus schroff; was von der derzeit markigen Haltung der Regierung Trudeau gegenüber den US-Imperialisten bleiben wird, wird man sehen. 1969 unterschrieb Premierminister Trudeau gemeinsam mit dem damaligen US-Präsidenten Nixon ein Kommuniqué, in dem es heißt: „Probleme zwischen uns können auf eine Weise beigelegt werden, die den Interessen wie auch den Eigenarten beider Länder gerecht werden.“

Die Absicht des Siedlerführers Trudeau ist es, durch geräuschvolles Auftreten gegenüber dem US-Imperialismus den Kampf der Indianer und Inuit um Rechte als borniert und rückständig darzustellen. Die Bewegung für Autonomie von Quebec hofft Trudeau durch Versprechen von Rechten auf Unterricht in Französisch auf die Seite der Zentralregierung zu ziehen. Am 9. Dezember soll Abstimmung im Parlament sein.

US-Textilarbeiter

Erster Tarifvertrag gegen J.P. Stevens

„Die Gesellschaft wird auch weiterhin offen und entschieden der Arbeit von Gewerkschaften in ihren nicht gewerkschaftlich organisierten Werken Widerstand leisten.“ Mit dieser Drohung begleitete am 19. Oktober der Vorstandsvorsitzende von J.P. Stevens, dem zweitgrößten US-Textilmonopol, die Unterzeichnung des ersten Tarif-



vertrags in der Geschichte des Konzerns mit der Textilarbeitergewerkschaft ACTWU.

Der größte Teil der etwa 40000 Lohnabhängigen von Stevens sind

Schwarze. Die Kapitalisten beuten sie in 80 Werken aus, die meisten davon in den Südstaaten Süd- und Nord-Karolina. Die Arbeiter bekommen 4 bis 5 \$ brutto pro Stunde, das sind zwischen 8 und 10 DM. Nach sechs Tagen Arbeit in der Woche bringt ein Arbeiter bei Stevens so nur 170 \$ netto nach Hause. Das Ergebnis: ein großer Teil der Frauen und Kinder der Textilarbeiter muß ebenfalls in den Werken für die Kapitalisten arbeiten, um den Unterhalt der Familie wenigstens einigermaßen zu sichern.

Die meisten Arbeiter bei Stevens – wie auch bei den anderen Textilmonopolen – werden auch heute noch an stark veralteten Anlagen ohne jede Sicherheits- und Gesundheitsvorrichtungen ausgebeutet. Die Folge: von den insgesamt etwa 400 000 Textilarbeitern in Nord- und Süd-Karolina sind 18 000 wegen Zerstörung ihrer Lungen durch Baumwollstaub arbeitsunfähig, siechen dahin und sterben meist wenige Jahre nach dem offenen Ausbruch ihrer Krankheit. Zehntausenden weiteren Textilarbeitern droht das gleiche Schicksal, weil die Kapitalisten sich selbst an die unzureichenden gesetzlichen Obergrenzen für Baumwollstaub in den Werken nicht halten.

Mit brutaler Verfolgung und Unterdrückung jeder gewerkschaftlichen Organisation der Textilarbeiter konnten die Kapitalisten in der Vergangenheit diesen Ausbeutungsstandard verteidigen. Nur 18% der 850 000 US-Textilarbeiter sind gewerkschaftlich organisiert.

Die Stevens-Arbeiter selbst hatten jahrelange erbitterte Kämpfe führen müssen, bevor sie jetzt diesen ersten Tarifvertrag durchsetzen konnten. Bereits 1963 hatte die Textilarbeitergewerkschaft ACTWU die Organisation der Arbeiter bei Stevens und die Durchsetzung von Tarifverträgen gegen diesen Kapitalisten zu einem ihrer wichtigsten Ziele erklärt. 1974 gelang dann den 3000 Arbeitern im Werk Roanoke Rapids in Nord-Karolina zum ersten Mal, die Kapitalisten zur Anerkennung ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu zwingen. Aber immer noch weigerten sich die Kapitalisten, einen Tarifvertrag abzuschließen, verfolgten sie in den anderen Werken jeden Versuch zum Aufbau von Gewerkschaften mit sofortigen Entlassungen und systematischer Bespitzelung der Belegschaften durch eigens angeheuerte Detektivbüros.

In erbitterten Kämpfen konnten die Arbeiter trotzdem in den folgenden Jahren in neun weiteren Werken ihre Gewerkschaft aufbauen. Nachdem sich außerdem seit 1976 immer mehr Gewerkschaften im Gewerkschaftsbund AFL/CIO einem Kaufboykott gegen Stevens-Produkte anschlossen

und die Kämpfe der Stevens-Arbeiter öffentlich unterstützten, mußten die Kapitalisten schließlich nachgeben.

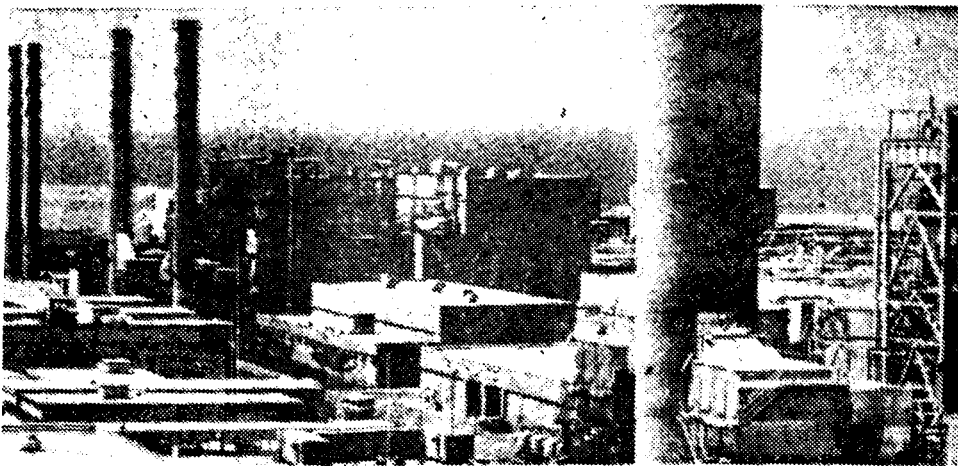
Auch der jetzige Tarifvertrag bedeutet für die Arbeiter bei Stevens erst einen Teilerfolg. So mußten die Kapitalisten zwar jedem der 3000 Arbeiter bei Roanoke Rapids, denen sie seit 1978 jede Lohnerhöhung verweigert hatten, 1000 \$ Lohn nachzahlen. Aber der Tarif gilt nur für 3600 Arbeiter in zehn Werken, die übrigen Arbeiter in 70 Werken werden weiterhin ohne tarifvertragliche Schranke ausgebeutet, und die Gewerkschaft verzichtete sogar

für eineinhalb Jahre auf die Organisation dieser Arbeiter. Und auch der Lohn der 3600 Arbeiter wird durch den Tarifvertrag nur um 19,3% auf 5,10 \$ pro Stunde erhöht.

Um die Kampfkraft der Textil- und Bekleidungsarbeiter zu stärken, kündigte die Gewerkschaft ACTWU deshalb noch am Tag des Abschlusses an, sie werde mit der 350 000 Mitglieder starken Gewerkschaft der Arbeiter in der Frauenbekleidungsindustrie Verhandlungen über einen Zusammenschluß beider Gewerkschaften einleiten.

Saudi-Arabien

Fünfjahresplan: Industrialisierung, Landwirtschaft weiter rückständig



Meerwasserentsalzungsanlage in Jeddah.

Mit dem islamischen Neujahrsfest tritt in diesen Tagen der 3. saudiarabische Fünfjahresplan in Kraft. Vor einem Jahr hatten islamische Aufständische die Große Moschee in Mekka besetzt und sich dort zwei Wochen lang halten können, bis der Aufstand blutig niedergeschlagen wurde. Der Großteil der Aufständischen gehörte den teils nomadischen, teils kleinbäuerlichen Ackerbau betreibenden Stämmen im Grenzgebiet zu Nordjemen an. Wenig später kam es in der am Golf gelegenen Erdölprovinz zu Streiks und Massendemonstrationen der Ölarbeiter, die u.a. eine Einschränkung der Ölförderung und politische Freiheiten forderten. Auch hier konnte die Regierung erst durch Einsatz der Nationalgarde „die Ruhe“ wiederherstellen. Die beiden Ereignisse hatten das saudische Feudalregime bis in die Grundfesten erschüttert, wenn auch über die – teilweise religiös verkleideten – Forderungen der Massenbewegung nur wenig bekanntgeworden ist.

Die einzige Reaktion darauf, die sich aus den Plandaten ersehen läßt, ist eine Steigerung der Militärausgaben auf mehr als das Doppelte, während der

Planumfang für zivile Projekte (783 Mrd. Rial, 438 Mrd. DM) um 56% über den Ansätzen für das letzte Planjahr fünf liegt. Schwerpunkt des Plans ist die Entwicklung der Industrie, um die bislang vollständige Abhängigkeit vom Erdöllexport (93% der Exporte entfallen auf Rohöl, praktisch der gesamte Rest auf Raffinerieprodukte) zu mildern. Für Schulen und Universitäten sind gut 100 Mrd. Rial vorgesehen. In die Landwirtschaft, von der nach wie vor über die Hälfte der Bevölkerung lebt, werden direkt nur 7,9 Mrd. Rial fließen. Hinzu kommen allerdings 13,4 Mrd. Rial für den Ausbau der Wasserversorgung und 68 Mrd. Rial für Regionalentwicklung. Auch von diesen Ausgaben soll aber der Hauptteil kapitalistisch betriebenen „Agroindustrien“ zugutekommen. Unter diesen Umständen bleibt die Masse der Bevölkerung, die im traditionellen Stammesverband Landwirtschaft und Viehzucht betreibt, von den Früchten der Ölrente weiterhin ausgeschlossen.

Bis ins erste Drittel dieses Jahrhunderts zerfiel das heutige Saudi-Arabien in eine Reihe von Stammesfürstentümern, die in endlosen Fehden um die

besten Weideplätze standen. Innerhalb der Nomadenstämme war die Klassenspaltung gering entwickelt, auch die Ackerbauern arbeiteten größtenteils auf kleinen, aber immerhin eigenen Flecken Land. Daneben gab es freilich bis zur Aufhebung der Sklaverei 1962 rund eine halbe Million Sklaven. In den – dank des Pilgerstroms zu den heiligen Stätten des Islam – verhältnismäßig großen Städten (v.a. Mekka und Dschidda) herrschten einige wenige besitzende Familien.

Schließlich gelang es der jetzt regierenden Dynastie, mit Unterstützung der britischen Kolonialisten den größten Teil der Halbinsel unter ihrem Regime zu einigen. Kurz nachdem der frischgebackene König Ibn Saud dem Land 1932 einen, seinen Namen gegebenen hatte, fanden US-Monopole Erdöl. Die von verschiedenen US-Ölkonzernen gebildete Ölgesellschaft Aramco beherrschte fortan praktisch das Land. Der größte Teil der Lohnarbeiter für die Ölfelder wurde im Ausland, anfangs vor allem in den Nachbarländern Jemen und Iran, später aus der ganzen arabischen Welt und Süd- und Ostasien rekrutiert. Von 2 Mio. (lohnabhängig) Beschäftigten sind heute nach offiziellen Angaben 900 000, nach anderen Schätzungen sogar 1,5 Mio. Ausländer. Im übrigen bestehen die traditionellen Produktionsverhältnisse im größten Teil des Landes unverändert weiter, was die Allianz der Saudi-Familie mit den US-Monopolen erleichtert hat. Wegen der rückständigen Produktionsmethoden im Ackerbau liegen von der kultivierbaren Fläche 87% brach. Rund drei Viertel der benötigten Lebensmittel müssen importiert werden.

Die durch den Zusammenschluß der ölproduzierenden Länder in der OPEC durchgesetzten Ölpreiserhöhungen konnte die Regierung schließlich nutzen, um die amerikanischen Anteilseigner an der Aramco nach und nach auszuverkaufen. Nach wie vor sind aber die US-Monopole über „joint ventures“ an Raffinerien und Petrochemie beteiligt. Zwischen 40 und 70 Mrd. Dollar saudischer Öleinnahmen sind in den USA angelegt und stehen der US-Finanzbourgeoisie als Kapitalreserve zur Verfügung.

Die Einnahmen aus dem Öllexport sind bislang von der königlichen Familie, die mit ihren 2000 Prinzen den Staatsapparat und den modernen Sektor der Wirtschaft kontrolliert, monopolisiert worden. Die kleine und mittlere Bourgeoisie, die sich im Zuge des „Ölbooms“ der letzten Jahre entwickelt hat, hat keinerlei Anteil an der politischen Macht. Das einheimische und erst recht das zugewanderte Proletariat ist vollständig rechtlos. Allerdings hat das Regime in gewissem Maß

auf die nationalen Bestrebungen unter den Massen reagieren müssen, vor allem, indem es seinen Anspruch als „Schutzherr“ der heiligen Stätten nicht mehr nur gegenüber der arabischen Revolution, sondern auch gegenüber dem Imperialismus und Zionismus zur Geltung bringt. Einige der jetzigen Planvorhaben in Richtung auf eine – kapitalistische – Industrialisierung können zur Stärkung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit beitragen. Aber daß dabei der feudal-absolutistische Charakter des Regimes gegenüber den Arbeiter- und Bauernmassen unbedingt behauptet werden soll, schafft zahlreiche Ansatzpunkte für imperialistische Einmischung.

Philippinen US-Banken besorgt um Marcos-Regime

Mit der Drohung, das schon 8 Jahre bestehende Kriegerrecht noch zu verschärfen, hat das Marcos-Regime auf Studentendemonstrationen und eine Serie von Anschlägen auf US-Basen und Luxushotels in den letzten Wochen geantwortet. Gleichzeitig hat es zugegeben, daß die New People's Army (NPA) der KP der Philippinen ihre Stärke verdoppelt hat und inzwischen in 70% des Landes operiert. Unter dem Kompradorenregime hat sich die Wirtschaftslage der von den USA kontrollierten Philippinen ständig verschlechtert. Die Auslandsverschuldung, 1972 885 Mio. \$, betrug 1978 4,07 Mrd. \$. 1980 mußte das Land beim IWF erneut 695 Mio. \$ leihen. Durch den Fall der Weltmarktpreise für Rohstoffe erlöst den Philippinen 1979 nur noch 230 Mio. \$ aus dem Zuckerexport gegenüber 737 Mio. \$ 1974. Die US-Agrarmonopole haben ganze Inseln wie Mindanao in Plantagen für Ananas, Bananen etc. verwandelt und die Bauern vertrieben. Auf über 1 Mrd. \$ belaufen sich die US-Direktinvestitionen, über 50% aller Auslandsinvestitionen. 81 US-Cents pro Tag verdienen die 400 000 Arbeiter auf den Zuckerrohrplantagen, dafür konnten sie vor wenigen Jahren noch 20 Pfund Reis kaufen, heute nur noch fünf. Der offizielle Mindestlohn liegt bei 1,36 \$. Die New Yorker Börsenmakler geben dem Marcos-Regime keine fünf Jahre mehr, wie das Wall Street Journal schreibt. Sie fürchten eine Einheitsfront aus Gewerkschaften, kirchlichen Oppositionsgruppen, Studentenverbänden und der NPA. Fraglich, ob ihr Versuch, mit dem jetzt in den USA aufgebauten Marcos-Gegner Aquino eine bürgerliche Opposition gegen das Kriegerrechtsregime zu schaffen, noch Aussicht auf Erfolg hat.

Afghanistan Sowjetische Operationen wenig erfolgreich

In den letzten Wochen haben die sowjetischen Besatzungstruppen mit Unterstützung der dezimierten afghanischen Armee Säuberungsoperationen gegen die afghanischen Rebellen in der Pakistan benachbarten Provinz Paktia durchgeführt. Dabei griffen sie auch ein afghanisches Flüchtlingslager auf pakistanischem Territorium mit Hubschraubern an. Durch die Provinz Paktia laufen wichtige Nachschubrouten für den afghanischen Widerstandskampf. Außerdem sind über Paktia die meisten der rund eine Million Flüchtlinge nach Pakistan geflohen. Die sowjetischen Operationen sind offenbar nicht sehr erfolgreich: Die afghanischen Befreiungsorganisationen meldeten, daß sie bei einem Angriff auf einen Konvoi mehrere hundert sowjetische und afghanische Soldaten getötet haben. Auch der Versuch des Karmal-Regimes, einen der Bergstämme in der Provinz zu ködern, schlug fehl; ein mit dieser Mission entsandter früherer Minister kehrte nicht mehr lebend nach Kabul zurück.

In den von den sowjetischen Besatzern kontrollierten Städten wächst der Widerstand gegen die Zwangsrekrutierungen. Fast täglich finden in Wohn-



Sowjetischer Truppentransporter auf dem Flughafen von Kabul

vierteln und in den Schulen und Hochschulen Razzien statt, um neue Soldaten in die durch Desertionen stark geschwächte afghanische Armee zu pressen. In Kabul haben Studenten Flugblätter verteilt, auf denen sie gegen die Zwangsrekrutierungen protestieren, zur Desertion aus der Armee aufrufen und die Freilassung der verhafteten Studenten wie aller politischen Gefangenen fordern.



Filmkritik

„Theo gegen den Rest der Welt“ — am Ende wieder Lohnarbeiter

Peter F. Bringmann schildert in seinem Film „Theo gegen den Rest der Welt“ einen Menschen, der sich wie so viele durchs Leben boxen muß, dem nicht alles gelingt, sondern eher das Gegenteil. Dem Lohnabhängigendasein ist Theo zusammen mit seinem Kompagnon Enno entflohen, und sie haben die Transportfirma Glomberg&Goldini aufgemacht. Theo war Fernfahrer, und Enno hat sich 11 Jahre unter Tage im Ruhrpott abgerackert. Ihr Produktionsmittel ist ein 38-Tonnen-Turbo-Diesel-Volvo mit 330 PS. Ihr Prachtstück hat nur einen Schönheitsfehler, es ist nicht bezahlt, und der nächste Wechsel über 10000 DM ist fällig. Dieser Umstand führt dazu, daß ein Geld-eintreiber von Univers-Kredit sich an

Auffassung von Schlaf ist nicht nachahmenswert („ich schlafe nur am Ende des Monats“), weil hundertprozentig mit einem Unfall verbunden. Der passiert dann auch. Bei einer Feier nimmt Theo die anwesende bessere Gesellschaft beim Kartenspiel aus, und Enno macht sich über die Bullen abfällig be-



merkbar, was zum abrupten Gesprächsende mit einem Polizei-Chef führt. Theos Individualismus soll in diesem Film als Lebensphilosophie schmackhaft gemacht werden. Am Ende bleibt der LKW unauffindbar, und das weitere Schicksal der drei bleibt dem Zuschauer überlassen. Für Theo und Enno zumindest ist es die Lohnabhängigkeit.



ihre Fersen heftet und nicht abgeschüttelt werden kann, trotz der Finten, die Theo auf Lager hat. Als das Lastauto gestohlen wird, beginnt die aufregende Jagd durch Frankreich und Italien nach den Autodieben. Das Trio besteht im Film aus Theo, Enno und Ines, einer Schweizer Medizinstudentin, die sich auf der Fahrt in die Semesterferien befindet. Theo leiht sich ihr Auto auf merkwürdige Weise aus, läßt erkennen, daß er von Studenten nicht viel hält, und hat nur noch ein Ziel vor Augen: den LKW. Seine Fahrkünste sind gefährlich und, weil trotzdem nichts passiert, zum Lachen. Seine



Krimi

Der Gegen-Kommissar, ein fades Klischee

Er zitiert schon mal Hofmannsthal beim Skar, der Oberkommissar von der Mordkommission in Hansjörg Martins „Spiel ohne drei“. Ansonsten ist der Ich-Erzähler im 17. Krimi des Autors so, wie der sich einen unzufriedenen SPD-Wähler vorstellt: Er ist gegen die Bildzeitung und das Heile-Welt-Bild in den Fernsehnachrichten, gegen Bauspekulanten und Polizisten, die auf Demonstranten knüppeln, gegen Klischee-Indianer im Western und Obrigkeitsdenken. Gegen kurze oder lange Haare? Vorsicht! „Haarschnitt und Barttracht sind noch keine Gewähr für Menschlichkeit. Stalin hatte ja auch einen Schnauzer.“ Zwei Fälle muß der Kommissar im Roman lösen. Erstens, wer will seine Skatrunde ins Jenseits befördern? Das löst er nächstens unter Mißachtung der Dienstvorschrift und nimmt dazu „die blauschimmernde Mauser, die mir lieber ist als die klobige Dienstwaffe, einen Schlagring — gleichfalls nicht Eigentum der Polizei —“ mit. Die Lösung des zweiten Falls, Mann schlägt Ehefrau tot und täuscht einen Einbruch vor, macht den Kommissar nicht froh: „Er war wohl auch nur einer der armen Hunde, die aus Krisen keinen anderen Ausweg wissen als Gewalt, ... weil sie nichts anderes gelernt haben, weder in der Schule noch in den anderen Zwangsjacken unserer glorreichen Gesellschaftsordnung“. Warum bloß stellt der Kommissar keinen Antrag auf Versetzung ins Dezernat Wirtschaftskriminalität?

Hansjörg Martin: Spiel ohne drei, rororo thriller Nr. 2428, 3,80 DM.

Science Fiction-Romantik Wohin gehen wir? Jedenfalls mit dem CIA.

Sympathie und Mitleid des Verfassers gehören den Rauschgiftopfern, unbeholfen, jung und meist arm, die er in die Fänge eines Konzerns geraten läßt, der Substanz T von solchen von ihm zugrundegerichteten Menschen produzieren läßt. Sie sind so sonst nichts mehr imstande, verlieren sich selbst und werden noch bei dem Versuch, ihrem Leben selber ein Ende zu setzen, betrogen. Um ihren Weg zu schildern, greift der Autor zurück auf unterschiedliche Darstellungen von Seelenspaltung, Nacht, Tod und romantischen Versuchen, sich selbst zu erkennen, die er in der deutschen Literatur zwischen Goethe und Kafka auftreibt.

Der Held des Buches, ein geheimer Rauschgiftagent, endet tragisch. Er, der sich immer nach Natur, Liebe und Erkenntnis gesehnt hat, findet Natur und blaue Blume erst auf dem Acker des Substanz-T-Konzerns, wo das Rauschgiftkraut, das sein Gehirn zerstört hat, gezüchtet wird. Er kann nicht mehr erfassen, daß seine Angst wahrgeworden ist, daß „wir am Ende unwissend sterben und selbst ... jenes winzige Fragment der Wahrheit noch falsch ausgelegt haben“. Derselbe Geheimdienst, der dieses Opfer eingeplant hat, wird zur einzigen Macht, die alles zum Guten wenden kann, wenn man sie unterstützt. Dieser Antrag auf Versöhnung mit dem Staat ist der Grund, warum die Geschichte kaum in der Zukunft spielt.

Philip K. Dick, *Der dunkle Schirm*. Bastei-Lübbe-Taschenbuch 22018, 5,80 DM.

Udo Lindenberg „Hinter all den Postern“ ...

Seine Rockmusik hebt sich vom in- und ausländischen Durchschnitt ein gutes Stück ab, er greift Themen auf, die die Jugend bewegen, schürt durchaus auch Widersprüche, anstatt sie zu verkleistern, egal allerdings welche. Er kommt damit an. „Hinter all den Postern“ entblättert sich ein älterer Twen, Jahrgang 1946, der „so'ne Power, die ich als Teenie auch hatte“, konserviert. Wie, sagt er auch. „Ich kann manchmal über ganz junge unbeschädigte Mädchen zu so'ner Action-Fähigkeit zurückkommen.“ Überhaupt ist er Jugendverführer. Auf Jesus Christus hat er, als heftiger Kirchengegner, schon als Konfirmand große Stücke gehalten, doch betrübt(e) ihn, daß die Menschen „die message entweder gar nicht oder nur sehr luschig praktizieren“. Da es ihm an Sendungsbewußtsein nicht fehlte, beschloß er, Star zu werden. Anfangs wollte es nicht so recht klappen, er tingelte mehr oder weniger erfolglos als Trommler durch die Lande, verspürte aber keine Lust, „lebenslänglich in weißen Hosen Tango (zu) trommeln“, bis er dann „den richtigen Dreh“ fand, seine „Berufslegitimation“, sprich Marktlücke. „Wenn Probleme da sind, sollte man in netter Form darauf eingehen, sie erkennen und sie bewältigen. Dann kann man besser leben.“ Udo Lindenberg auf jeden Fall. Doch sicher ist, daß sein Landsmann, der die Parole „Seid nett zueinander“ ausgab, noch besser lebt, besser schreibt – wenngleich bestimmt nicht besser singt.

Udo Lindenberg, *Hinter all den Postern*. Rowohlt Taschenbuch, DM 4,80.

Reformation

Ein überflüssiger Krach – „Ökumenisches Gespräch“ kann steigen

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat mit der katholischen Bischofskonferenz einen Strauß ausgefochten. Die Bischöfe hatten zur Vorbereitung des Papstbesuchs 40 000 Stück einer Broschüre an die Pfarreien ausgeliefert, in der ein Pater Remigius Bäume gegen Luther wettort. In unnachahmlicher Mönchsmanier schlägt der wackere Pater in einem einzigen Satz den kühnen Bogen aus Luthers Ehebett zu den von aufständischen Bauern in Brand gesteckten Klöstern. Luthers Heirat mit einer ehemaligen Nonne sei eine „sakrilegische Hochzeit“ gewesen, die „durch Unzucht und Gelübdebruch befleckt und durch das Blut so viel tausend Ermordeter besudelt worden“ sei.

Der Vizepräsident der EKD-Kirchenkanzlei in Hannover, Loewe, findet das eine „Entgleisung“. Schließlich hat der Reformator den Fürsten „wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern“ geraten: „Drum soll sie zerschmeißen, würgen und stechen, heimlich oder öffentlich, wer da kann, und gedenken, daß nichts Giftigeres, Schädlicheres, Teuflischeres sein kann denn ein aufrührerischer Mensch, gleich als wie man einen tollen Hund totschiessen muß.“ Bei gleicher Gelegenheit hatte der Gottesmann einen echt reformierten Weg in den Himmel anzubieten: „Solche wunderlichen Zeiten sind jetzt, daß ein Fürst den Himmel mit Blutvergießen verdienen kann, besser denn andere mit Betten.“

Im Mittelalter, in dem die Kirche alle geistige Betätigung unter ihr Monopol gebracht hatte, konnte keine politische und soziale Bewegung anders als religiös ihren ideologischen Ausdruck finden. Die katholische Kirche stellte die ideologische Zusammenfassung der alten Feudalgesellschaft dar. Luthers Proklamationen gegen die römische Kirche seit 1517 wurden daher für einen Moment gemeinsamer Bezugspunkt aller Opposition gegen die bestehenden Verhältnisse: der Bauern, die den Zehnten und die Klöster vom Leib haben wollten; der Stadtbürger, denen die Kirche zu teuer war; selbst eines Teils der Fürsten, die ihre Macht gegenüber der kaiserlichen Zentralgewalt ausbauen und bei dieser Gelegenheit den kirchlichen Grundbesitz an sich bringen wollten.

Die reformatorische Bewegung mußte sich spalten, sobald die Bauernmassen und mit ihnen ein Teil der armen

Städter mit dem revolutionären Versuch begannen, ihr Himmelreich auf Erden aufzurichten. Die städtische Bourgeoisie – und ihr religiöser Repräsentant Luther – schlugen sich auf die Seite der Fürsten, da ihre ganze ökonomische Existenz noch auf der feudalen Bauernbedrückung beruhte, statt ihre Beseitigung zu erfordern. Von den Städten isoliert konnten die Bauernheere 1525 nacheinander geschlagen werden.

Damit war die Zeit reif für eine Wiederannäherung der derart blutig gemäßigten Reformation an die katholische Kirche. In der Augsburger Konfession von 1530 steckten die protestantischen Fürsten und Reichsstädte auch in den eigentlich theologischen Streitfragen weit zurück. Dieses Dokument ist heute ein bevorzugter Anhaltspunkt im



„ökumenischen Gespräch“ zwischen den Kirchen. EKD-Loewe hat es als einen „unerhörten Tiefschlag“ empfunden, daß der Pater Bäume bezweifelt, die Protestanten seien bei den Verhandlungen 1530 „ehrlich zur Überbrückung der Gegensätze gewillt“ gewesen.

Der bayerische Kultusminister Mayer, zugleich Präsident des ZK der deutschen Katholiken, hat sich sogleich bemüht, die von dem übereifrigen Pater aufgeführten Wogen zu glätten. Schließlich hätte der Papst extra „das Jahr der Augsburger Konfession“ für seinen Besuch ausgesucht. Anfang vorletzter Woche hat sich die Bischofskonferenz zu einem „klärenden Nachwort“ bei der Neuauflage der Broschüre bereit erklärt. Die EKD hat das begrüßt. Das geplante Gespräch zwischen EKD und Papst kann steigen.

Kindergeld durch „Familienlast“ Lohnzahlung Vorwand zum Dre

1924. Nach dem ersten Weltkrieg mußten die Kapitalisten in verschiedenen Wirtschaftszweigen zusätzlich zum Lohn Zuschläge für Kinder zahlen. Dafür bildeten sie Familienausgleichskassen. Mit der Inflation in den 20er Jahren gelang es den Kapitalisten jedoch, diese Zuschläge Zug um Zug wieder zu beseitigen. Übrig blieben lediglich Familienausgleichskassen für die Apotheker seit 1924 und in der Zigarrenindustrie seit 1936. — Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur führte die Bourgeoisie ab 1935 im Gefolge von Lohnsenkung und Zwangsarbeit Kinderbeihilfen für das fünfte und jedes weitere Kind ein. Nach Kriegsbeginn erstreckten sich die Beihilfen auch auf dritte und vierte Kinder. Die Besatzungsmächte hoben nach Ende des 2. Weltkriegs diese Gesetze auf.

1954. Die Finanzbourgeoisie hatte über Jahre hinweg ein großes Arbeitslosenheer gegen die Erhöhung des niedrigen Nachkriegslohns ins Feld geführt. Durch die Währungsreform waren die noch übrig gebliebenen kleinen Sparguthaben vernichtet. Die Geburtenrate fiel. Die CDU-Regierung trat als Beschützer der Familie auf: Der damals zuständige Minister Würmeling verfaßte eine Denkschrift mit der Forderung nach Kinderzuschlägen. Er erklärte, schon mit der Industrialisierung in Deutschland sei begründet, daß der „Leistungslohn“ die Kosten der Kinderaufzucht nicht ent-

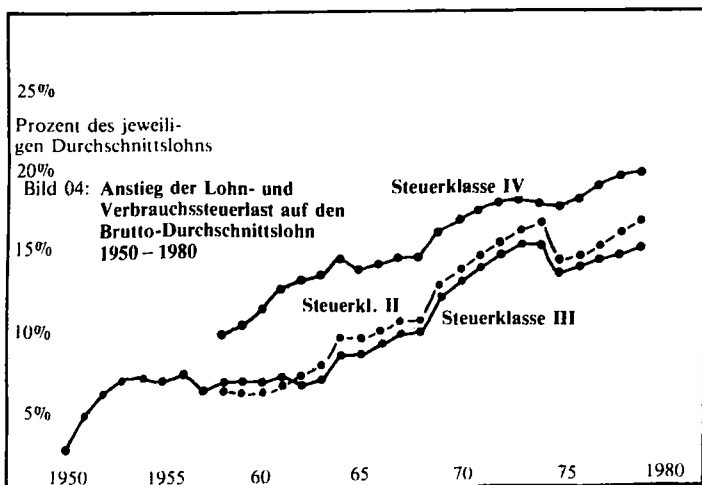
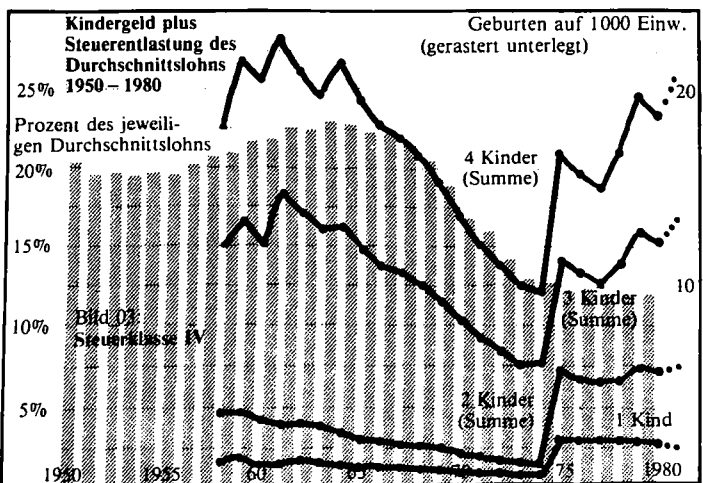
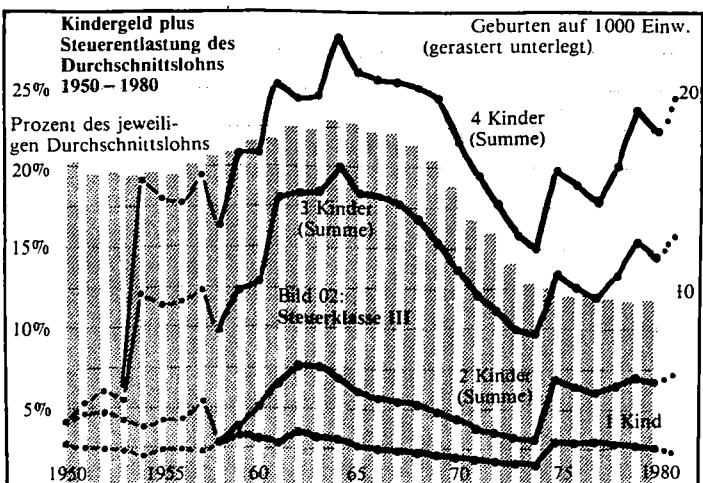
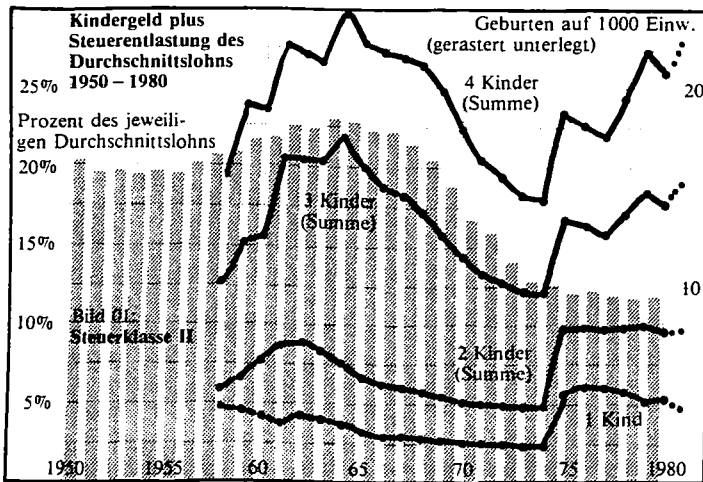
halte. Landarbeiter und landlose Bauern seien in großem Umfang für die Industrie rekrutiert worden und ohne entsprechenden Ausgleich aus der bauerlichen Wirtschaft und Versorgung herausgerissen worden. Im Gesetz werden ab 1954 die Kapitalisten zu Zuschlägen zum Lohn ab dem dritten Kind verpflichtet. Für die ersten beiden Kinder wird der Standard des „Leistungslohns“ für genügend erklärt. Staatliche Leistungen werden bis auf Steuerermäßigungen abgelehnt. Die Familienausgleichskassen werden bei den Berufsgenossenschaften errichtet und von deren Verwaltungen geführt. Ab dem dritten Kind 25 DM im Monat wird für die Versicherten gezahlt. Die Beiträge werden von den Kapitalisten und Selbständigen durch Umlage erhoben und machten Anfang der 60er Jahre etwa 1% der Lohnsumme aus.

1961. Der Arbeitsminister Blank wurde mit der Entlastung der Kapitalisten beauftragt. Da gleichzeitig die Kapitalisten Zugeständnisse machen müssen auf die Forderung der Gewerkschaften nach Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, propagiert er ein „Dreiecks-Geschäft“. Die Kapitalisten verlangen als Vorbedingung für die Lohnfortzahlung u.a. eine drastische Senkung der Krankenquote und die Entlastung von den Kosten für die Kinderzuschläge zum Lohn. Das letzte Begehren geht 1961 ins Parlament, während die Lohnfortzahlung erst 1970 übernommen wird. Das

Mindestkosten für Kinder, wie sie tatsächlich entstehen

Der Gewerkschaftstag der IG Metall hat ein einheitliches Kindergeld, das „sich an den tatsächlich entstehenden Mindestkosten für Kinder orientiert“, gefordert. Höhe und Finanzierung wurden aber nicht beraten. Der öffentliche Dienstherr zahlt gegenwärtig zum Kindergeld noch Kinderzuschläge. Dort besteht die Forderung, die Kinderzuschläge aus dem Bruttolohn herauszunehmen und steuerfrei — direkt — zu bezahlen. In der Industrie würden Kinderzuschläge im Bruttolohn allemal zu Anstellungsproblemen für Ar-

beiter und Angestellte mit Kindern führen. — Die tatsächlich entstehenden Mindestkosten für ein Kind lassen sich ungefähr ablesen an der maximalen Steuerentlastung zuzüglich Kindergeld. Man kann davon ausgehen, daß die Bourgeoisie für ihresgleichen diese Mindestkosten abdecken. — In den Bildern 01-03 wird in den Jahren 61 und 64 ein Sprung im Umfang von Steuerentlastung und Kindergeld erkennbar. An die Stelle der Finanzierung durch Umlage unter den Kapitalisten trat Finanzierung durch Steuer. Die Umvertei-



ausgleich“ – statt n an der Steuerschraube

1961 beschlossene Gesetz führt aus Steuern aufzubringendes und von der Bundesanstalt für Arbeit auszahlendes Kindergeld zunächst für das zweite Kind ein. Es soll für Lohnabhängige mit weniger als 7200 DM Jahresverdienst gezahlt werden. Die Leistungen ab dem dritten Kind bleiben zunächst noch bei den Familienausgleichskassen. Gezahlt wird 25 DM für das zweite Kind, ab dem dritten 40 DM monatlich.

1964. Durch Neuregelung wird das gesamte Kindergeld aus Steuern gezahlt. Der „Familienlastenausgleich“ ist perfekt, die Kapitalisten sind vom Lohnzuschlag befreit. Die Einkommensgrenze für das zweite Kind als Anspruchsvoraussetzung bleibt bis 1974. Die Leistungen betragen 1964 25 DM für das zweite, 50 DM für das dritte, 60 DM für das vierte und 70 DM ab dem fünften Kind.

1975. Im Zusammenhang kontinuierlich ansteigender Plünderung des Bruttolohns wird das Kindergeld neu geregelt. Die Einkommensgrenze für das Zweitkindergeld wird aufgehoben, auch für das erste Kind wird Geld gezahlt. Die Leistungen betragen 50 DM für das erste, 70 DM für das zweite und 120 DM ab dem dritten Kind. Parallel dazu werden durch die Steuerreform ab 1975 die allgemeinen Kinderfreibeträge abgeschafft. Nach Verzögerung von einem Jahr führt diese Steuerreform zu einem raschen Anstieg der Abzugslast für die Einkommen, die sich vor der Progressionszone befanden.

1981. Nach 1977 und 1979 erfolgten Erhöhungen wird das Kindergeld für das zweite Kind ab Februar 81 von 100 auf 120 DM angehoben, für das dritte und jedes weitere Kind von 200 DM auf 240 DM. Für das erste Kind bleibt es bei 50 DM.

xxx

Quellen und Anmerkungen zu den Bildern 01 – 07: Der Durchschnittslohn ist den Angaben der Rentenversicherung für die Arbeiter und Angestellten bis 1978 entnommen, 1979 und 1980 sind geschätzt. – Für das Kindergeld wurden die Leistungssätze der Familienausgleichskassen bis 1963 und ab 1961 das öffentliche Kindergeld berechnet. – Die Steuerklassen von 1950 bis einschließlich 1957 weichen von den heutigen ab: Klasse II umfaßte verheiratete Steuerpflichtige *ohne* Kinderfreibeträge; Klasse III umfaßte verheiratete Steuerpflichtige mit Kinderfreibeträgen; die Klassen IV und V wurden erst danach gebildet. – Die Steuerentlastung ist jeweils berechnet als Steuerersparnis gegenüber der Besteuerung bei 0 Kindern in der gleichen Steuerklasse. Für die Jahre 1950 – 57 ist dies nicht möglich: Verglichen wurde in Bild 02 die Besteuerung der Verheirateten mit Kindern in III mit der Besteuerung der Verheirateten ohne Kinderfreibeträge in Klasse II. – Die Lohnverteilungen sind berechnet aufgrund der Effektivlohnangaben des Statistischen Bundesamtes für die Investitionsgüterindustrie im April 1980.

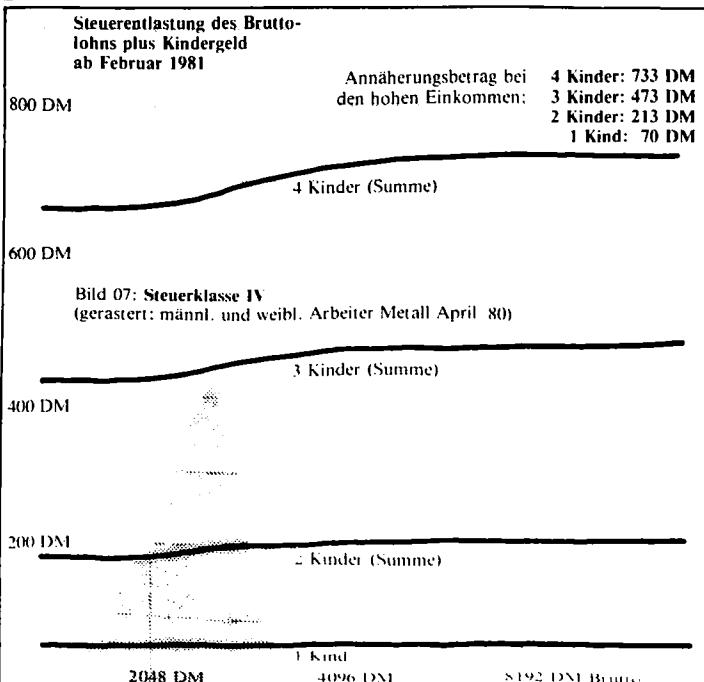
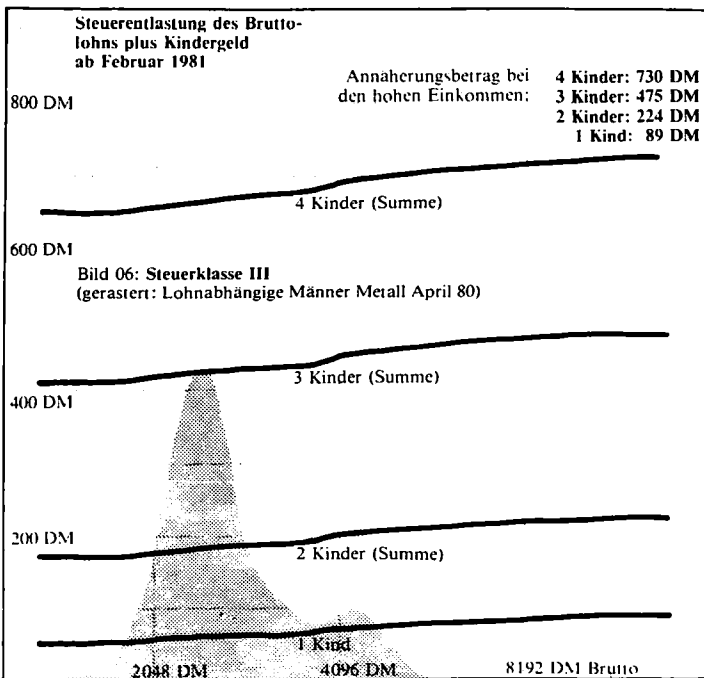
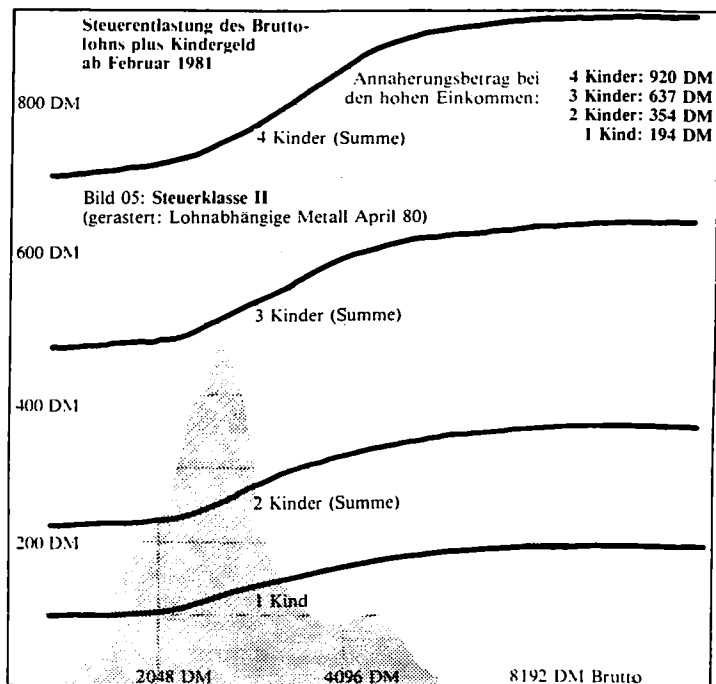
lung durch Steuer spaltet bloß. Die Finanzierung muß so sein wie vor 1961/64: Umlage auf die Kapitalisten je Beschäftig-

tem, Verwaltung und Auszahlung durch die Sozialversicherung.

Steuerentlastung plus Kindergeld in DM monatl. (Febr. 81)

	Steuerkl. II		Steuerkl. III		Steuerkl. IV		davon Kinderg.
	A	B	A	B	A	B	
1 Kind	194 –	232	89 –	137	70 –	115	50
2 Kinder	354 –	407	224 –	324	213 –	300	170
3 Kinder	637 –	737	475 –	600	473 –	579	410
4 Kinder	920 –	1055	730 –	896	733 –	877	650

A: Annäherungsbetrag bei den hohen Einkommen, wie Bild 05 – 07; B: Entlastung für Gehaltsgruppe B4 im öffentlichen Dienst (z.B. Landrat, Oberkreisdirektor), Kinderzuschläge im Ortszuschlag eingerechnet. In den Schaubildern wie in der Tabelle wurde für Steuerklasse IV die Steuerersparnis nur für einen Ehegatten berücksichtigt. Sie entsteht beim Einkommen des anderen Ehegatten entsprechend dessen Höhe und muß bei Betrachtung des Einkommens der Familie dazu gerechnet werden. Sind beide im öffentlichen Dienst, wird der Kinderzuschlag nur einmal gezahlt. In der Tabelle Steuerklasse IV ist er voll berücksichtigt.



Im nächsten Heft

Konjunktur

Kapitalisten wollen aus der Krise ein Geschäft machen



Ein Rückgang der ohnehin flachen Konjunktur zeichnet sich ab. Die enorme Steigerung der Arbeitsintensität, der Arbeit bei Nacht und in Schichten und des Akkords bewirkt, daß auch geringfügige weitere Verschlechterungen schmerzhaft spürbar werden.

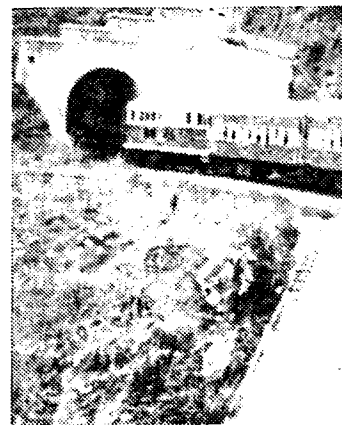
Wie wird die Sozialdemokratie die Gewerkschaftsbewegung zu binden versuchen? Wie kann die Gewerkschaftsbewegung den rüden Angriffen der Kapitalisten wirksam begegnen?

Afrika

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit stärkt die politische Unabhängigkeit

Ein bis zwei Jahrzehnte nach der nationalen Befreiung fast ganz Afrikas werden gerade 3% des afrikanischen Handels zwischen afrikanischen Staaten abgewickelt. Muß die Dritte Welt bei den Imperialisten kaufen, steigt ihre Schuldenlast weiter und die Imperialisten haben leichten Zugriff auf ihre Reichtümer. Unter großen

Anstrengungen, von den Imperialisten verhöhnt und bekämpft, entwickeln die afrikanischen Staaten ihre regionale und kontinentale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft, der Industrie, des Nachrichten- und Transportwesens. Bild: die Tansam-Bahn zwischen Sambia und Tansania.



Reportage

Dänische Minderheit in der BRD

Der Südschleswigsche Wählerbund SSW erhielt bei den Landtagswahlen 1979 in Schleswig-Holstein 22.291 Stimmen. Das sind 1,4%. Da der SSW die Interessen der dänischen Minderheit vertritt, fällt er nicht unter die 5%-Klausel. Die Bourgeoisie steht diesen Rechten der Minderheiten ablehnend gegenüber. So

wurde 1979 das Landeswahlrecht geändert und die Abgeordnetenzahl von 73 auf 74 erhöht, damit der SSW die „belastende Rolle eines Zünglein an der Waage“ nicht mehr hat. Der Kampf der dänischen Minderheit gegen den bürgerlichen Staat ist fortschrittlich. So kämpft sie z.B. gegen den Dienst in der Bundeswehr.

Seerechtskonferenz in Kiel

Dritte Welt verlangt Kontrolle des Meeresbodens

Eine der Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung ist die der Errichtung einer internationalen Behörde zur Kontrolle der Rohstoffförderung auf dem Meeresboden. Die Länder der Dritten Welt wollen die Imperialisten daran hindern, Preiserhöhungen der Rohstoffe durch Ausweichen auf Rohstoffförderung auf dem Meeresboden entgegenzutreten. Der Artikel wird über den Stand der Durchsetzung dieser Forderungen berichten.

